

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

4/09

Dezember 2009 · 62. Jahrgang
Einzelverkauf 6,- €

Israel braucht Frieden

Hans-Detlef Hoffmann
Jesus weint über Jerusalem

Rudolf Dreßler
Hat Israel noch eine Chance?

Hanna Lehming
Versöhnung ist möglich

Antje Naujoks
Neve Hanna – Ergänzungen

Eduard Farwer (1901–1971)
Ein Tag in Dachau

Jürgen Schübelin
Das tote Mädchen und die Kinder-Rechte

Wieland Zademach
J. Hromadka – Leben zwischen Ost und West

Reinhard Gaede
Globale Krise und Spiritualität

ILRS
Zehn Wege, die Welt zu verbessern

Christoph Butterwegge
Die schwarz-gelbe Koalition

Rezensionen

Bundesnachrichten

**CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST**

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Darius Dunker,
Reinhard Gaede, Berthold Scharf,
Norbert Voß, Robert Wollborn,
Bernd Zielmann

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:

Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel
Bernd Zielmann, Hattingen

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

BRSD-Sekretariat, Michael Bschorr
Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe
Tel. 0 52 02/884 883, Fax 884 884
sekretariat@brsd.de, MBschorr
@t-online.de

Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Duckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

INHALT

Editorial	3
Hans-Detlef Hoffmann	
Jesus weint über Jerusalem	6
Rudolf Dreßler	
Hat Israel noch eine Chance?	11
Hanna Lehming	
Versöhnung ist möglich!	20
Antje Naujoks	
Neve Hanna – zwei Briefe	22
Redaktion	
Die urchristliche Mission – zu einer Korrektur	23
Eduard Farwer (1901–1971)	
Ein Tag in Dachau	24
Jürgen Schübelin	
Das tote Mädchen und die Kinderrechte	29
Wieland Zademach	
J. Hromadka – Ein Leben zwischen Ost und West	33
Reinhard Gaede	
Globale Krise und Spiritualität	43
ILRS	
Zehn Wege, die Welt zu verbessern	48
Christoph Butterwegge	
Die schwarz-gelbe Koalition vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich	53
<hr/>	
Rezensionen	
Franz Segbers	
Wie ein Riss in einer hohen Mauer	61
Friedrich W. Bargheer	
Tschüss, ihr da oben. Vom baldigen Ende des Kapitalismus	65
<hr/>	
Bundesnachrichten	
Norbert Voß	
Klausurwochenende der Gruppe Rheinland des BRSD	68
<hr/>	
Bilder- und Fotonachweis	70
Autorennachweis	71

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nach dem Totensonntag, dem Ewigkeitssonntag, wird diese Ausgabe geschrieben. Eben ist hier die Delegation von *Deutschlehrerinnen aus Russland* abgereist. In der Laurentiuskirche Bünde haben sie mit uns gesagt: „Wir kommen hier zusammen als Russen und Deutsche, die nach zwei schrecklichen Kriegen gegeneinander nach Wegen der Versöhnung suchen, für die Verständigung arbeiten und so in kleinen Schritten einen innereuropäischen Frieden vor Ort verwirklichen möchten. Wir sind nicht anders oder besser als andere Menschen um uns herum, nicht friedfertiger, auf keinen Fall eine Art besserer Menschen. Wir sind, wie alle anderen auch, Menschen der Angst. Oft genug, zu oft, kommen in uns Vorurteile hoch. Aber wir bemühen uns, die Idee der Gemeinschaft aller Völker unter uns zu entwickeln. Wir haben schöne Erlebnisse und gute Erfahrungen miteinander aufzuweisen. Wir sind Freunde geworden, in einer langen Begegnungsarbeit.“ Unsere Mitglieder Pfarrer i.R. *Dieter Stork*, Bünde, und Pfarrer *Rüdiger Schwulst*, Ladbergen, haben das Programm mit Besuchen und Begegnungen organisiert. Am 22.11.2009 besuchte die deutsch-russische Gruppe gemeinsam den Friedhof und die Dokumentationsstätte in Schloss Holte-Stukenbrock, wo 65 000 gequälte sowjetrussische Kriegsgefangene ihr Grab bekommen haben. *Werner Busch*, der bereits 1988 mit der Aufarbeitung der Geschichte des Lagers begonnen hatte, jetzt im Alter von 84 Jahren, hat uns geführt. *Heinrich Albertz* (1915-1983), religiöser Sozialist, Pastor, Politiker in der SPD, hatte durch sein Buch „*Blumen für Stukenbrock*“ 1989 Friedhof und Dokumentationsstätte bekannt gemacht (vgl. Karl Hüser, Reinhard Otto: *Das Stammlager 326 (VI K) Senne 1941-1945. Sowjetische Kriegsgefangene als Opfer des Nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges*, Bielefeld 1992). Wie eine andere Gruppe der Grausamkeit der NS – Schergen ausgeliefert war, nämlich deportierte katholische Pfarrer, erfahren wir in dieser Ausgabe. Unser Mitglied *Hans Bökamp* hat uns den Bericht seines Onkels Pfarrer *Eduard Farver* (1901–1971) gegeben: „Ein Tag in Dachau.“



V.l.: *Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach*

Die Kirche der Methodisten erzählt über ihren Gründer *John Wesley* (1703–1791): Er war einmal sehr entmutigt und betete laut: „Herr, was habe ich falsch gemacht, dass in den letzten Tagen und Wochen keine Tomaten und Eier mehr fliegen, wenn ich predige? Hat mich deine Kraft verlassen?“ Ein Bauer, hinter einem Busch versteckt, hatte die Worte gehört und entschied sich zu helfen. Er warf einige Kartoffeln nach ihm. Überrascht dankte John Wesley Gott für dieses deutliche Zeichen und setzte seine Reise ermutigt fort (Neukirchener Kalender vom 21.11.2009). Solche Kartoffelzeichen können wir in den nächsten vier Jahren reichlich erhalten. Die neue schwarz-gelbe Regierung, die uns kein Wohlwollen entgegen-

bringen wird, ist in ihren Konzepten einem neoliberalen marktradikalen Denken verpflichtet. Oft werden wir widersprechen müssen. Entsprechend sagte *Erhard Eppler* auf dem Parteitag der SPD am 15. Nov. 2009 in Dresden: „Einer der Gründe, warum wir die Wahl verloren haben, liegt darin, dass die Menschen gar nicht mehr glauben, dass es jemanden gibt, der dieses Land gerechter machen kann. Und genau da werden wir zu arbeiten haben.“ Gegenüber dem „Egotrip“ des Marktkapitalismus berief er sich auf die Tradition des Humanismus und des jüdisch-christlichen Denkens, in der das ‚Du‘, der nächste Mitmensch, die Gemeinschaft gewürdigt wird, wie Paulus sagt: „Einer trage des andern Last.“ Erfreulich, dass *Franziska Drohsel* und die Jungsozialisten die Mehrheit der Delegierten hinter sich hatte, als sie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer forderten. Millionäre sollten Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik behandeln zwei Beiträge. *Christoph Butterwege* sieht im schwarz-gelben Koalitionsvertrag Lohndumping und Sozialabbau, eine Förderung des Reichtums statt der notwendigen Bekämpfung der Armut. *Franz Segbers* gibt dem EKD-Wort „Wie ein Riss“ diesmal ein Lob, nachdem die „UnternehmerDenkschrift“ viel Anlass zu Tadel gegeben hatte, vgl. CuS 1/2009 zur Finanzkrise. Zum Thema „Finanzkrise und Spiritualität“ hatte der Internationale Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (*International League of Religious Socialists*) in Córdoba / Spanien einen Kongress abgehalten. Ich habe teilgenommen und die Resolution übersetzt.

Das Schwerpunktthema dieses Heftes lautet: Israel braucht Frieden. Damit setzen wir fort, was wir in Heft CuS 1/2007 mit dem Schwerpunktthema Judentum begonnen haben. Damals berichtet *Clemens Ronnefeld* über seine Reise nach Israel. Und *Jadallah Shihadah* stellte die Abrahams- Herberge als Begegnungsstätte für drei Weltreligionen vor. Die Predigt am Israel-Sonntag von Vizepräsident Dr. *Hans-Detlef Hoffmann* steht am Anfang. „Wenn du doch erkennst, was zum Frieden dient“ – die Worte Jesu, weinend gesprochen, kann die christliche Gemeinde nicht länger allein auf Israel beziehen. Sie ist mit gemeint. Jesus weint über die, „die ihm die Treue aufkündigen...und seine Botschaft verraten haben in Kriegen und Kreuzzügen.“ Die Predigt spricht über Jesu „Solidarität und seines Mitleidens also auch des ungekündigten Bundes Gottes mit den Juden“. „Hat Israel noch eine Chance?“ fragte *Rudolf Dreßler*, 2000 -2005 Botschafter in Israel. Er fand einfache Wahrheiten. Israel muss erkennen, dass ein sofortiger Baustopp für die Palästinenser das Wichtigste ist ebenso wie für die Israelis die sofortige Einstellung von Terrorangriffen seitens der Palästinenser. Beide Seiten haben nicht mehr viel Zeit, den Weg zum Frieden zu gehen. Dabei gibt es doch Vorbilder für Frieden und Versöhnung. *Hanna Lehming*, Pastorin im Nordelbischen Missionszentrum, Nahost-Referat, berichtet über ca. 500 trauernde israelische und palästinensische Familien, die sich zusammengeschlossen haben. Über Neve Hanna, Kinder als Botschafter für den Frieden, hatten wir im letzten Heft berichtet. *Antje Naujoks* gibt noch ergänzende Informationen.

Die Gerechtigkeit des Reiches Gottes muss in die ganze Welt getragen werden. *Jürgen Schübelin* berichtet über die Kinderrechts-Büros in Peru. In einem Land, in dem 70 000 Menschen im Bürgerkrieg getötet wurden, haben die „Defensorías del Niño“ eine schwere Aufgabe, die sie mutig wahrnehmen. Am 26. Dezember gedenken wir des 40. Todestages von *Josef L. Hromadka*. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes gedenken wir damit eines Mannes, der sich sein Leben lang als Brückenbauer verstand. *Wieland Zademach* hat den Artikel geschrieben. In den Bundesnachrichten be-

richtet *Norbert Voß* über ein Klausurwochenende der Gruppe Rheinland des BRSD. Diese schrieb spontan ihre Antworten zu Fragen wie: „Warum bin ich im BRSD?“ und „Wie stelle ich mir die Arbeit vor?“ auf Plakate. Auch formulierte die Gruppe ihren persönlich gefundenen Leitsatz, eine Definition, was religiöser Sozialismus für sie gemeinsam bedeutet. Auf der Jahrestagung im Februar möchte sie ihn zur Diskussion stellen.

Letzte Meldung: Das *Ökumenische Netz in Deutschland* (ÖNID), nämlich die Basisgruppen, sendet dem Ökumenischen Rat der Kirchen eine eigene Erklärung: Leben in gerechtem Frieden. Sie „geht aus von der Aufforderung Jesu, sich für Gott und gegen das Schätzesammeln unter dem Götzen Mammon zu entscheiden. Da die gegenwärtige neoliberale Marktgesellschaft alle Bereiche des Lebens der Akkumulation von Reichtum für die Kapitaleigentümer unterwirft und diese strukturelle Gewalt zudem mit direkter imperialer Gewalt durchsetzt, müssen Kirchen und ChristInnen sie aus Glaubensgründen grundsätzlich ablehnen und für Alternativen arbeiten. Das gilt insbesondere im Blick auf den Kampf gegen die Privatisierung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, gegen die Zerstörung von Gottes schöner Erde durch den von der Kapitalakkumulation angetriebenen Wachstumszwang, gegen die Ausbeutung und den Ausschluss von arbeitenden Menschen und gegen die von Gier getriebene grenzenlose Reichtumsanhäufung. Sicherheit kann nur durch Gerechtigkeit geschaffen werden, der Krieg ist grundsätzlich zu ächten.“ <http://www.oenid.net/Projekte/IOeFK.html>

„Die Welt, wie Gott sie schaffen wird, ist die, wie Gott sie gemeint hat. In dieser Spannung und Identität von Ursprung und Ziel lebt der Mensch in der Nachfolge. Er weiß, dass die biblischen Utopien und damit auch die Bergpredigt verbürgte Zukunft beschreiben. Die einzig mögliche, weil die Welt keine Zukunft hat, die sichere, weil sie durch Gott herbeigeführt wird und die einzig sinnvolle, weil anders gerechtes Zusammenleben keine Verwirklichung findet.“ So schrieb *Christiane Dannemann* in ihrem Beitrag: „Die Reich-Gottes-Botschaft des Bergpredigers. Entwurf einer Utopie“ (in: Hg.: Roland Hennig, Susanne Illgner, Rückgewinnung der Utopie. Zur Umsetzung der Bergpredigt im religiösen Sozialismus, Lingbach-Verlag, Darmstadt 1989). Ihre Schlussworte vor 20 Jahren stehen hier jetzt am Ende ihres Lebens. Am 11. September 2009 ist unsere Bundes-Freundin im Alter von 55 Jahren in Frankfurt gestorben. Zusammen mit ihrem Mann Dr. *Ulrich Dannemann* hatte sie 1984 das Leonhard Ragaz-Institut aufgebaut und so lange geleitet, wie Interesse auswärts bestand. 20 Jahre gehörte die Pfarrerin von Büttelborn auch zum Herausgeberkreis der Zeitschrift „Junge Kirche“, in der jetzt (Nr. 4, 2009) die Ansprache von Pröpstin *Gabriele Scherle* und ein Nachruf von *Hans-Jürgen Benedict* abgedruckt ist.

Bischöfin Dr. *Margot Käßmann* ist seit Oktober Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland. Jetzt können wir ihr herzlich gratulieren. „Unsere Kirche will Menschen durch den Glauben für die Herausforderungen der Welt stärken und den Blick auf die wirklich entscheidenden Fragen lenken“, sagte sie im Januar 2009 in Loccum. „Die Menschenrechte sind ein Geschenk Gottes“, sagte sie im Mai 2009 auf dem Kirchentag in Bremen in ihrer Predigt, die im letzten Heft nachzulesen ist. Wir wünschen ihr Gottes Segen für ihr Wirken in diesem Amt.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir, auch im Namen des Redaktions-Beirats, ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr unter der Jahreslosung: „Jesus Christus spricht: Euer Herz erschrecke nicht! Glaubt an Gott und glaubt an mich!“ (Joh. 14,1)

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Predigt

Jesus weint über Jerusalem

Von Hans-Detlef Hoffmann

Liebe Gemeinde!

Es geschah am 9. Ab des Jahres 587 v.Chr. Ab, der Monat des jüdischen Kalenders, entspricht dem Monat August unserer Zählung. Am 9. Ab 587 eroberte Nebukadnezar die Stadt Jerusalem und verbrannte sie bis auf die Grundmauern. Die Bewohner wurden ins Exil nach Babylon verschleppt. Und der Tempel, den Salomo einst gebaut hatte, sank in Schutt und Asche.

Und wieder geschah es am 9. Ab des Jahres 70 n.Chr. Da eroberten nach langer Belagerung die Römer unter Führung des späteren Kaisers Titus Jerusalem und verbrannten die Stadt bis auf die Grundmauern. Der Tempel, den Herodes d. Gr. gebaut hatte, sank in Schutt und Asche und wurde nie mehr aufgebaut. Nur eine Mauer, die Westmauer des ehemaligen Tempels, steht noch bis heute, und ist als Klagemauer ein Ort des Gedenkens und des Gebetes für die Juden, die nach Jahrhunderten der Zerstreuung in alle Weit heute wieder in Israel im Heiligen Land leben.

Der 9. Ab ist seitdem der Gedenktag der Juden in aller Welt, der an die zweimalige Zerstörung des Tempels erinnert. Ein Tag der Trauer, ein Tag der Buße und des Fastens, aber auch der Hoffnung auf Trost, Rettung und Erneuerung. Denn so sehr hat sich dieser Tag im Gedächtnis eingebrannt, dass im Glauben der Juden bis heute feststeht: Der Messias, wenn er kommt, wird an einem 9. Ab geboren werden zur Rettung für Israel.

Der 9. Ab – das ist in diesem Jahr der 16. August 2009, jedenfalls nach unserm christlichen Kalender. Denn heute, am 10. Sonntag nach Trinitatis, dem Israelsonntag im Kirchenjahr, gedenkt auch die Christenheit der Zerstörung des Tempels zu Jerusalem, trauert mit Israel um das verlorene Heiligtum und hofft für sie auf eine Zeit des Friedens im Lande der Väter.

Die Christenheit trauert und hofft mit und für Israel? Tut sie das wirklich? Hat nicht der Israelsonntag als Gedenktag der Zerstörung des Tempels am 10. Sonntag nach Trinitatis in 2000 Jahren Geschichte des Christentums einen ganz andern Sinn gewonnen? Dass der jüdische Tempel am 9. Ab zweimal zerstört wurde, das galt den Christen doch als „Beweis“ für die göttliche Verwerfung der Juden! Sie, die den Messias Jesus von Nazareth abgelehnt und getötet hatten, hatten das Heil verwirkt. Der alte Bund war gekündigt, der neue an seine Stelle getreten: Die Kirche war nun das erwählte Volk Gottes. Die Synagoge aber, das Judentum war laut göttlichem Urteil in der Geschichte verworfen. Juden waren von da an für die Christen nur ein Gegenstand der Verachtung. „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder!“ Diesen dunklen Satz aus der Passionsgeschichte, der spiegelt, was im Jahre 70 geschehen war, hatten die Christen nun zu ihrem Programm gemacht: Die Juden wurden verfolgt, in Ghettos eingesperrt und über die Jahrhunderte in immer neuen Pogromen zu Tode gebracht. In letzter Konsequenz entlud sich die christliche Judenfeindschaft am Ende im Rassenwahn der Nazis – im Holocaust von Auschwitz und

Treblinka mit sechs Millionen ermordeten Juden in Europa. Und der Israelsonntag gab das gute Gewissen dazu. Die Prediger wurden nicht müde, aus den biblischen Texten dieses Sonntags das Verwerfungsurteil Gottes über sein Volk herauszulesen: Die Zerstörung des Tempels am 9. Ab galt als das abschließende Gericht Gottes über sein Volk: Es war verurteilt zum Untergang, weil es Jesus, den Messias verworfen und getötet hatte.

Heute ist wieder der 9. Ab, der 16. August 2009, der 10. Sonntag nach Trinitatis, der Gedenktag der Zerstörung Jerusalems – so steht es in unsern liturgischen Kalendern. Und so hören wir das für diesen Tag bestimmte Evangelium als Predigttext für diesen Gottesdienst aus dem Lukasevangelium im 19. Kapitel die Verse 41-44:

„Und als Jesus nahe hinzukam, sah er die Stadt und weinte über sie und sprach: Wenn doch auch du erkennst zu dieser Zeit, was zum Frieden dient! Aber nun ist's vor deinen Augen verborgen. Denn es wird eine Zeit über dich kommen, da werden deine Feinde um dich einen Wall aufwerfen, dich belagern und von allen Seiten bedrängen und werden dich dem Erdboden gleichmachen samt deinen Kindern in dir und keinen Stein auf dem andern lassen in dir, weil du die Zeit nicht erkannt hast, in der du heimgesucht worden bist.“

Liebe Gemeinde! Jesus weint. Was für eine schockierende Vorstellung: Jesus, der Messias, der von Gott gesandte Retter Israels und der Welt, weint. Weinen ist das nicht ein Zeichen der Ohnmacht? Wie verträgt sich das mit unserm Bild von Jesus, dem Heiland und Helfer? Jesus heißt doch auf Deutsch: Gott rettet! Kann Gott retten, wenn sein Messias weint?

Weinen, liebe Gemeinde, gilt unter uns als Zeichen der Schwäche. Wir schämen uns unserer Tränen und verstecken sie. Weinen gilt als unmännlich oder, wie die jungen Leute sagen, „uncool“. Ehrlich: Wann haben Sie zum letzten Mal geweint? Ich vermute, es wird ungeachtet aller Emanzipation noch immer so sein, dass das Weinen eher als ein Privileg der Frauen und vor allem natürlich der Kinder gilt. Kinder weinen, wenn sie gefallen sind und sich eine Wunde am Knie geschlagen haben. Aber ein Junge weint nicht, ein Indianer kennt keinen Schmerz! Mit solchen Erziehungssprüchen prägen wir es schon den Kindern ein, dass das Weinen nicht nur unmännlich ist, sondern eigentlich eines erwachsenen Menschen unwürdig ist. Die Begriffe, die unsere Sprache für Weinen bereithält, sprechen da eine eindeutige Sprache: Für Weinen sagen wir auch flennen, heulen, greinen, jammern, schluchzen, wimmern, stöhnen, schreien. Was für ein schrecklicher Katalog des Weinens! Und wer unter uns wollte das als Teil des menschlichen Lebens gutheißen? Nein, Weinen gehört verboten – eigentlich!

Jesus aber weint – ein Messias der Ohnmacht. Wer weint, liefert sich aus. Wer weint, kann sich selber nicht helfen. Das Problem, vor dem er steht, ist ihm zu groß. Wir weinen, wenn wir nicht mehr weiterkönnen. Wenn wir kapitulieren müssen vor der Übermacht eines Schicksalsschlages, vor der Gewalt des Todes, weinen wir. Wenn ein geliebter Mensch gestorben ist, weinen wir erschüttert an seinem Grabe. Denn keiner holt ihn zurück; da ist keine Hoffnung mehr für ihn auf Erden. So weinen wir, wenn wir am Ende sind und keinen Rat mehr wissen.

Jesus weint. Ist auch er am Ende? Am ehesten hätten wir ja noch Verständnis für

sein Weinen, wenn er über sich selber weinte – über eigenes Leid, über den bevorstehenden Weg ans Kreuz. Wenn er so mit Zittern und Zagen klagte wie in Gethsemane: „Vater, lass diesen Kelch an mir vorübergehen.“ Doch in unserem Predigttext weint Jesus nicht über sein Leid, sondern über das der anderen. Er weint über Jerusalem und seine Kinder! Weinen für andere, weinen, wenn ich selbst gar nicht betroffen bin – ist das nicht übertrieben? Welche Empathie, welches selbstvergeßenes Sich-Hinein-Denken in andere ist dazu nötig, wenn ich, der selbst gar nicht leiden muss, dennoch weine?

Weinen für andere? Das Sprichwort sagt: „Wer Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.“ Ist das nicht meist unsere Reaktion auf das Unglück der anderen: das Gefühl der Überlegenheit, ja bisweilen sogar der Freude: Ich bin davongekommen, das Unglück hat andere getroffen? Sollte ich mich darüber nicht sogar freuen?

Genauso verhielten sich die Christen seit 2000 Jahren im Blick auf Israel. Sie haben am 9. Ab und 10. Sonntag nach Trinitatis den Fall Jerusalems und die Zerstörung des Tempels mit mehr oder weniger offener Freude zur Kenntnis genommen: „Die haben gekriegt, was sie verdient haben, die Juden. Wir aber, die Davongekommenen, sind die Sieger der Geschichte. Das Recht ist auf unserer Seite. Darum soll man die, da fallen, auch noch stoßen. Nieder mit den Juden!“

Jesus aber weint. Er empfindet keine Freude darüber, dass Jerusalem, die Stadt des Friedens, nicht erkannt hat, was zum Frieden dient. Er leidet mit ihr und mit den Menschen in Solidarität. Er hält daran fest: Der Bund ist ungekündigt. Gott hat sein Volk nicht verstoßen.

Jesus weint – was für Skandal, dass so etwas in der Bibel steht. Immer wieder haben Menschen den Versuch unternommen, diesen Satz „Jesus weint“ aus der Bibel zu streichen, ihn als falsch, als unvereinbar mit unserem Gottesbild zu bezeichnen. Denn die Tränen Jesu färben ja ab auf Gott. Kann Gott weinen, der allmächtige Herr und Schöpfer der Welt sich als ohnmächtig erweisen, die Probleme dieser Welt zu lösen? Ist Gott ein Schwächling, ein Versager – am Ende gar eine Einbildung, ein Phantom?

Ganz im Gegenteil, sagt die Bibel. Die Tränen Jesu sind das Zeichen der Treue Gottes. Sie allein geben uns Hoffnung. Sie zeigen uns einen Gott, dem nicht gleichgültig ist, was mit der Welt und seinen Menschen geschieht. Der mit leidet, wenn wir leiden, der nicht darüber hinwegsieht, wenn durch uns diese Welt gefährdet oder zerstört wird. Ja, liebe Gemeinde, wir haben einen Gott, der weinen konnte. Und der sich so geäußert hat in Jesus Christus zu unserem Heil und sich so äußert bis heute für uns. Ja, Gott leidet. Er leidet an uns und für uns – an dem, was wir Menschen anrichten an Bösem in dieser seiner Welt: Dass wir die Zeichen der Zeit nicht erkennen, nicht sehen, was zum Frieden dient, daran leidet Gott, darüber weint er. Und so wirbt er mit seinen Tränen um uns, um unser Verstehen, um unsere Umkehr, dass wir erkennen, was zum Frieden dient, das Angebot der Gnade und der Rettung ganz ohne unser Zutun und uns am Ende ihm in die Arme werfen.

Wir also sind gemeint, liebe Gemeinde, in diesem Text – und niemand anderes: „Wenn du doch erkenntest, was zum Frieden dient!“ Nur so in diesem Erschrecken über uns selbst haben wir den Text recht verstanden. Denn er redet ja nicht von den anderen, von den bösen Juden, von

denen wir uns in Schadenfreude distanzieren. Er redet von uns. Jesus weint über uns, über seine Menschen, seine Kirche. Er weint über die, die ihm die Treue aufkündigen, die ihre eigenen Wege gehen und Gott vergessen. Die sich nicht scheren um das, was er gesagt hat und seine Botschaft vom Frieden verraten haben in Kriegen und Kreuzzügen, in Pogromen und Vernichtungslagern und das Angebot seiner Liebe in Hass pervertiert haben. Jesus weint über Auschwitz. Jesus weint über die Bombenattentate von Djakarta, Bagdad, Kabul und Mallorca wie über Hunger und Gewalt in Afrika und über unsere Unfähigkeit, auch bei uns die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen.

Jesus weint. Was aber hilft uns sein Weinen? Wie kann ein Zeichen der Schwäche, ja der Ohnmacht, Evangelium sein und uns Hoffnung geben? Was taugt ein Gott, der sich selbst nicht helfen kann? So wurde Jesus am Kreuz verspottet: „Andern hat er geholfen, und kann sich selber nicht helfen!“

Ja, andern hat er geholfen. Sie sagen die Wahrheit ungewollt: die Spötter unter dem Kreuz. Andern hat er geholfen. Sein Weg war und ist es bis heute, andern, nicht sich selber zu helfen. Dafür gab er sein Leben. Darum verzichtet er auf seine Macht und auf den Weg der Gewalt: Als er verhaftet wurde, rief er nicht seinen Vater an, dass er ihm mehr als 12 Legionen Engel schickte (Matth. 26,53). Nein, er ging den Weg des Leidens und der Gewaltlosigkeit, den Weg der Solidarität mit den Schwachen weiter bis ans Ende – und half so in der Tat nicht sich selbst, sondern anderen!

Warum tut er Gott das, liebe Gemeinde, dass er sich so ohnmächtig macht? Hätte er nichts besser getan, sich durchzusetzen in dieser Welt mit Stärke und Gewalt statt

mit Schwachheit? Nicht wahr, das wäre ein Gott nach unserm Herzen! Warum dieser weinende Jesus? Warum lässt Gott zu, dass Menschen ungehorsam werden, dass sein Volk Israel sich dem Messias verweigert, sich verstockt? Keine Verstockung ohne Gott, liebe Gemeinde! Auch den Pharaon in Ägypten hat Gott verstockt, damit geschehen konnte, was am Ende sein Ziel war: die Befreiung Israels aus der Knechtschaft: „Let my people go.“

Und so schickt Gott Jesus, seinen Sohn – einen Mensch wie wir in Schwachheit und Verzagtheit. Ja, dieser Jesus ist schwach, labil, psychisch wenig belastbar – so würden wir heute sagen. Er zittert in Gethsemane vor Angst; er schreit am Kreuz vor Schmerzen. Noch mehr: Er weint über fremdes Leid. Das Schicksal seines eigenen Volkes geht ihm ans Herz. Er klagt über das Unverständnis seiner Jünger, leidet am Verrat des Judas und unter der Verleugnung des Petrus. Und doch gibt er die nicht auf, die ihn verraten und verleugnen. Den Judas nicht, den Petrus nicht ihn – ihn macht er sogar zum ersten aller Apostel. Und seine Jünger, die ihn verlassen haben in der Stunde der Gefahr, ruft er nach seiner Auferstehung in seine Gemeinde und baut mit ihnen seine Kirche bis heute – trotz viel Schuld und Versagen!

Warum dieser Weg der Schwäche? Warum so viel Gnade mit denen, die es nicht verdient haben? Hat Kirche Zukunft, wenn der Herr der Kirche über sie weint?

Liebe Gemeinde! Ja, Hoffnung gibt es für diese Welt nur darum, weil ihr Schöpfer und Herr, ihr Retter und Erlöser über sie weint. Das sagt uns heute Morgen am 9. Ab unser Predigttext. Jesus weint, doch er weint über uns nicht aus Verzweiflung, nicht aus Resignation, sondern aus Liebe. Jesu Weinen ist eine Klage – ein aktives,

kämpferisch-ringendes Geschehen. Jesus bleibt im Gespräch mit seinem Vater – bis in seine letzte Stunde. Als er am Kreuz schreit: Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen, da ist das kein Ausdruck der Verzweiflung, sondern der Hoffnung, die an Gott festhält. Indem Jesus am Kreuz zu Gott mit den Worten des Psalms schreit, wird deutlich, dass Gott ihn nicht verlassen hat – wie könnte er sonst zu ihm schreien? Wenn ich mich bei Gott beklage, er habe mich verlassen, dann setzt das voraus, dass dieser Gott mich noch immer hört, noch immer für mich da ist. So weint, so betet Jesus, indem er an Gott und an der Hoffnung festhält trotz aller Enttäuschung und Traurigkeit. Und eben darum, weil er so geklagt, geweint und gelitten hat für uns, haben wir Hoffnung. Sein Tod am Kreuz hat alle Verlassenheit und Hoffnungslosigkeit besiegt – ein für alle mal.

So gibt Jesu Weinen keinen verloren: Israel nicht und die ungetreuen Jünger, nicht die Christen und die Kirche trotz aller Schuld. In Jesu Weinen wirbt Gottes Liebe am stärksten um uns: Erkennt doch, ihr Menschen, was zum Frieden dient! Kehrt um von falschen Wegen. Vertraut nicht länger auf euch selbst, auf eure Macht, Waffen, Gewalt, auf die Durchsetzungskraft der Stärke. Werft euch stattdessen dem in die Arme, der euch ohne Bedingungen liebt!

Ja, Jesus weint – und in seinem Weinen und Leiden allein gibt es Hoffnung für die Welt. Denn wenn Gott so leidenschaftlich an uns hängt, dass es ihm das Herz zereißt, wenn er Menschen auf falschen Wegen sieht, dann hat er uns noch nicht aufgegeben. Dann hat er auch nicht die „Juden“ verdammt und verurteilt, weil sie gegen ihn standen – so wenig wie er uns Christen verloren gibt, weil wir wie Petrus

ihn verleugnet oder wie die Jünger ihn verlassen haben und eigene, bequemere Wege gegangen sind.

Ist das nicht erstaunlich, liebe Gemeinde? Jesus hat gerade die am meisten geliebt, die ihm am meisten zu tragen gaben: Judas, den Verräter, Petrus, den Verleugner und die Jünger, die ihn verließen – in Summa: uns alle. Seine Liebe, die Liebe Gottes zu den Menschen, war ein einziges großes Dennoch – durch nichts gerechtfertigt, allein aus Gnade.

Darum sind, liebe Gemeinde, die Tränen Jesu nicht Ausdruck des Zorn, des Gerichts und schon gar nicht der Verwerfung. Sie sind Ausdruck seiner Solidarität und seines Mitleidens, also auch des ungekündigten Bundes Gottes mit den Juden. Der Menschenherzen lenken kann wie Wasserläufe, der kann auch dort die Wende bewirken, wo scheinbar alles aussichtslos erscheint. Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist möglich bei Gott (Mk 10,27), sagt unsere Jahreslosung – und sie sagt die Wahrheit. In Jesu Weinen über das aussichtslose Schicksal Jerusalems, das dennoch mit dem Unmöglichen rechnet, ist uns dies bezeugt.

Das, liebe Gemeinde, ist die gute Botschaft am 9. Ab, dem Gedenktag der Zerstörung Jerusalems und des Tempels: Nein, wir stehen als Christen nicht gegen Israel und nicht gegen die Juden. Wir sind nicht erwählt auf Kosten der Verwerfung der anderen. Weil Jesus geweint hat über Jerusalem, dürfen wir uns alle freuen. Gemeinsam mit Israel hoffen wir in dieser noch unerlösten Welt auf die endliche Durchsetzung dessen, was uns verheißen ist: Dass am Ende Jerusalem – Jeruschalaim zu Deutsch: die Stadt des Schalom, die Heilige Stadt dreier Weltreligionen, werden möge, was Gott ihr verheißen hat: die Stadt des Friedens, ein neues Jerusalem, wo nach ge-

meinsamer Hoffnung von Juden und Christen Gottes Reich sichtbar anbrechen wird – für immer und alle Zeit. Amen.

Predigt am Israelsonntag, 16.8.2009, Kreuzkirche Herford (Predigttext: Lukas 19, 41–44)

*Dr. Hans-Detlef Hoffmann
geb. 1947 in Braunschweig
verheiratet, 2 Kinder.
Pfarrer in Herford 1980–1991;*

*Superintendent in
Herford 1991–1997;
Theologischer Vize-
präsident der Evan-
gelischen Kirche
von Westfalen
1997–2010.
Veröffentlichungen
zum Alten Testa-
ment und zur Prak-
tischen Theologie.*



Hans-Detlef Hoffmann

Hat Israel noch eine Chance?

Von Rudolf Dreßler

Während meiner fünf Botschafter-Jahre in Israel hat mich das Leben in der israelischen Gesellschaft immer wieder an jene zentrale deutsche Frage erinnert, mit der meine Erziehung zu politischer Aktivität begonnen hat und auf die ich bis heute keine Antwort weiß: Wie konnte die verbrecherische Zwangsvorstellung Hitlers, sein Antisemitismus, der zum Völkermord antrieb, sich in Deutschland durchsetzen? Warum hat die Mehrheit sich daran beteiligt, hat zugehört, hat weggesehen? Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, mit der Einmaligkeit der Verbrechen, hat mich gerade in Israel die immer wieder von einzelnen provokativ initiierte so genannte „Schluss-Strich-Debatte“ als gegen deutsches Interesse gerichtetes Engagement empfinden lassen. Es ist ein gutes Gefühl, dass solche Versuche immer gescheitert sind, egal, ob sie aus Dummheit oder Berechnung gestartet wurden. Vor einigen Monaten erinnerte uns das Wochenblatt

„Die Zeit“ daran, dass wir im Schatten Hitlers leben. Nicht weil eine Wiederkehr des Nationalsozialismus droht, sondern weil sich der Nationalsozialismus entwirkt, an Realität verloren hat. Es gibt eine neue Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Nicht, weil der Gegenstand seine Schrecken verloren hat, sondern weil sich der Schrecken vom Gegenstand gelöst hat. Es geht darum den Gegenstand wach zu halten. Der international renommierte israelische Schriftsteller Amos Oz, in Deutschland mit höchsten Ehren ausgezeichnet, hat mit vielen klugen Sätzen den Gegenstand beschrieben, ihn wach gehalten. Eine Mahnung von Amos Oz rufe ich in Erinnerung: „Die Vergangenheit ist immer gegenwärtig und wird immer gegenwärtig bleiben: doch man muss sich daran erinnern, dass die Vergangenheit uns gehört und nicht wir ihr.“

Für einen deutschen Botschafter sind in Israel unsere Vergangenheit und der Gegenstand ständige Begleiter. Die Wörter „unser Staat“ werden in Israel ohne innere Distanz gebraucht und ohne jede Überheb-

lichkeit. Sie sind schlicht ein Bekenntnis. Wenn hier und da auch Stolz anklingt, wird daraus kein Vorwurf abzuleiten sein. Aus guten Gründen wird in Deutschland im Rahmen der Aufarbeitung unserer jüngeren Geschichte die Formulierung „nie wieder“ gewählt. Was für uns als Auftrag verstanden werden muss, Teile unserer jüngeren Geschichte als abschreckende Mahnung immer wieder in Erinnerung zu rufen, bekommt in Israel vom anderen Ende, mit dem Gebrauch der gleichen Wörter, existentielle Bedeutung. „Nie wieder“ bedeutet in der israelischen Gesellschaft auch, dass nie wieder gewartet wird, bis es soweit ist. Die Sensitivität ist Ergebnis der israelischen Sozialisation. Wer in Europa nicht bereit ist das zu akzeptieren, tut gut daran, es zu respektieren. 60 Jahre „Staat Israel“. Der Gründungsakt im Mai 1948 war eine Zäsur. Es entstand nicht nur ein geistig-kulturelles Zentrum für Juden, das gleichwohl auf vielfältige Weise mit der Diaspora bis heute verknüpft geblieben ist, es entstand vor allem ein politisches Zentrum. Israel hat heute über 7 Millionen Einwohner. Von mehr als 150 Staaten ist Israel ein diplomatisch anerkanntes Mitglied der Völker-Gemeinschaft der Vereinten Nationen. Aus einem Agrarstaat wurde ein hoch entwickelter Industriestaat. Israel exportiert in alle Welt Erzeugnisse der Hochtechnologie. Israel ist führend auf den Gebieten Elektronik und Elektrotechnik. Israel verfügt über eine „schlagkräftige“ Armee. Das alles wurde in nur 60 Jahren aufgebaut und entwickelt. Gleichzeitig musste der Staat die Einwanderungen aus über 100 Ländern integrieren. Gleichzeitig spürte und erlebte der junge Staat den zunehmenden Widerstand der sich formierenden arabisch palästinensischen Nationalbewegung. Trotz der bis heute andauernden Gewalt, darf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

zwischen Israel und Ägypten im Jahre 1979 und mit Jordanien 1994 hoch eingeschätzt werden. Es gingen kriegerische Handlungen voraus. Sie endeten mit der Anerkennung Israels durch zwei wichtige arabische Staaten. Dieser Sachverhalt wirkt bis heute de-eskalierend, trotz Gewalt, trotz terroristischer Übergriffe. Niemand hat 1947, nach dem Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen, die rasante Entwicklung des kurze Zeit später gegründeten Staates gewagt voraus zu sagen.

Die israelische Gesellschaft ist dem 60. Jahrestag ihres Staates mit Gefühlen entgegen getreten, die wir in Deutschland nicht kennen, die wir nicht einmal ahnen. Unsere Sozialisation hat uns nicht zu einer Identifikation mit unserem Staat veranlasst, die der israelischen auch nur nahe kommt. Ich habe mir im Verlauf meines Lebens nie Gedanken machen müssen über die Existenz-Berechtigung meines Landes, obwohl Deutschland im vorigen Jahrhundert die Welt zweimal an den Abgrund brachte. Meine Sozialisation unterscheidet sich grundlegend von derjenigen eines Israelis. Keine tägliche Bedrohung! Keine Aberkennung der Existenzberechtigung! Kein Kampf um den eigenen Staat! Deshalb gebrauche ich das Wort „Sicherheit“ als Schlüsselbegriff für einen Wiedereinstieg in einen konstruktiven Nahostprozess. Die Staatengemeinschaft muss für Israel Sicherheit erarbeiten. Auf der Grundlage von „Sicherheit“ ist es leichter, das zu präzisieren und zu vereinbaren, was Premierminister Ariel Sharon mit dem Begriff „schmerzhafter Kompromiss“ umschrieben hat. Deutsche Regierungen haben nie Zweifel daran gelassen, dass sie Israel dabei helfen wollen. (Unsere Hilfe steht unter der Maxime, die deutsche Regierungs-Vertreter, die alle Fraktionen des Bundestages immer wieder deutlich gemacht haben: Die gesicherte Exi-

stanz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsraison.)

Meinem ersten Arbeitstag als Botschafter in Tel Aviv, am 1. September 2000, folgte vier Wochen später der Beginn der so genannten zweiten Intifada. Der Ablauf schrecklicher Ereignisse mit traumatischen Folgen hat das Land Israel in Atem gehalten. Ende September 2004 veröffentlichte die israelische Presse eine „Intifada-Bilanz“, die der Allgemeine Sicherheitsdienst (Shabak), nach deutschem Verständnis der Verfassungsschutz, „vier Jahre Terror ohne Pause“ nannte. Mehr als 1100 tote israelische Staatsbürger, über 7000 Verletzte. (Man zählte knapp 200 Selbstmordanschläge, über 15.000 Schuss-Anschläge und mehr als 200 Kassem-Raketen. In diesen Jahren haben die Israel Defence Forces (IDF) 98 Tunnels aufzufindig machen können, die zwischen dem palästinensischen Flüchtlingslager Rafiach und Ägypten ausgehoben und zum Schmuggel von Kampfmiteln verwendet wurden. Der Shabak beziferte das damals eingeschmuggelte Material auf ca. 2000 Kilogramm Sprengstoff, 6700 Kalaschnikow-Gewehre, 750 Raketenwerfer, 33 Granaten, 18 Maschinengewehre und fünf Flugzeugabwehrraketen. Durch die Tunnels seien 580.000 Patronen und andere Munition sowie Dutzende Panzerfäuste R-P-G geschmuggelt worden. Die Tiefe der Tunnels beträgt zwischen sechs und zehn Meter. Nach Angaben von Palästinensern, die gefasst und verhört wurden, dauert die Aushebung eines Tunnels von 250 Metern Länge zwischen drei und vier Monate Dafür würden mindestens acht Personen benötigt. Nach diesen Veröffentlichungen wurden seit Ausbruch der Intifada über 1000 Terroristen getötet, davon über 200 gezielt. Die Zahl der Verhaftungen wurde mit 6000 angegeben. Nach offiziell-

len Verlautbarungen der Palästinensischen Autonomie, deren Zahlen auch die Terroraktivisten und Selbstmordattentäter beinhalten, wurden allein bis 2004 3.268 Palästinenser getötet und knapp 24.000 verletzt. Die israelische Wirklichkeit erlebte jahrelang durchschnittlich an jedem zehnten Tag ein Selbstmordattentat und täglich zehn Schuss-Anschläge.

Dass dieser Schrecken nicht spurlos an einer Gesellschaft vorbeizieht, ist zwingend. Aus vier Flugstunden Entfernung die veröffentlichte Meinung in Deutschland zum Nahen Osten, besonders zu Israel, in diesen Jahren zu lesen, zu hören und zu sehen, provoziert eine Frage: Was und wie würde in Deutschland kommentiert und berichtet, wenn das tragische Ereignis von Erfurt im Jahre 2002 – der Amoklauf, der sechzehn Menschen das Leben kostete – sich alle zehn Tage wiederholen würde? Wenn in unseren Ländern durchschnittlich zehnmal täglich Schussanschläge gezählt werden müssten, bliebe die Bevölkerung weitgehend gelassen? In welcher Verfassung wäre Deutschland, wenn im Rahmen unserer Bevölkerungs-Relation zu Israel in sechs Jahren über zwölftausend Tote und annähernd 70.000 Verletzte zu beklagen wären? An diesen Fragestellungen hat sich absolut nichts geändert, wenn die letzten Amokläufe in Baden-Württemberg und in den Niederlanden in diese Betrachtung einbezogen werden. Terror aus weiter Entfernung zu kommentieren, ist etwas grundlegend anderes, als Terror zu erleben. Über 60 Jahre nach dem Ende von Nazi-Deutschland, über 40 Jahre nach dem Beginn diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der zweiten deutschen Republik, operiert unsere Botschaft in Tel Aviv in einem für die deutsche Diplomatie einzigartigen Umfeld.

Deutschland gilt heute für viele israelische Führungskräfte politisch und wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch als zweitwichtigster Partner nach den USA. Deutschland gilt darüber hinaus als einer der wichtigsten Partner in der kulturellen und zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit. Die israelische Führungsschicht schätzt uns als wichtigen Partner innerhalb Europas und den Vereinten Nationen. Wir sind der zweitwichtigste Außenhandelspartner. Außergewöhnlich eng ist die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Das Netz von Austauschbeziehungen hat hohes politisches Profil. Es ist nur vergleichbar mit unserer Zusammenarbeit mit Frankreich, Polen oder den USA. Und wir zählen über 100 Städte- und Kreispartnerschaften. Auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft sind die Beziehungen ungewöhnlich dicht. Selbst im militärischen Bereich haben wir außerhalb der NATO kein Land mit vergleichbar engen Beziehungen. Gleiches gilt für das Netz deutscher Präsenz in Israel. Zusammengefasst: Die Beziehungen waren nie enger, waren nie besser. Aber wir, die Deutschen, müssen wissen, wo es geboten erscheint, müssen wir es lernen: „Das Eis ist nach wie vor dünn!“ 60 Jahre sind in einem Leben sehr viel, manchmal mehr als ein ganzes Leben, in der Geschichte sind 60 Jahre ein Windhauch, fast nichts. Auch diese Wahrheit ist kein israelisches Problem, sondern ein deutsches. Es ist gut zu wissen, dass alle deutschen Regierungen, alle Fraktionen im Bundestag immer wieder feststellen: Deutschland weiß um seine besondere historische Verpflichtung für das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel. Diese Verpflichtung steht für uns unverrückbar fest. Sie ist nicht zu relativieren und wird auch in Zukunft den ein-

zigartigen Charakter unserer Beziehungen zu Israel bestimmen.

„Wer die Wirklichkeit verändern will, muss zunächst bereit sein, diese zur Kenntnis zu nehmen.“ Als der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, diesen Satz formulierte, hatte er wohl nicht den Nahen Osten im Blick. Der Satz ist – obwohl banal – dennoch so allumfassend, dass er auf alles bezogen werden, jeder Situation als Grundlage dienen kann. Die israelische und die palästinensische Wirklichkeit haben mindestens eines gemeinsam: Obwohl beide Seiten viel Zeit benötigen, einen stabilen Frieden zu organisieren, miteinander und untereinander, dürfen sie keine Zeit verlieren, damit zu beginnen. Denn eines haben beide Seiten nicht: viel Zeit. Angesichts dieser Wirklichkeit, angesichts der schrecklichen Resultate der jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Libanon und Israel oder im Gaza-Streifen fällt es schwer, sich der politischen Vernunft zuzuwenden. Gleichwohl gibt es zu diesem Weg keine vernünftige Alternative. Auch dann nicht, wenn das Aggressionsprogramm der in der palästinensischen Autonomie agierenden Terrorgruppe Hamas, den Weg der politischen Vernunft bis heute nicht begehen will. Israel hat kaum Optionen, wenn der jüdische Staat nicht in Frage gestellt werden soll. Nach Aussage von Experten bewirkt die demographische Entwicklung, dass Israel in ungefähr zwanzig Jahren eine Bevölkerungsmehrheit mit einer Bevölkerungsminderheit besetzen müsste, wenn sich am derzeitigen Zustand nichts ändert. Auf diese Option zu setzen, bedeutet, die wahrscheinliche Fortsetzung der so genannten zweiten Intifada durch radikale Kräfte der Palästinenser hinzunehmen oder sogar eine dritte, noch gewalttätigere Intifada als Flächenbrand zu ignorieren. Es würde

auch bedeuten, neben einem Pulverfass ein demokratisches Staatswesen aufrecht zu erhalten. Es würde bedeuten, Tausende junger Israelis zum Schutz eigener Staatsbürger, der Siedler, als Soldaten in besetzte Gebiete zu befehlen. Es würde weiterhin bedeuten, der eigenen Bevölkerung Milliarden an Steuergeldern abzuverlangen, um die Besetzung finanzieren zu können. Darüber hinaus müsste Israel der internationalen Staatengemeinschaft, auch seinem wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, definitiv erklären, dass Israel einen palästinensischen Staat nicht mehr akzeptieren würde. Diesen Kabinettsbeschluss, mit der geschrumpften Labour-Party sehe ich nicht. Es darf nach wie vor davon ausgegangen werden, dass für eine derartige Option in Israel keine demokratische Mehrheit zu finden ist. Genau so unrealistisch wäre die Überlegung, die Besetzung zu beenden und die Palästinensische Autonomie zum israelischen Staatsgebiet zu erklären. Losgelöst von der Tatsache, dass darüber mit der internationalen Staatengemeinschaft nicht zu reden sein wird, für Israel bliebe der demographische Faktor. In ungefähr zwanzig Jahren würde eine nichtjüdische Mehrheit in der Bevölkerung die parlamentarische Zusammensetzung zwangsläufig so verändern, dass der „jüdische Staat Israel“ zur Disposition stehen könnte. Das gesamte Spektrum der Parteien im israelischen Parlament hat wegen dieser Schlussfolgerung das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge in allen bisherigen Verhandlungen übereinstimmend verneint. Wer diese Option weiter durchdenkt, landet zwangsläufig in Südafrika. Ein Apartheidsystem wäre die Antwort. Auch hier darf davon ausgegangen werden, dass eine demokratische Mehrheit für eine solche Überlegung in Israel nicht zu finden sein wird. Von welchem Ende aus

man Israels Zukunft auch analysiert, es bleibt als realistische Zukunftsprognose nur die Akzeptanz eines Staates Palästina. Man kann es zugespitzter formulieren: Der Staat Palästina ist Garant für die Existenz des jüdischen Staates Israel.

Ein Staat ist nicht entstanden wenn es zur Proklamation gekommen ist. Zu einer Staatsgründung – hier Palästina – gehört unausgesprochen der Terminus „lebensfähig“. Ein lebensfähiger Staat Palästina ist nicht entstanden, wenn es zur Proklamation gekommen ist. Zu einem lebensfähigen Staat gehören Sachverhalte, die sofort gegeben sein müssen und solche, die wachsen, die eine zunächst nicht quantifizierbare Zeitschiene benötigen, bis sie entstanden sind. Die Vereinigung einer Vielzahl von Menschen innerhalb eines abgegrenzten geographischen Raumes, hier als Staat Palästina, assoziiert zunächst, dass dies ohne größere Schwierigkeiten möglich erscheint. Der einseitige Rückzug Israels aus dem Gazastreifen macht sichtbar, wo die Schwierigkeiten entstehen können. Ein einseitiger Rückzug impliziert ohne „wenn und aber“, dass die Repräsentanten des neuen Staates Palästina weder gefragt werden, noch über den abzugrenzenden geographischen Raum, der ihren Staat darstellen soll, verhandeln können. Ein einseitiger Rückzug stellt fest, welche Grenzen und damit Größe, welche Verbindungen und damit Lebensfähigkeit der geographisch von Israel abgegrenzte Raum haben würde. Niemand sollte unterstellen, dieser Weg sei problemlos zu vollziehen. Eine solche Unterstellung blendet Verhandlungsversuche, Übereinkünfte und Verträge mindestens der letzten fünfzehn Jahre aus. Eine solche Unterstellung blendet darüber hinaus auch die palästinensische Wirklichkeit nach acht Jahren so genannter zweiter Intifada aus. Losgelöst von einem Staatsgebiet; losgelöst von der Frage, ob es

überhaupt eine palästinensische Repräsentanz geben würde, die sich zum Staat erklärt; losgelöst von der Frage, welche Staatsform sich neben Israel bilden würde, auf die im Analogie-Schluss zum einseitigen Rückzug Israel nicht einmal mittelbaren Einfluss hätte; zur Lebensfähigkeit eines Staates zählen weitere unverzichtbare Grundlagen über die nicht verhandelt werden soll, die gleichwohl Israel in unmittelbare Verantwortung zwingen wird. Es wird kolportiert, dass das palästinensische Brutto-Sozialprodukt (BSP) zu über 75 Prozent von Israel abhängen soll; das BSP Israels zu etwa 25 Prozent von der Autonomie. Anders ausgedrückt: Israel könnte mit Einschränkungen ohne Palästina existieren. Umgekehrt wäre auf lange Sicht Palästina ohne Israel nicht lebensfähig. Der Aufbau eines Staates Palästina bedingt also -unabhängig vom Engagement der Staatengemeinschaft – über einen langen Zeitraum direkte israelische Hilfe. Das Zauberwort „Finanztransfer“ bleibt unerwähnt. Auf diese Tatsache ist die israelische Gesellschaft kaum vorbereitet. Die große Mehrheit reagiert auf die Frage nach einem palästinensischen Staat reflexartig: „Ja, so bald wie möglich“ oder „Am besten sofort“. Ein gesellschaftlicher Diskurs findet nicht statt. Die Imponderabilien sind nicht nur nicht aufbereitet, sie waren und sind bisher kein Thema. Die unabdingbaren Definitionen für einen Staat würden auch den Nachbarn Israel betreffen. Neben dem Staatsgebiet sind das u.a. die Staatsgewalt, die Staatsorgane, die Staatsform, die Staatsaufsicht, die Finanzwirtschaft, die Staatsgarantien, Staatsdienstbarkeiten, Staatshoheit, Staatsdotationen und das Staatsrecht. Viel Zeit wird benötigt, um das alles zu leisten. Und dann das für die Bevölkerung direkt spürbare Bildungs- und Sozialwesen, beides verträgt in so einer Aufbauphase keine abstrak-

ten Diskurse. Die Erwartungen der Menschen beginnen bereits vor der Proklamation: Arbeit, Wohnen, Nahrung, Bildung. Die gesellschaftliche Wirklichkeit Israels lässt vermuten, dass der Diskussionsprozess erst dann einsetzt – und damit innergesellschaftliche Konflikte – wenn Politik den Rahmen für einen Staat Palästina festgelegt hat. Ähnlich wird es in der Autonomie ablaufen. Kein politischer Vertreter in Ramallah oder Gaza wird es wagen, öffentlich einzugestehen, dass ein Staat Palästina auf unabsehbare Zeit ohne israelische Hilfe nicht lebensfähig wäre. Die Illusion, mit der Proklamation eines Staates Palästina hätten beide Seiten ihre Probleme weitgehend gelöst, ist verbreitet und wird zeitweise geschürt. Gleichwohl hat Israel keine Alternative. Der lebensfähige Staat Palästina ist Garant für die Existenz des jüdischen Staates.

Gegebene Parameter zwingen Israel, sich zu entscheiden. Über allem thront der Zeitfaktor. Die israelische Politik kann es sich nicht leisten, die demographischen Aussichten zu ignorieren. Die Vorstellung, durch eine Massen-Einwanderung die Demographie zu besiegen, kann ernsthaft nicht als Lösungsfaktor herhalten. Wenn die Bevölkerungswissenschaft von etwa zwanzig Jahren spricht, in denen sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben, hat Politik bei realistischer Betrachtung zehn Jahre, um den Prozess einer Staatsgründung zu vollziehen. Man empfindet das als langen Zeitraum. Der Blick auf den ungelösten Problemerkorb hingegen lässt ahnen, dass dieser Zeitrahmen für beide Seiten eng ist. Einerseits hat Israel aus existentiellen Gründen des jüdischen Staates keinen unbefristeten Entscheidungsspielraum. Andererseits drängt die soziale Wirklichkeit in der Autonomie zur Eile. Es ist müßig, der Versuchung zu erliegen, eine

Analyse zu wagen, wer gejagter von beiden ist. Ob die Wahlsieger von Ramallah und Gaza bereits willens sind, sich diesen Realitäten zu stellen, erübrigt die Frage, ob sie dazu fähig sind? Die Hamas-Organisation muss zunächst zur Partei mutieren und ihre Grundlage – die Zerstörung Israels und die Anwendung von Gewalt – verlassen. Der dafür nötige Zeitrahmen geht beiden Seiten verloren. Auch bei dieser Tatsache ist es müßig zu analysieren, welcher Seite diese verlorene Zeit mehr schadet. Die jüngsten Parlamentswahlen in Israel signalisieren, dass nicht mehr davon ausgegangen werden darf, dass eine Mehrheit daran festhält, den Rückzug aus den besetzten Gebieten fortzusetzen. Öffentliche Kundmachungen jetziger Regierungsmitglieder geben Anlass zu größter Besorgnis. Premierminister Netanjahu erklärte in der vorigen Woche, dass er den Bau in der Westbank einfrieren werde, aber vorher werde er hunderte neuer Wohneinheiten genehmigen. Die USA antworteten postwendend: „Das werden wir nicht absegnen.“ Die israelische Zeitung „Haáretz“ kommentierte, dass der Premierminister plane, einen weitläufigen Bau in der Westbank zu genehmigen, der sich den 2500 Wohneinheiten anschließen soll, die sich schon im Bau befinden, bevor er das Einfrieren verkündet. Obwohl es sich keineswegs um einen Baustopp handeln wird, bereiten sich die Falken des Likud schon auf Protestmaßnahmen vor, um bereits gegen eine mehrmonatige Pause bei den Baumaßnahmen zu protestieren. In diesen Zusammenhang gehört auch folgende Äußerung des Premierministers: „Wir benötigen in den besetzten Gebieten Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und Friedhöfe für die israelische Bevölkerung.“ Eine solche Aussage signalisiert alles andere als Bereitschaft, die Westbank zu räumen (Jetzt soll

der Baustopp nur für zehn Monate gelten, wogegen wieder Siedler protestieren. *Die Redaktion*). Unmittelbar nach seinem Amtsantritt als neuer Außenminister Israels erklärte Liebermann, er sei dem Annapolis - Prozess nicht verpflichtet. Den Präsidenten des vielleicht wichtigsten Staates für Israel im Nahost-Prozess, den ägyptischen Staatsschef Mubarak, beleidigte Liebermann auf besondere Art: Wenn Mubarak nicht nach Israel kommen wolle, „dann soll er zum Teufel gehen“. Und er drohte, den Assuan-Staudamm zu sprengen. Die innenpolitische Entwicklung Israels verdrängt zurzeit die Frage, wann sich die palästinensische Seite selbst eine Grundlage schafft um Verhandlungspartei sein zu können. Je länger es aber dauert, je mehr wird Israel Fakten schaffen, die kaum als Verhandlungsgegenstand noch einmal aufgerufen werden. Hier wirkt der Zeitfaktor zu Ungunsten der Autonomie.

Es ist bekannt, dass der ehemalige Premierminister Olmert und der Präsident der Autonomie, Abu Masen, konkrete Gespräche, ja Verhandlungen, über einen Finalstatus geführt haben. Stimmen aus dem Umfeld von Abu Masen haben wiederholt bestätigt, dass es sich um ernste Gespräche handelte. Von einem Treffen Olmerts mit einer Delegation des amerikanischen Kongresses hörte man, dass Israels Premier ausdrücklich bestätigt hat, die zentralen Probleme des Konfliktes zu erörtern. Zitat Olmert: „Damit wir uns auf Prinzipien einigen, die zur Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels führen werden: Grenzen, Flüchtlinge, Austausch von Gebieten, die Passage zwischen der Westbank und dem Gazastreifen sowie die Art der Beziehungen zwischen Israel und dem Palästinenserstaat.“ Die zentralen Streitpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Frage der Grenzen: Posi-

tion Abu Masen: Israel zieht sich an die Grenzen von 1967 zurück. Ein Palästinenserstaat wird in der Westbank und dem Gazastreifen entstehen. Hauptstadt: Jerusalem. Position Netanjahu: Israel wird keine Gebiete in der Westbank räumen. Ein Stopp der Siedlungspolitik ist darüber hinaus nicht vorgesehen. Das Rückkehrrecht: Position Abu Masen: Israel erkennt das Recht der palästinensischen Flüchtlinge an, in ihre Heimat zurück zu kehren, gemäß Beschluss des UN-Sicherheitsrates. Eine Umsetzung geschieht mit Einverständnis beider Seiten. Position Netanjahu: Es gibt keine bisher öffentlich gemachte Meinung. Die Position seines Vorgängers, die Flüchtlinge können lediglich in das Gebiet des Palästinenserstaates zurückkehren, nicht in die Grenzen des Staates Israel, ist obsolet, weil eine Zwei-Staaten-Lösung abgelehnt wird. Die Frage der territorialen Kontinuität: Position Abu Masen: Eine sichere Passage zwischen der Westbank und dem Gazastreifen, der ganz unter der Herrschaft der Palästinenser steht. Position Netanjahu: Auch hier erübrigt sich die Suche nach Äußerungen. Erst bei Anerkennung



Tempelberg, Jerusalem

einer Zwei-Staaten-Lösung müsste Stellung bezogen werden.

Die Jerusalem-Frage: Position Abu Masen: Ostjerusalem ist die Hauptstadt des Palästinenserstaates. Völlige Kontrolle über den Tempelberg. Position Netanjahu: Jede Diskussion wurde bisher darüber abgelehnt. Wenn wir in Mitteleuropa, in vier Flugstunden Entfernung, zu der verständlichen Auffassung kommen, das muss sich doch lösen lassen, zumal die Vorgängerregierung erhebliche Zugeständnisse in den bisherigen Verhandlungen gemacht hat, sollten wir die aktuellen europäischen Tatsachen nicht vergessen: Zum Beispiel Nordirland. Zum Beispiel das Baskenland. Zum Beispiel das ehemalige Jugoslawien. Zum Beispiel Zypern. Gleichwohl ist mit dem Regierungswechsel keine neue Hoffnung im Nahen Osten entstanden.

Aber in Israel gilt auch eine andere Erfahrung: „In der nah-östlichen Realität ist das heute Undenkbare morgen selbstverständlich!“ Diese Erfahrung müssen wir in Mitteleuropa selbst dann in Rechnung stellen, wenn die aktuelle Spannung im Gaza-Streifen und den angrenzenden israelischen Städten durch weiteren Beschuss von Kassam-Raketen hochexplosiv ist. Es darf als gesichert gelten, dass die Terrorabwehr der Hamas bis heute keine friedliche Lösung des Konfliktes will. Die Ablehnung einer Zwei-Staaten-Lösung durch die neue israelische Regierung selbst dann, wenn ein Friedensvertrag selbstverständlich die Anerkennung Israels beinhalten würde, verdunkelt jede positive Perspektive. Anerkennung ist eine grundlegende Kategorie der Staatenwelt. Auf ihr ruhen alle Begriffe des Rechts, des regulierten Handels untereinander, nicht zuletzt auch der Kriegführung (Professor Dan Diner). Das Verhältnis zwischen Israel und Palästinensern ist von einer chronischen Konstellation der Nichtanerkennung geprägt. So formuliert es der israelische Wissenschaft-

ler Dan Diner. Nicht zuletzt deshalb kommen immer mehr Beobachter der Region Naher Osten zu der Überzeugung, dass die beiden Akteure – Israel und Palästinenser – es alleine nicht schaffen, den Konflikt zu lösen. Hilfe ist geboten. Wenn beiden Akteuren die Zwei-Staaten-Lösung abgefordert werden muss, definiere ich auch dieses als Hilfe. Zu den einfachen Wahrheiten gehören zwei Sachverhalte: 1. Israel muss erkennen und akzeptieren, dass ein sofortiger Baustop in den Gebieten für die palästinensische Seite grundlegend ist. 2. Die Palästinenser müssen erkennen und akzeptieren, dass die sofortige Einstellung von Terror und Gewalt für Israel genau so grundlegend ist. Die Schlüsselrolle einer Einflussnahme gegenüber Israel liegt ohne Zweifel bei den Vereinigten Staaten. Eine wichtige Moderatorenrolle fällt der Europäischen Union zu. Gegenüber den Palästinensern liegt der Schlüssel bei mehreren Akteuren: Ohne Rangfolge nenne ich Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien. Moderatoren sind Russland und China. Das neu formulierte Engagement der USA, die nicht zu überhörende Änderung der Rhetorik und der damit zum Ausdruck gebrachte unbedingte Wille, einen Kompromiss, eine Verhandlungslösung zustande zu bringen, lassen hoffen, dass die neue israelische Regierung ihre inakzeptablen Positionen aufgibt. Israel sieht sich in einer neuen politischen Lage: Zum ersten Mal sprechen Amerikaner, Europäer, also auch Deutschland, die Russen und Japan, in einem grundlegenden Punkt der Auseinandersetzung, der Siedlungs-Politik, die gleiche Sprache. Und: Nicht die Europäische Union, nicht die Amerikaner haben ihre Position verändert. Israel hat die jahrelang von den Vorgängerregierungen vertretene Auffassung zur Bildung eines Palästinenserstaates verlassen. Der internationale

Konflikt mit dem Iran stellt sich für Israel als zusätzliche existentielle Bedrohung dar. Die Möglichkeit, von Atomraketen angegriffen zu werden, wird nicht als abstraktes Szenario empfunden. Die iranische Grenze ist nur wenig mehr als tausend Kilometer entfernt. Der Frontalangriff des iranischen Präsidenten gegen die Existenz Israels wird in ihrer Dimension einem Deutschen klarer wenn er sich vorzustellen vermag, dass es um eine Entfernung von Kiel bis München geht. Eine Gesellschaft, deren Existenz von Nachbarn fortwährend in Frage gestellt wird, eine Gesellschaft, deren Entstehungsgeschichte die Verbrechen des Holocaust begleitet, eine Gesellschaft, die in ihrer jungen Geschichte sechs Angriffskriege erlebte, sozialisiert sich anders, als wir Europäer es uns „leisten“ dürfen. Der „Count-down“ hat längst begonnen. Gleichwohl benötigt die Region viel mehr Zeit, als Europäer und die USA gegenwärtig intellektuell bereit sind einzuräumen. Den Berg von Problemen politisch einer Lösung zuzuführen ist das eine, religiöse Fragen damit zu verknüpfen oder sie auszuklammern, das andere. Wer von einer Finallösung bei solcher Gemengelage ausgeht, muss acht geben, dass er nicht durch einen Alptraum geweckt wird. Die Demographie grenzt den Zeitrahmen für Israel ein. Die soziale Lage der Palästinenser setzt deren Zeitrahmen Grenzen.

Rudolf Dreßler

Geboren am 17. November 1940 in Wuppertal; verheiratet, eine Tochter, ein Sohn. Ausbildung zum Schriftsetzer, Umschulung zum Metteur, danach zum Linotypesetzer. Freie Mitarbeiter-tätigkeit für verschiedene Zeitungen. Von 1969 bis 1981 Vorsitzender des Betriebsrates im Hause der „Westdeutschen Zeitung“. 1974 bis 1983 Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier. Mitautor des 1974 erschie-

nenen Buches „Sozialplan und Interessenausgleich nach dem BetrVG 1972“, Mitherausgeber des „Schwarzbuch der Wirtschaftskriminalität“ (1987) und anderer Veröffentlichungen. Mehrere Jahre ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster. Mitglied des Bundestages von 1980 bis 2000. 1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung; von 1987 bis 2000 stellvertreten-

der Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. 1984 bis 2000 Mitglied im SPD-Parteivorstand. 1991 bis 2000 Mitglied im SPD-Präsidium. September 2000 bis 2005 Botschafter in Tel Aviv, Israel.



Rudolf Dreßler

Trauernde israelische und palästinensische Familien schließen sich zusammen

Versöhnung ist möglich!

Von Hanna Lehming

Als im Juli des Jahres 1994 sein neunzehnjähriger Sohn Arik in Israel von Hamas-Terroristen entführt und ermordet wurde, änderte der erfolgreiche Geschäftsmann Yitzhak Frankenthal sein ganzes Leben. Er gründete den Parents Circle (Elternkreis), eine Initiative israelischer und palästinensischer Eltern, die ein Kind oder einen anderen Familienangehörigen durch den Konflikt zwischen ihren Völkern verloren haben. „Arik könnte noch leben, wenn zwischen unseren Völkern Frieden wäre,“ so sagt Yitzhak Frankenthal immer wieder. Durch Vorträge und spektakuläre Aktionen, bei Besuchen in Schulen und in Seminaren, versuchen die trauernden Eltern vor allem, eine Botschaft in ihre Gesellschaften zu tragen: Friede ist der einzige Weg, anderen Familien den Schmerz des Verlustes eines lieben Menschen zu ersparen. „Töten ist töten,“

sagen sie, „egal auf welcher Seite. Was wir brauchen, ist Versöhnung und Dialog, um Rachegefühle und Hass zu überwinden.“

Es ist wahrscheinlich einzigartig in der Welt, dass sich trauernde Familien zweier verfeindeter Völker zu einer gemeinsamen Versöhnungsmission zusammenschließen, während der Konflikt noch anhält. Seit seiner Gründung im Jahr 1995 hat die israel-



Dialog

lisch-palästinensische Initiative „Parents Circle – Families Forum“ eine entscheidende Rolle als Vorreiter eines Versöhnungsprozesses zwischen Israelis und Palästinensern gespielt.

Vorrangige Ziele der Initiative sind: Weitere Opfer des Konflikts zu verhindern, die öffentliche Meinung und Entscheidungsträger zu Dialog und Frieden zu bewegen, die Erziehung zur Versöhnung zu befördern sowie auf beiden Seiten eine Bewusstseins-Veränderung für die Wahrnehmung „der Anderen“ zu bewirken. Zu den zahlreichen Projekten und Programmen des Parents Circle gehören z. B. eine israelisch-palästinensische Telefonhotline, eine Ausstellung israelischer und palästinensischer Künstler, Kinder- und Jugendcamps, die Produktion einer zweisprachigen Fernsehserie sowie vor allem regelmäßige Gespräche mit Schulklassen. Jeweils zu zweit, ein Israeli und ein Palästinenser, sprechen die Mitglieder der Friedensinitiative mit den jungen Leuten. „Viele Schüler erzählen uns hinterher, dass dieses Gespräch ihnen die Augen geöffnet hat“, sagt Aaron Barnea vom PCFF. „Wir haben nicht gehaut, dass die anderen auch solchen Schmerz empfinden und um ihre Kinder weinen“, so erklären israelische wie palästinensische Jugendliche. Dem PCFF geht es darum, das menschliche Gesicht der Anderen zu zei-

gen, die menschliche Dimension eines fürchterlichen Konflikts erfahren zu lassen, um vielleicht zur Versöhnung bereit zu werden.

Mittlerweile gehören etwa 500 israelische und palästinensische Familien zum Parents Circle.

Die Initiative wurde bereits mit etlichen internationalen Preisen ausgezeichnet. Zu den Schirmherren des Parents Circle gehört der Erzbischof von Canterbury, Dr. Rowan Williams, der die Versöhnungsarbeit der trauernden Familien immer wieder öffentlich würdigt.

Der Parents' Circle im Internet:

www.theparentscircle.org.

Eine Homepage in deutscher Sprache hat das Nordelbische Missionszentrum (NMZ) eingerichtet, das die Initiative seit Jahren unterstützt: www.parentscircle.de.

Kontakt: Hanna Lehming, Nahostreferat des NMZ, E-mail: h.lehming@nmz-mission.de



Hanna Lehming

Khaled Abu Awwad, Generalmanager von PCFF: „Es ist wichtig, die Botschaft von Frieden und Gewaltlosigkeit weiter zu tragen. Die Medien tragen schon die Botschaft des Konfliktes und des Hasses zwischen Palästinensern und Israelis, zwischen Juden und Moslems in alle Welt. Deshalb ist es notwendig, von unserer Arbeit zu berichten. Ihr könnt nicht unseren Konflikt lösen, aber unsere Arbeit der Versöhnung unterstützen.“

Jadallah Shihadeh, ev. Pfarrer in Beit Jala, sagt: „Das Glück des Einen Volkes hängt vom Glück des anderen Volkes ab. Der Segen des einen Volkes hängt vom Segen des anderen Volkes ab.“ CuS 1/07, S. 31, vgl. seinen Artikel „Abrahams Herberge“.

Kinder als Botschafter für den Frieden II

Neve Hanna – Zwei Briefe zur Ergänzung des Artikels in CuS 2–3/2009

Von Antje Naujoks, 9.8.2009

Lieber Herr Gaede, haben Sie vielen Dank für die Übersendung des Heftchens mit Ihrem Artikel zu Neve Hanna! Aufgrund der Sommerferienzeit ist es erst jetzt auf meinem Schreibtisch gelandet.

Es ist wunderbar, dass Menschen immer wieder an uns denken und durch solche Artikel auf die Lage unserer Kinder und unsere Arbeit aufmerksam machen. Darüber freuen wir uns sehr und sind sehr dankbar.

Allerdings, wenn ich das anmerken darf, komme ich nicht umhin, etliche faktische Ungenauigkeiten feststellen zu müssen, wenngleich sich dies nicht auf den Gesamthalt, sondern die Detailangaben bezieht. Mir ist das etwas schleierhaft, und ich weiß nicht, woher Sie ihre Informationen beziehen. Geht das auf Dudus Vortrag zurück? Irgendwie kann ich mir das auch dann nicht erklären.

Aber nicht so wichtig, denn die Grundwerte von Neve Hanna kommen wunderbar herüber und das ist die Hauptsache. Ih-



Bäckerei

nen also nochmals vielen Dank für Ihre Mühen.

Ihre Antje

Lieber Herr Gaede, danke für Ihre Reaktion! Ich habe gerade einige der Fehlinformationen in der Homepage unseres deutschen Freundesvereines ausfindig gemacht. Dort steht: „40 Kinder in den Tageshorten, die mehrheitlich äthiopisch sind.“ Das stimmt ganz und gar nicht. Wir haben in Neve Hanna 70 Kinder bei uns (in der deutschen Homepage heißt es 75 und bei Ihnen 90) und 50 in den Tageshorten. Ein Drittel der Gesamtkinderzahl hat äthiopischen Hintergrund. Daran hat sich seit Beginn des letzten Schuljahres nichts geändert. Auch die Angaben zu den Arbeitnehmern passen total nicht, aber die habe ich dank Ihres Beitrags ebenfalls in der deutschen Homepage aufspüren können.

Interessant fand ich persönlich vor allem die Entfernungsangabe von Tel Aviv. Das ist die Entfernung zum Gazastreifen, nach Tel Aviv sind es doppelt so viele Kilometer.

Vollkommen schleierhaft ist mir, woher die Angabe stammt, dass die Bäckerei staatlich gefördert wird. Gerade dafür bekommen wir keinen Pfennig, denn es ist schließlich ein Betrieb ...

Aber wie gesagt, Schwamm drüber, denn die wichtigen Ziele kommen toll zum Vorschein und das ist wichtig. Außerdem bin ich so auf Fehlangaben gestoßen und kann sie korrigieren. Vielen Dank dafür!

Ihre Antje

Antje C. Naujoks, Children's Home „Neve Hanna“, Israel

Petrus, Paulus und das Evangelium unter den Christen aus den Völkern

Zur Korrektur in der Predigt „Mut schafft Leben“ in CuS 2–3/09

Von der Redaktion

Fokke Bohlsen hat die Bibel aufgeschlagen und so aufmerksam einen Fehler bemerkt. Dafür sei ihm auch hier gedankt. In der Predigt von Bischöfin Margot Käßmann „Mut schafft Leben“, CuS 2-3/2009 müssen wir auf der Seite 7 dreimal ändern: Petrus statt Paulus.

Natürlich ist in Kapitel 10 der Apostelgeschichte vom Apostel Petrus die Rede und nicht vom Apostel Paulus. Petrus wird durch eine Vision dazu bewegt, die Unterscheidung zwischen „rein“ und „unrein“ aufzugeben, wenn Gott das gebietet. In der Konsequenz bedeutet das: Nun ist die Welt nicht mehr aufgeteilt in profane und heilige Bezirke, sondern Gottes Gegenwart ist überall spürbar. Jetzt kann Petrus auch volle Gemeinschaft – das gemeinsame Essen ist das Zeichen dafür – mit dem Heiden Kornelius haben und ihm Gottes Botschaft verkünden: „Nun erfahre ich in Wahrheit, dass Gott die Person nicht ansieht, sondern in jedem Volk, wer ihn fürchtet und recht tut, der ist ihm angenehm.“ (Apg. 10, 34-35) Margot Käßmann fügt hinzu: „Recht tun. Richtig handeln, so handeln, dass die Rechte der Anderen respektiert werden.“

Die Botschaft vom Neuen Sein, vom Leben und Handeln angesichts der Liebe Gottes in Christus, hatte die Konsequenz, dass die Botschaft des Evangeliums die Grenzen Israels übersprang und sich christliche Gemeinden unter den (Heiden-)Völkern bildeten neben den judenchristlichen Gemeinden, auch in Europa (Wulfila +383, Bischof bei den Westgoten), auch in un-

serm Land (Iro-schottische Mission, Kilian + 689 und Wynfred, gen. Bonifatius aus Wessex +754 oder 755).

Bischöfin Käßmann wollte eigentlich von Paulus erzählen, der als Apostel der Heiden berufen war, während Petrus für die judenchristlichen Gemeinden zuständig war (Gal. 2,7). In der Apostelgeschichte hätte sie deshalb Kap. 15 zitieren können. Der Beschluss der Apostelversammlung erlaubte den Christen aus den Völkern, von den 638 Geboten des jüdischen Gesetzes frei zu sein. Sie hätte auch die Aussagen des Paulus selbst zitieren können über die Gerechtigkeit aus dem Glauben Galaterbrief, Kap. 2–5, besonders Kap. 3, V. 26: „Ihr seid alle durch den Glauben Gottes Kinder in Christus Jesus.“ (Luther 1984) „Ihr alle nämlich seid Gottes Kinder im Messias Jesus durch das Vertrauen.“ (Bibel in gerechter Sprache). Im Griechischen steht *hyoi*, d. h. Söhne. Interessant, dass nicht erst die BigS, sondern auch die Luther-Revision 1984 mit Recht die inclusive Sprache (Einbeziehung der Mädchen und Frauen) gewählt hat. Oder sie hätte den oft zitierten Vers nehmen können: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“ (Gal. 3, 28).



Bonifatius-Denkmal

Ein Tag in Dachau

Von Eduard Farwer (1901–1971)

Ein Julimorgen des Jahres 1942 in der Baracke 26, dem Unterkunftsraum der deutschen Geistlichen in Dachau. Um ½ 4 Uhr morgens schrillt der Wecker. Der älteste Geistliche, ein 70 jähriger Dechant aus Trier, weckt die Mitbrüder mit dem Gruß „Gelobt sei Jesus Christus“! Alles eilt aus den Betten, die zu dreien übereinander stehen. Zuerst bauen der unterste und der oberste Stock ihre Betten, zuletzt der mittlere. Alles muss mit Windeseile geschehen. Und die Betten müssen gut gebaut werden; sonst gibt es kein Mittagessen. Die Kopfkeile werden mit der Wasserwaage ausgerichtet. Wehe dem, dessen Kopfteil auch nur einen Zentimeter zu hoch oder zu tief liegt! Dann schnell waschen und Kaffee trinken. Viele haben kein Stück Brot mehr dazu; ich auch nicht. Wir haben vor unmenschlichem Hunger unsere Tagesration Brot schon am Abend vorher gegessen. So werden wir, wie so oft schon, mit leerem Magen den ganzen Vormittag arbeiten müssen. Schnell geht's noch in unsere Kapelle, um die hl. Messe zu hören. Nur die deutschen Geistlichen dürfen die Kapelle betreten; den polnischen Geistlichen und allen Laien ist die Kapelle streng verboten. Manche Mitbrüder können vor Schwäche sich nicht mehr auf den Beinen halten, sie liegen während der Messe auf dem Rücken, auch der alte Pfarrer aus dem Hochschwarzwald, der am Abend stirbt. Die hl. Hostie halten alle auf der rechten Hand, weil das Austeilen der Kommunion zu lange dauern würde. Gleich nach der hl. Wandlung kommuniziert jeder und verwahrt einen Teil der Hostie für die Kameraden auf der Arbeitsstätte im Revier. Das

ist streng verboten, aber heilige Pflicht christlicher Nächstenliebe. Lange vor Schluss der Messe pfeift es zum Zählappell. Der Blockführer – ein SS-Mann – schreit in die Kapelle hinein: „Seid ihr mit dem Affentheater noch nicht fertig? Sonst räume ich auf.“ In 2 Minuten muss die Messe zu Ende geführt, in 4 Minuten die Kapelle geräumt sein. Kaum sind wir draußen, da wird mein Landsmann und bester Freund ohnmächtig. Wir schleppen ihn zum Appellplatz; denn auch die Kranken und die Toten müssen am Appell teilnehmen, So will es die SS; so lautet der Befehl von Himmler. Es dauert über eine Stunde, bis der Lagerführer Hoffmann erscheint und den Appell abnimmt. Wir können den guten Bernhard nicht so lange tragen und müssen ihn auf den schmutzigen Boden legen. Ich kann ihm noch die Absolutionsworte zuflüstern, da ist er schon tot – ohne Todeskampf. Was hatte der gute, stille Mitbruder aber alles gelitten, ehe der Tod ihn aus den Händen der SS befreite! Er war 1,85 m groß und wog beim Tode noch 44 kg. Was wird sein armer alter Vater in Westfalen sagen? Ein letzter Blick noch auf den toten Mitbruder; die Leiche wird zum Krematorium geschafft; wir eilen zu unserem Arbeitskommando: Plantage. Auf dem Marsch brechen zwei ältere Ordensgeistliche zusammen. Sie werden zum Revier gebracht, wo sie den Abend nicht mehr erleben. Sind sie an ihrer Schwäche gestorben? Oder hat man mit einer Spritze nachgeholfen? Etwas Genaueres erfährt man nie. In der Plantage wartet schwere Arbeit auf uns: Wir müssen die Pflüge, Sämaschinen und Walzen ziehen. Pferde werden gesparrt; Menschen sind billiger. Sechs Menschen müssen das leisten, was zwei Pferde

leisten. Vor Schwäche tanzt mir alles vor den Augen. Aber nur nicht umfallen! Wer nicht mehr arbeitsfähig ist, wird nach Mauthausen geschickt und vergast. So mancher Priester starb schon in der Gaskammer von Mauthausen! Wir ziehen heute die Walze, 11 Stunden am Tage. Außer der Mittagspause gibt es keine Ruhepause. Der hungrige Magen will nicht mehr. Wenn wir an den Johannisbeersträuchern vorbeikommen, streife ich ein paar Blätter ab, sie werden mit Heißhunger verschlungen.

Ob das aber der Körper aushält? Manche haben schon die Ruhr. Austreten darf man während der Arbeitszeit nur von 9–10 und von 3–4 Uhr. Dann wird der Abort abgeschlossen. Wer dabei ertappt wird, dass er auf dem Felde austritt, bekommt 25 Schläge mit dem Ochsenziemer. Einen Ausländer sehe ich Regenwürmer essen. Plötzlich fangen alle an, intensiver zu arbeiten: Kapo Rasch, der ungemütliche Wiener, ist in der Nähe. Wir fürchten ihn noch mehr als die SS. Er kann furchtbar schlagen und treten und macht Meldung über Meldung. Kurz nach 10 Uhr ertappt der Oberkapo – auch ein Wiener – einen Mitbruder, der einen Kohlrabi isst. Er macht Meldung. Urteil: 14 Tage Sand fahren im Laufschrift und 8 Sonntage Strafarbeit in der Kiesgrube ohne Essen. Nach zweistündiger Arbeit im Laufschrift bricht der Mitbruder zusammen. Ich fahre ihn in einem kleinen eisernen Schiebkarren ins Revier und halte ihn für einen Sterbenden; wider Erwarten kommt er aber durch.

Um ½ 12 Uhr läutet es zur Mittagspause. Wenn wir schnell marschieren, sind wir kurz vor 12 Uhr in unserer Baracke. Vor der Baracke steht unser Mittagessen: Fünf Kübel mit dünner Grünsuppe (Runkelblätter) und ein Kübel gute Erbsensuppe. Wir freuen uns auf die Erbsensuppe, aber vergebens. Der Blockälteste behält die Erbsen-

suppe für das Blockpersonal und für seine Freunde. Die Freunde des Blockältesten sind blutjunge Russen. Wir bekommen nur dreiviertel Liter Grünsuppe und drei Kartoffeln. Kaum haben wir das Essen hinuntergeschlungen und das Geschirr gewaschen, da pfeift es schon wieder zum Appell. Des Nachmittags kommt ein Unwetter. Der SS-Posten ruft vom Maschinengewehrturm: „Stellt euch unter!“ Kaum sieht das Kapo Rasch, dass wir uns untergestellt haben, da treibt er uns wieder in den strömenden Regen hinaus. Wir haben kein Zeug zum Wechseln; so muss das nasse Zeug wieder am Körper trocknen. Manche werden krank davon werden, denn alle sind ja schon so schwach. Der schwere Boden ist überall mit Wasserlachen bedeckt. Trotzdem zwingt der Kapo Rasch die Unkraut-Jäter, ihre Arbeit kniend zu verrichten. In der Plantage ist ein Bienenhaus. Es hat 36 000 RM gekostet und ist dem Bienenhaus auf dem Obersalzberg genau nachgebildet. Ein Kamerad kommt vorbei und erzählt, dass sie soeben 150 Pfund Bienenhonig für Frau Heinrich Himmler eingepackt haben. Die Schwäche droht, uns zu übermannen. Heute sind wieder einige Mitbrüder gestorben; andere sind sterbenskrank, darunter der heiligmässige polnische Bischof Michael Kozal, Weihbischof von Leslau. Wann werden wir so weit sein? Denn aus dieser Hölle herauszukommen, ist ja aussichtslos. In manchen Arbeitsgruppen wird laut der Rosenkranz gebetet. Neben an arbeitet eine Gruppe polnischer Geistlicher. Auf dem Unkraut kniend feiern sie – heimlich die hl. Messe. Kein SS-Mann, kein Kapo darf das wissen. Um 6 Uhr läutet es in der Plantage zum Feierabend, aber es geht noch nicht zur Ruhe. Nun kommt der abendliche Zählappell. Es dauert wieder recht lange, weil einer fehlt. Wir müssen so lange

stehen, bis der Fehlende gefunden wird. Diesmal sind es nur zwei Stunden, da wird der Fehlende entdeckt – unter einem Abfallhaufen hatte sich der junge Russe versteckt gehalten. Wir haben aber auch schon 12 Stunden, ja 24 Stunden und länger stehen müssen, wenn einer fehlte. Um acht Uhr heißt es endlich: „Wegtreten!“ Auf dem Wege zur Baracke wird gesungen: Jeder muss mitsingen. Wenn ein Block schlecht singt, muss er noch Singen üben, ehe es Abendessen gibt.

Zum Abendessen gibt es $\frac{3}{4}$ Liter dünne Gemüsesuppe, dazu unsere viel zu kleine Tagesration Brot. Aber die Verpflegung eines Häftlings darf ja pro Tag 0,30 RM nicht überschreiten. Nach dem hastigen Abendessen schnell die Holzschuhe waschen, rasieren etc. Dann ist es 9 Uhr.

Die Sirene ertönt. Niemand darf jetzt noch aus der Baracke. Sonst wird vom Turm aus scharf geschossen. Wir eilen in den Schlafraum. Der alte Dechant stimmt das Abendgebet an. Wir beten für uns gegenseitig, für die Kranken und Sterbenden, für unsere Angehörigen und Freunde und auch – so schwer es sein mag – für unsere Feinde, für die SS und für die Gestapo. Wir denken an den Psalmvers: „Wann willst du unsere Fesseln zerbrechen, oh Herr? Wann willst du die Macht des Satans, der sich als Herr der Erde aufspielt, überwinden?“ „Doch Dein Wille geschehe, tue es auch noch so wehe! Dein Wille geschehe, wenn ich's auch nicht verstehe.“

In dieser Nacht fällt ein Mitbruder aus seinem Bett im 3. Stock und bricht den Oberarm.

Über 3000 Priester waren im K.L.(Z.) Dachau aus 25 verschiedenen Nationen. Von ihnen starben 52 %. Sie starben am Hunger, an den Misshandlungen, an Typhus oder als Opfer der Malariaversuchstation. Sie kamen nach Dachau, weil sie

ihre Pflicht als Priester getan; weil sie Gott mehr gehorcht hatten als den Menschen.

Eduard Farwer, Gefangener der Gestapo von 1938 bis 1945, davon von 1941 bis 1945 im Konzentrationslager Dachau.

Warum kam ich nach Dachau? Dies hatte ich gesagt: „Ein Pfarrer predigte über das Thema: ‚Hinkend geht die Lüge durch die Welt.‘ Er wurde zur Gestapo bestellt und gefragt, ob er Göbbels damit gemeint habe. Der Pfarrer stellt die Gegenfrage: ‚Lügt der denn?‘ Da hat man den Pfarrer laufen lassen.“ Für diese Worte war ich über 7 Jahre Gefangener der Gestapo, davon die letzten 4 Jahre in Dachau. Aus Dachau wurde ich befreit durch die Amerikaner am 29. April 1945, abends $\frac{1}{2}$ 6 Uhr.

Nachwort:

Diese Abschrift wurde vollständig und wortgetreu erstellt. Die Urschrift stammt von Pfarrer Eduard Farwer und wurde mit mechanischer Schreibmaschine geschrieben. (Nur die Schreibweise jetzt wurde an die neue Rechtschreibung angepasst, die Redaktion.)

Dachau war bekanntlich nicht einmal ein reines Vernichtungslager, wie z. B. Auschwitz. In Dachau sollten die Häftlinge durch die unmenschliche Arbeit umkommen. Die zynische Inschrift, noch heute vorhanden, über dem Lager tor lautete: „Arbeit macht frei.“

Bei dem Freund und Priester Bernhard handelt es sich um Kaplan Bernhard Poether aus Datteln. Er wurde dort am Neujahrstag, dem 1. Januar, des Jahres 1906 als drittes Kind des Postbeamten Heinrich Poether und seiner Ehefrau Maria, geb. Timpe, geboren. Am 06. Januar 1906, dem Dreikönigstag wurde er in der Pfarrkirche St. Amandus zu Datteln auf den Namen Bernhard Heinrich getauft. Am 17. De-

zember 1932 wurde er im Paulus Dom in Münster zum Priester geweiht. An diesem Tag eröffnete ihm seine Mutter, dass sie ihn, als sie ihn unter dem Herzen trug, ganz besonders Gott geschenkt habe, mit der Bitte, falls dieses Kind ein Junge sei, Gott ihm die Gnade schenken möge, Priester zu werden. Er war als Kaplan tätig in Buer, Beckhausen, Gladbeck-Zweckel und Bottrop St. Josef. Der Todestag von Kaplan Bernhard Poether war der 05. August 1942. Sein Levitenamt wurde am 17. August 1942 in der Pfarrkirche zu Hilstrup gehalten. Somit schildert der Bericht bereits einen Augusttag. Bei den geschilderten unmenschlichen Bedingungen dürfte die Kenntnis des genauen Kalendertages wohl kaum eine Sorge der KZ-Häftlinge gewesen sein.

Dem 70-jährigen Dechanten aus der Diözese Trier berichtete Pfarrer Eduard Farwer in einer Predigt in der Pfarrkirche von Maisach am 21. Mai 1945 folgendes: Es handelte sich sogar um zwei 70-jährige Priester. Der Grund für ihre Inhaftierung im KZ Dachau war, dass sie in einem Restaurant versehentlich Hermann Göring nicht begrüßt hatten. Sie sind im Jahr 1942 in Dachau verhungert.

Dachau war, so die Worte von Pfarrer Farwer, die Hölle. Eine von Menschen gemachte Hölle. Und doch sind die dort inhaftierten Priester ihrem Glauben treu geblieben. Ja, für diesen Glauben waren sie dort inhaftiert und wurden zu Tode gemartert. Und doch – so der Bericht – beteten die inhaftierten Geistlichen, so schwer es ihnen auch fiel, für ihre Feinde. Für die SS und die Gestapo. Getreu dem Gebot unseres Herrn Jesus: „Liebet euere Feinde!“ Und sie sind in ihrem Glauben nicht irre geworden. Und der Boden von Dachau ist getränkt mit dem Blut dieser dort gestorbenen Märtyrer des Glaubens. Es ist heiliger Boden. So wie der Boden des vatikanischen Hügels in Rom, an dem die Christen, allen voran der Hl. Petrus,

den Märtyrertod für ihren Glauben gestorben sind.

Der Tag der Befreiung, der 29. April 1945, war der Montag nach dem Gründonnerstag des Jahres 1945. Dem Gedenktag der Einsetzung der Eucharistie durch unseren Herrn Jesus Christus. Mit welcher Innbrunst mögen die Befreiten dort die hl. Messe und die Eucharistie gefeiert haben? Wie mögen sie die Wandlungsworte nach den schweren Jahren in körperlicher und seelischer Not empfunden haben: „Denn am Abend, an dem er ausgeliefert wurde und sich aus freiem Willen dem Leiden unterwarf, nahm er das Brot und sagte Dank, brach es, reichte es seinen Jüngern und sprach:

NEHMET UND ESSET ALLE DAVON! DAS IST MEIN LEIB, DER FÜR EUCH HINGEGEBEN WIRD. Ebenso nahm er nach dem Mahl den Kelch, dankte wiederum, reichte ihn seinen Jüngern und sprach:

NEHMET UND TRINKET ALLE DARAUS. DAS IST DER KELCH DES NEUEN UND EWIGEN BUNDES, MEIN BLUT, DAS FÜR EUCH UND FÜR ALLE VERGOSSEN WIRD ZUR VERGEBUNG DER SÜNDEN. TUT DIES ZU MEINEM GEDÄCHTNIS!“

Die Heimatstadt Geseke von Pfarrer Eduard Farwer wurde bereits am 1. April, dem Ostersonntag des Jahres 1945, ebenfalls von den Amerikanern befreit. Nachdem kurz zuvor Anhänger der katholischen Zentrumspartei unter Führung ihres Vorsitzenden Rektor Kleffmann, der auch in der Nazizeit noch Religionsunterricht gehalten hatte, die letzten SS-Truppen aus der Stadt gejagt hatten. Ein wahres Auferstehungsfest!

Pfarrer Eduard Farwer hat das KZ Dachau überlebt, weil die Amerikaner zwei Stunden früher, als gedacht, das KZ befreien konnten. Die Häftlinge hatten bereits auf dem Appellplatz antreten müssen, wo sie um 21 Uhr erschos-

sen werden sollten. Der Versuch der SS, das KZ am folgenden Tag zurück zu erobern, schlug gottlob fehl.

Als Jugendlicher habe ich erstmals seine Predigt gelesen, die er am 21. Mai 1945 in der Pfarrkirche St. Vitus in Maisach, Bayern, über seine Haftzeit im KZ Dachau gehalten hat. Dabei fiel mir besonders auf, dass er hierin selbst vor katholischen Christen in einem Gottesdienst die Wahrheit der Rundfunk-Berichte über die KZ's ausdrücklich bestätigen musste. Seine Worte: „Ich habe mich davon überzeugt, dass die Rundfunkberichte buchstäblich wahr sind und nicht übertrieben haben“.

Erst ein Jahr später war er gesundheitlich soweit wieder hergestellt, dass er in seine Heimatstadt Geseke zu seiner Familie zurückkehren konnte. Vom 1.5.1947 bis 30.6.1954 war er Pfarrer in Wulmeringhausen bei Brilon, wo er den Bau der dortigen neuen Nikolaiirche leitete. Dann wirkte er in Neger/Kreis Olpe. Dort ereilte ihn, wohl nicht zuletzt aufgrund der Strapazen der KZ-Haft, ein Schlaganfall, der ihn halbseitig lähmte. Ab November 1956 lebte er deshalb zurückgezogen in Hagen-Ernst, wo er mit bischöflicher Erlaubnis in einer eigenen Hauskapelle täglich die hl. Messe lesen konnte. Als Kind habe ich ihn dort noch persönlich kennen gelernt und mit ihm dort an einem Osterfest die hl. Messe feiern können, als ich ihn mit meiner Mutter Paula Bökamp, geb. Farwer, dort besuchen konnte. Am 3. September 1964 konnte er noch einmal seine Heimatstadt Geseke und sein Elternhaus besuchen.

Für sein Gleichnis, dass die Lüge hinkend durch die Welt geht, kam er 1938 für zwei Jahre in Untersuchungshaft und wurde vom Landgericht Halle zu 18 Monaten Gefängnisstrafe nach dem „Heimtückegesetz“ verurteilt. Überliefert ist mir auch von meiner Mutter sein

Ausspruch: „Reißt dem Hakenkreuz die Haken aus, macht ein Christenkreuz daraus.“

Während der Haft wurde er zweimal aufgefordert, das Beichtgeheimnis zu brechen, und zweimal sollte er unterschreiben, dass er niemals in seinen Beruf als kath. Priester zurückkehren würde. Als er dies ablehnte, wurde er im März 1941 in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Auf Initiative seines Bruders Wilhelm Farwer schrieben seine Geschwister im Jahr 1942 eine Gnadeneingabe an die Schwester von Hitler, Angelika Rabaul in München. Dies führte zur Einschaltung der „Kanzlei des Führers“ und ermöglichte einen achtmonatigen Krankenhausaufenthalt in München. Wider alles Erwarten wurde Eduard Farwer aber anschließend wieder in das KZ Dachau eingeliefert. Ohne diesen Krankenhausaufenthalt hätte er die Qualen der KZ Haft wohl nicht überlebt. Die Familie konnte ihm zudem durch Nahrungspäckchen das Überleben im KZ sichern. Dompropst Wilhelm Nüsselein, Aachen, ebenfalls Häftling des KZ Dachau, sprach meine Mutter bei der Beerdigung von Pfarrer Farwer hierauf mit den Worten an: „Sie sind die Schwester Paula? Ohne Ihre vielen Päckchen hätten wir alle die KZ - Haft nicht überleben können!“

Ich habe, obwohl ich zu der Zeit noch ein Kind war und vieles noch nicht verstehen konnte, meinen Onkel als einen tiefgläubigen Menschen erlebt. Seine große Innbrunst bei der Feier der hl. Messe war für mich selbst in einem Alter von vielleicht sechs oder sieben Jahren körperlich spürbar.

Pfarrer Eduard Farwer verstarb am 24. April 1971. Er liegt in der Priestergruft auf dem Friedhof von Hagen-Ernst begraben.

Geseke im Januar 2008
Hans Bökamp

*Pfarrer Eduard Farwer
geb. in Geseke 17. August 1901
Priesterweihe im Dom zu Paderborn durch Erzbischof Kaspar Klein am 24. März 1928
Primiz in der Stiftskirche zu Geseke 08. April 1928
Vikar in Eisleben 1928 bis 1930, Vikar in Alsbaben 1930 bis 1938
Gefangener der Gestapo von 1938 bis 1945, davon von 1941 bis 1945 im KZ Dachau
Völlige Entkräftung und Gnadengesuche seiner Geschwister (über die Halbschwester von Adolf Hitler, Angelika Rabaul) erwirkten ihm vom 12.12.1942 bis zum 25.08.1943 einen Krankenhausaufenthalt im Schwabinger Krankenhaus in München; nach seiner Entlassung wurde er wieder in KZ Dachau gebracht.
Befreit durch die Amerikaner (in letzter Minute) am 29. April 1945, ½ 6 Uhr abends,
Predigt mit Bericht über das KZ Dachau am 21. Mai 1945 in der Pfarrkirche St. Vitus, Maisach
Über 1 Jahr Krankenhausaufenthalt in München*

*1946 Heimkehr in sein Elternhaus in Geseke
Mai 1947 bis Juli 1954 Pfarrer in Wulmeringhausen bei Brilon, dort Bau der neuen Nikolauskirche
Juli 1954 bis November 1956 Pfarrer in Neger, Kreis Olpe
Schlaganfall im November 1956, halbseitige Lähmung
Ruhesitz in Hage-Emst, Willdestraße 25, Hauskapelle mit bischöflicher Erlaubnis zur täglichen Feier der hl. Messe
Gestorben am 24. April 1971 in Hagen
Er liegt begraben in der Priestergruft auf dem Friedhof von Hagen-Emst
R . I . P*



Eduard Farwer

Ein kirchliches Netzwerk gegen Gewalt und Selbstjustiz in den peruanischen Hoch-Anden

Das tote Mädchen und die Kinderrechte

Von Jürgen Schübelin

Er hatte getrunken und fühlte sich ungeheuer stark. Als ihm das kleine Mädchen die Tür nicht öffnen wollte, verschaffte er sich mit Gewalt Zutritt. Dann vergewaltigte er das Kind vor den Augen der vier jüngeren Geschwister, auf die Teresa an diesem Abend hätte aufpassen sollen. Weil die Zwölfjährige ununterbrochen schrie und weinte, brachte er sie schließlich um. Er verbarrikadierte die Tür, damit die jüngeren Geschwister niemanden zu Hilfe

holen könnten und verschwand in der Nacht. Erst am anderen Tag fanden Nachbarn die völlig traumatisierten Kinder und das tote Mädchen.

Diese entsetzliche Geschichte ist 16 Jahre alt. Aber in den Bergen von Ocongate und Ccatcca erinnern sich viele sehr gut an Teresa und den Mord an ihr. Dabei verliefen die Dinge nach dieser furchtbaren Nacht im peruanischen Herbst 1993 genauso, wie es in ähnlichen Fällen zuvor auch immer gewesen war: Die Polizei ermittelte spät, lustlos, schlampig. Der Täter war nicht un-

vermögend und konnte sich einen guten Anwalt leisten. Und der überzeugte die Richter, dass die zwölfjährige Teresa seinen Klienten provoziert habe und ja eigentlich eine Prostituierte gewesen sei. Den Geschwistern, die das Verbrechen in allen entsetzlichen Einzelheiten hatten miterleben müssen, schenkte niemand Glauben. Das Verfahren endete mit einer lächerlich geringen Strafe und Teresa Colque war zum zweiten Mal umgebracht worden. Diesmal von der Justiz.

Doch die Gemeinschaft der Jesuiten-Padres, die seit den sechziger Jahren von dem Städtchen Urcos aus – eine Autostunde südöstlich von Cusco gelegen – die kleinen Dörfer am Fuße des majestätischen Ausangate-Massivs in den peruanischen Hoch-Anden zusammen mit einem engagierten Pastoralteam betreut, war nicht bereit, diesen Prozessausgang hinzunehmen. Sie suchte nach Anwälten, zwang die Gerichte, das Verfahren erneut aufzurollen und hatte schließlich nach drei langen, quälenden Jahren vor der Appellationskammer in der Hauptstadt Lima Erfolg: Der Täter wurde wegen Mordes und Vergewaltigung eines zwölfjährigen Kindes zu lebenslanger Haft verurteilt.

„Das war der Anfang unserer Arbeit“, sagt Natalia Gibaja, Anwältin und Sozialarbeiterin, „so begann die Geschichte des Red Teresa Colque, unseres Netzwerkes.“ Das Engagement für Kinderrechte, gegen innerfamiliäre Gewalt, gegen sexuelle Gewalt, für Formen der gewaltfreien Konfliktlösung war und ist in dieser archaischen Welt der peruanischen Hoch-Anden mit ihren quetchuasprechenden Gemeinden eine Titanenaufgabe. Für die Rucksack-Touristen aus der ganzen Welt, die jedes Jahr den imposanten Nevado Aus-

angate – mit seinen 6336 Metern ü.d.M. der vierthöchste Berg Perus – umwandern oder an Mountainbike-Touren teilnehmen und von der berückenden Schönheit der Cordillera Vilcanota fasziniert sind, bleiben die Tragödien hinter den Adobe-Lehmziegel-Mauern der verstreut, weit auseinander liegenden kleinen Häuser verborgen.

Aber die Menschen aus Ccatcca, Ocongate, Upis, Cauri und all den anderen Dörfer entlang der Passstraße zwischen Urcos und Marcapata, auf dem Weg von Cusco hinunter in das Amazonas-Becken, haben in ihrer Geschichte immer nur Gewalt erlebt. Da waren die spanischen Kolonialherren, die die Indiobauern mit brutalsten Mitteln zur Fronarbeit zwangen, dann die Großgrundbesitzer mit ihren Haziendas und infamen Unterdrückungsmethoden. In der Phase des „schmutzigen Krieges“ zwischen der maoistischen Guerilla-Organisation „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) und den berüchtigten Anti-Terror-Spezialkräften des peruanischen Militärs und der Polizei, während der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, wurde die Hochgebirgsregion zum Szenarium er-



Natalia und das Team der „Barfußanwältin“ vom Red Teresa Colque in ihrem Büro in Ocongate

bitterster Kämpfe. „Sendero“ exekutierte vor den Augen der Dorfbewohner Bürgermeister, Gemeinderäte und Mitarbeiter von Nicht-Regierungsorganisationen. Und die Militärs rächten sich hinterher blutig bei den Indio-Bauern für ihre vermeintliche Kollaboration mit der Guerilla. Insgesamt starben während des Bürgerkrieges in Peru über 70.000 Menschen.

Gewalt durchzieht auch die Mythen und Phantasien in den Dörfern rund um den Ausangate. Da gibt es Gespenster und Feuerreiter, die in den mond hellen, eisig kalten Nächten vom Gebirge heruntergaloppieren, um ihren Blutdurst zu stillen. Die Hochgebirgslandschaft gehört zur Provinz Quispicanchi, einer der ärmsten Gebietskörperschaften Perus, mit einem Anteil von 84 Prozent Frauen, die weder lesen noch schreiben können.

Als unter Präsident Alberto Fujimori der Staat die Bildung von bewaffneten Bauernwehren, den „Rondas Campesinas“, wieder belebte und massiv förderte, erhielt auch das System der indigenen Justiz zusätzlichen Rückenwind. Die Mitglieder der Bauernwehren fühlen sich berechtigt, nach Gutdünken Exempel zu statuieren, Viehdiebe halbtot zu prügeln, Frauen, die beschuldigt werden, ihre Ehemänner betrogen zu haben, öffentlich zu demütigen und auszupeitschen – oder Kinder, die auf der Weide ein Tier verloren haben, vor aller Augen zu schlagen.

Welche Chance hat in einer solchen Welt ausgerechnet ein Kinderrechts-Netzwerk, das auch noch das einzige seiner Art in ganz Peru ist? Natalia, Lucho, Elmer und die anderen aus dem kleinen Team von Anwälten, Psychologen, Sozialarbeitern im „Red Teresa Colque“, das von der Partnerorganisation der Kindernothilfe, „Asociación Wayra“, getragen wird, ficht diese Frage nicht an. Vier kleine „Defensorías del Niño“, Kinderrechtsbüros, haben sie in

den zurückliegenden Jahren in den Dörfern gegründet. Hunderte von Fällen, vor allem von physischer Gewalt gegen Kinder, bis hin zu schwersten Verletzungen, Verstümmelungen und Tötungsdelikten dokumentierten sie, aber auch Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigungen – überwiegend innerhalb der eigenen Familie.

Am intensivsten frequentiert werden die Büros an den Markttagen, dann, wenn die Frauen mit den Kindern aus den Dörfern kommen, um ihre Produkte anzubieten und, um selbst einzukaufen. Dann funktionieren die „Defensorías“ von Sonnenauf bis Sonnenuntergang. Eines hat das Teresa Colque-Netzwerk mit dem System der indigenen Justiz gemeinsam: „Wir versuchen – wo immer es verantwortbar ist und es nicht um ein Gewaltverbrechen geht – alles, um zu verhindern, dass ein Konflikt vor der staatlichen Justiz landet“, sagt Natalia, die Anwältin. „Dort wird in der Regel alles nur noch schlimmer und vor einer korrupten Justiz gibt es keine Gerechtigkeit.“ Deshalb laden die „Defensorías“ die Beteiligten selbst vor, ringen mit den Gewaltverursachern um eine außergerichtliche Lösung des Problems, um Wiedergutmachung und Reparation, die oftmals darin besteht, dass ein Mann das Haus seiner Familie verlassen muss, aber durch den Druck der Dorfgemeinschaft gezwungen wird, weiter für seine Frau und seine Kinder zu sorgen. Gelöst werden auf diese Weise auch Vaterschaftsklagen – oder von Müttern angezeigte Fälle, in denen Väter ihren Kindern den Schulbesuch mit der Begründung verwehren, sie müssten auf den Feldern oder beim Hüten der Schafe mitarbeiten. Ganz wichtig ist auch die Funktion der von der Kindernothilfe finanziell unterstützten „Defensoria-Büros“, jährlich Hunderten von Kindern und Erwachsenen, die niemals zuvor eine Geburtsurkunde oder sonst irgend

ein offizieller Dokument besessen haben, bei der Eintragung in die Standesamtsregister zu helfen.

„Allein die Tatsache, dass es uns gibt“, ergänzt Pieter Hansen, ein aus Dänemark stammender, über achtzigjähriger Jesuiten-Padre, der seit vier Jahrzehnten mit den Menschen in den Dörfern rund um den Nevado Ausangate lebt und arbeitet, „hat dazu beigetragen, dass die Polizei heute mit weniger Brutalität und mehr Respekt mit den Menschen hier oben umgeht.“ Die Zahl der Übergriffe durch Polizisten und andere staatliche Funktionsträger auf Frauen, Kinder und Jugendliche ist zurückgegangen, der Umgangston ein anderer geworden.

„Dass die Defensorías ein scharfes Auge darauf haben, was sich innerhalb der Polizeistationen und den Ämtern abspielt, hilft auch, die Auswüchse der Korruption einzudämmen“, fügt Padre Pieter, der früher in seiner Heimat selbst ein angesehenes Anwalt gewesen war, hinzu.

Dabei sind die wichtigsten Stützen des Netzwerkes die „Barfuss-Kinderrechtsanwälte“ überall in den kleinen Dörfern, ehrenamtliche Mitarbeiter, sowohl Frauen wie auch Männer – sowie seit einigen Jahren einige ältere Jugendliche, die durch das Netzwerk ausgebildet wurden und sich durch ihr Handeln und Wissen den Respekt der übrigen Dorfbewohner erworben haben. „Aber die Regel lautet: Niemand von den Ehrenamtlichen interveniert direkt in einem gewalttätigen Konflikt zwischen Erwachsenen, zumal dann nicht, wenn Alkohol im Spiel ist“, betont Natalia Gibaja, „das ist viel zu gefährlich.“ Bereits die Präsenz der „Barfuss-Anwälte“ im Dorf, das Wissen um ihre

Zugehörigkeit zur „red“, zum Netzwerk, wirkt in zahlreichen Fällen mäßigend.



Hoch-Anden-Dorf Upis.

Kinderrechts-Spiel des „Red Teresa Colque“ Netzwerks

Aber auch in dieser archaischen Welt zwischen 3600 und 4800 Meter ü.d.M. rund um den Nevado Ausangate gibt es Anzeichen, dass sich Dinge verändern: Noch in den achtziger Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass eine Frau bei einer Dorfversammlung, in der Kirche, bei einer Besprechung – egal zu welchem Thema – das Wort ergreift. Die Frauen saßen immer weit hinten, außerhalb des Kreises der Beratenden. Das ist inzwischen anders: Frauen sind bei Versammlungen präsent, und sie reden mit – und zwar bei allen Themen. Sie sind selbstbewusster geworden. Auch, weil es das „Red



Dorf Upis am Fuß des Ausangate -Massivs

Teresa Colque“ gibt – und ein geniales Spiel, das die Sozialarbeiter aus den Kinderrechtsbüros entwickelt haben, eine andine Mischung aus Memory, Stadt-Land-Fluß und Scrabble, bei dem es auf Quetchua um Fragen über die Rechte von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Männern geht, ganz viel gelacht wird und am Ende alle gewinnen.

„Unsere Arbeit ist nur möglich, wenn wir die Traditionen und die Geschichte der Comunidades hier ernst nehmen und respektieren“, betont Natalia Gijada, die Anwältin, für die es nichts Furchtbareres gäbe, als wieder in einer Kanzlei in der Stadt arbeiten zu müssen, „Aber wir sagen auch, dass die Menschen hier in den Dörfern am Ausgang immer mutig waren – und, dass es sehr mutig ist, jedes Mal einzugreifen, wenn jemand ein Kind misshandelt.“

Das Engagement für die Kinderrechte in der archaischen Landschaft der peruansichen Hochanden am Ausgang ist ein Katalysator für einen langsamen politischen Bewusstseinswandel.

Eine Frage taucht dabei immer wieder auf: „Bist Du Teresa Colque?“ erkundigen

sich die Kinder aus Upis und Ocongate bei Natalia. „Nein“, antwortet sie, „aber die richtige Teresa würde sich sehr darüber freuen, dass ihr nach ihr fragt.“

Jürgen Schübelin ist 53 Jahre alt, von Beruf Sozialwissenschaftler (M.A.) und außerdem gelernter Tageszeitungsredakteur (Badische Zeitung, Freiburg). Er hat 12 Jahre lang in Lateinamerika als Entwicklungshelfer für EIRENE,



Jürgen Schübelin

Brot für die Welt und die AGEH gearbeitet, war nach seiner Rückkehr nach Deutschland anderthalb Jahre als Redakteur beim „überblick“ in Hamburg tätig, ehe ihn die Kindemothilfe im Oktober 1999 zu ihrem Lateinamerika- und Karibik-Referatsleiter berief. Mitglied beim BRSD ist er ebenfalls seit 1999 – und lebt mit seiner Familie in Duisburg.

Zum Gedenken an Josef L. Hromadka

Ein Leben zwischen Ost und West

Von Wieland Zademach

Zu erinnern ist an diesen großen tschechischen Theologen, dessen Todestag sich am 26. Dezember zum 40. Male jährt. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes gedenken wir damit eines Mannes, der sich sein Leben lang als Brückenbauer verstand. Josef L. Hromadka führte ein „Le-

ben zwischen Ost und West“, wie er es autobiographisch selbst umschrieb; weltanschauliche Gräben zu überqueren und in einem quasi stetigen „Sprung über die Mauer“¹ ideologische Grenzzäune zu überwinden – darin sah er seine große Lebensaufgabe.

1947 aus der Emigration in die USA zurückgekehrt nach Prag auf seinen Lehrstuhl für Systematische Theologie, war Hro-

madka nicht nur mitbeteiligt an der Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam und hat der ökumenischen Bewegung viele Impulse gegeben, mehr noch erlangte er Bedeutung mit der Gründung der „Christlichen Friedenskonferenz“ 1958, die das erklärte Ziel verfolgte, mit der Entwicklung von Friedensstrategien einen Beitrag zum Abbau des Kalten Krieges zu leisten.

Verankert in der tschechischen Reformation

Josef Lukl Hromadka wurde geboren und wuchs auf in der nordmährischen Toleranzgemeinde Hodslavice; er war verwandt mit dem von dort stämmigen großen Historiker und Politiker Frantisek Palacky, dem „Vater des Volkes“. Über Palacky trat Hromadka ein in das Erbe der Brüderunität, dem er sein Leben lang folgte. Insbesondere die bei Palacky anschaulich zu erlebende Einheit von Theorie und Praxis eröffnete ihm einen Zugang zu Johannes Amos Comenius, der sein großes Vorbild war und dessen legitimer Nachfolger er wurde. „Ändere die theoretischen Fragen in praktische und du wirst den Sinn der Schrift besser verstehen, als wenn du dich nur in verstandesmäßigem Raisonieren und theoretischem Sezieren mit ihr befasst“² – an diesen Grundsatz hielt sich Hromadka ebenso wie an seine Kehrseite: Wenn die Praxis effektiver sein soll, dann muss eine gute Theorie vorhanden sein.

Diese Theorie-Praxis-Dialektik lässt ihn – ebenfalls im Gefolge von Comenius – sein Bild der Kirche als das einer Pilgergemeinschaft verstehen und ausarbeiten – als „communio viatorum“. Kirche als mobile Gemeinschaft, in der sich ein Geist der Koinonia bildet, der durch den heiligen Geist getragen wird und über die Kirchengrenzen hinaus dringt. Entsprechend bildete

Hromadka während aller Stationen seines Wirkens – als Pfarrer der Gemeinde Somov, als Professor, Dekan der Fakultät, in der Arbeit des ÖRK und als Präsident der CFK – solche Gemeinschaften als Hauskreise um sich herum. Als überkonfessionelle Bewegungen waren sie ihm vollgültige Kirche und als solche wichtiger als institutionelle und hierarchische Strukturen, ohne dass die geschichtliche Kontinuität der Kirche ihm deshalb verloren gegangen wäre. Kirche allerdings repräsentiert für ihn nicht den Willen Gottes, sondern sie unterliegt ihm. Aus der „Confessio Bohemica“ von 1575 waren ihm besonders zwei der dort genannten „notae ecclesiae“ wichtig: Gehorsam dem Evangelium und dem Gebot Christi gegenüber sowie Kreuz und Bedrängnis um der Wahrheit und des Reiches Gottes willen. Das ist der Damm, der die Kirche vor dogmatischer Erstarrung, vor kirchlicher Ausschließlichkeit und theologischer Spielerei bewahrt. Fehlt die Praxis des Evangeliums, so wird die Botschaft in Lehre verwandelt, und das ist das Ende des Glaubens, der nicht nur Weltinterpretation beinhaltet, sondern vielmehr noch Weltgestaltung im Sinne des Schöpfers und Erlösers.

Prophetisch orientierte Zeitgenossenschaft

In seinem Nachruf auf Hromadka nahm Helmut Gollwitzer den Freund und Kollegen mit deutlichen Worten in Schutz gegen den Vorwurf eines unkritischen Opportunismus und einer voreiligen Geschichtstheologie. Hromadkas Stärke bei der Vereinigung von Glauben und Politik war die Verbindung eines von weitreichender Bildung gesättigten theologischen Denkens mit entschlossener kirchlicher und politischer Praxis. Dass dies alles andere als ideologisierte Theologie oder gar Apologe

tik bestimmter politischer Systeme war – das sollte sich noch in den letzten Monaten seines Lebens geradezu auch tragisch zeigen.

1938: Das Münchner Abkommen als Schlüsselerlebnis

Das Münchner Abkommen von 1938, das den Weg bereitete für die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren durch die Nationalsozialisten im Jahr 1939, war für Hromadka mehr als nur ein Verat – in ihm focussierte geradezu die ganze Krise der westlichen Demokratie; dieses Ereignis erschütterte ihn in der Tiefe seines Wesens und wurde ihm Anlass zu einer weitreichenden Neuorientierung.

Die geschwächten und degenerierten europäischen Demokratien konnten dieses Machwerk nicht verhindern; aber die Tschechoslowakei erfuhr die eigentlich gegen die Sowjetunion gerichtete Aktion am eigenen Leib – ehemalige Verbündete wurden zu Verrätern und ließen die CSR im Stich. In diesem Kampf, in dem es um die Existenz des Volkes ging, schöpfte Hromadka die Kraft aus der einheimischen Reformationsgeschichte und dem Erbe der Brüderunität. Die Garantie des Überlebens der Humanität und der Erneuerung der Menschheit, die sich in Europa in einem Chaos befinden, sieht er in der Gemeinde, die aus dem Wort lebt. Der Morgenstern der neuen Hoffnung wird über den Ruinen und Trümmern aus der Gemeinde derer aufleuchten, „die durch das Wort des Evangeliums berufen worden sind und die durch ihre Gebete und Gesänge die neue Zukunft und die neue Zivilisation vorbereiten werden“ – so schreibt Hromadka 1938³. Politisch hat der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die CSR als Bedrohung der nationalen Existenz in weiten Teilen des tschechischen Volkes das Bewusst-

sein einer Verbundenheit mit der Sowjetunion entstehen lassen. Hromadka jedenfalls gewann die Überzeugung, dass sich ohne die Sowjetunion Selbständigkeit und Sicherheit der CSR nicht mehr gewähren ließen.

Die Suche nach Humanität und Wahrheit war es letztlich, die ihn geleitet hat bei der Beurteilung der theologischen und kirchlichen Entwicklung im Europa der dreißiger Jahre und die ihn zu der Überzeugung kommen ließ, dass Europa und Amerika das Recht auf die geistige und politische Führung der Welt verloren haben. Im Anschluss an die dialektische Theologie hat Hromadka dabei von der Versöhnung her das Motiv der Verantwortlichkeit für alles weltliche Geschehen betont. Verantwortung, die in der Wahrheit und Liebe Christi wurzelt, lässt Neutralität nicht zu. Christus fordert unsere Energie und Arbeit für eine bessere Ordnung der Welt.

Für Hromadka persönlich blieb allerdings nur noch die Emigration. Mit Hilfe von Vissert Hooft, dem späteren ersten Generalsekretär des ÖRK, verlässt Hromadka mit seiner Familie im Frühjahr 1939 sein Land und geht über Genf in die USA. Dort wirkt er bis 1947 als Professor für Apologetik und Ethik am Presbyterium Seminary in Princeton – gleichzeitig mit Albert Einstein.

Vom anderen Ufer aus gesehen: das globale Konzept

Aus dem aufmerksamen Verfolgen der politischen Ereignisse, aus ihrer tiefen Analyse und aus der Erfahrung von München wächst bei Hromadka allmählich ein globales Konzept, dessen Klärung und Verteidigung er von nun an für seine prophetische Aufgabe halten wird. Bereits 1940 hatte Vissert Hooft ihn aufgefordert, ein Memorandum auszuarbeiten, welches vor

allem die kulturellen und geistig-geistlichen Ursachen der politischen Probleme berücksichtigt. Vom Standpunkt einer so genannten christlichen Weltanschauung aus sollte Hromadka einen Plan entwerfen für den Aufbau einer neuen Tschechoslowakei und eines neuen Europa.

Hromadkas Konzept ist theologisch begründet und geschichtlich verwurzelt. An dem Verrat von München war ihm klar geworden, dass die liberale Demokratie allein nicht imstande wäre, den Kampf mit dem Nazismus zu gewinnen und die Fragen der zukünftigen Ordnung der Menschheit zu lösen. Aufklärerischer Optimismus reicht nicht aus, um die Umbrüche der Gegenwart zu bewältigen, dazu bedarf es einer „Theologie der Krise“. In dem Versagen der Werte der westlichen Welt und in der Krise der liberalen Demokratie sah Hromadka nahezu ein apokalyptisches Zeichen, jedenfalls das Gericht Gottes über die westliche Welt und den Untergang einer sog. „christlichen Zivilisation“. Allerdings betonte Hromadka, dass das biblische Verständnis des Gerichts immer auch die Möglichkeit der Erneuerung und des Neuanfangs mit beinhaltet – jedoch auf neuer Grundlage.

Hromadka warnte die christlichen Völker vor der Versuchung der Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit. In ihrem Bestreben, auch nach dem Krieg die Expansion der westlichen Welt fortzusetzen, so als ob nichts geschehen wäre, erblickte er Unbußfertigkeit und Unglauben. Das Wort Gottes fordert uns auf, einen Neuanfang zu wagen. In der Zukunft würde die Zusammenarbeit der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten aber auch die Beteiligung der Völker der Dritten Welt nötig sein. Das heißt, dass es auch in Mitteleuropa kein Zurück mehr gibt hinter das Jahr 1938, sondern nur noch Koexistenz nach

vorne. „Dreißig Jahre befasse ich mich damit, dass ich den Werten und Wahrheiten auf den Grund kommen will, die aus dem Osten kommen und ohne die wir nicht leben können ... Gerade deshalb, weil es sich um die letzten Dinge des Menschen handelt, müssen wir ... den Beitrag aus dem Westen erwägen, ihn mit dem Beitrag aus dem Osten auf der Waage der eigenen Seele, unserer eigenen Tradition wägen ... Ost und West mag sich bei uns treffen, bei uns verständigen, damit wir aus der Tiefe unserer eigenen religiösen und sittlichen Tradition zu einer wirklichen Vereinigung des tiefen westlichen Erbes mit dem Erbe des östlichen, sowjetischen Menschen beitragen“⁴.

Hromadka ließ sich leiten von dem in ihm selbst tief verwurzelten Bewusstsein, dass die tschechische Geschichte sich eben anders entwickelt hatte als selbst die der unmittelbaren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa. So ist in der Tat das tschechische Volk das einzige in Europa, welches das Christentum zweimal übernommen hat. Im 9. Jahrhundert waren aus dem Osten die Slawenapostel Cyrill und Method gekommen mit der kirchenslawischen Sprache und Liturgie, die damals für die slawischen Völker verständlich war. Zugleich aber kamen aus Bayern deutschsprachige Missionare mit der lateinischen Liturgie. Auf diese Weise erfuhr das tschechische Volk ebenso wie die Schweiz und Bayern auch die Auswirkungen der irisch-schottischen Missionsbewegung, die Karl der Große auf den europäischen Kontinent gerufen hatte. Am Hofe des ersten bedeutenden tschechischen Herrschers, des Heiligen Wenzel – im Jahre 935 ermordet – galten sowohl die slawische als auch die lateinische Liturgie völlig gleichberechtigt. Im Unterschied dazu gab es in Kroatien scharfe Auseinandersetzungen und in Ser-

bien schwere Kämpfe: entweder Ost oder West, entweder orthodox oder katholisch. Ähnlich war es in Polen: radikal römisch-katholisch bis hin zur Identifizierung von polnisch und katholisch; die protestantischen Preußen wie auch die orthodoxen Russen galten als Feinde. In der böhmischen Geschichte hat sich so etwas niemals in einer solchen verabsolutierten Zuspitzung ereignet.

Die Gründungsversammlung des ÖRK

Hromadkas Rückkehr nach Prag im Sommer 1947 war der Beginn einer intensiven Deutung und Beratung der Kirche in der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg. Milan Opcenský, der spätere Generalsekretär des Reformierten Weltbundes, nannte diese Aufgabe „seinen wichtigsten globalen theologischen Beitrag“. Denn „wie sollte man mit der Tatsache fertig werden, dass man nun in Mittel- und Osteuropa radikal sozialistisch und marxistisch orientierte Gesellschaften vor sich hatte? Auf diese neue Situation war die Christenheit im Grunde nicht vorbereitet. Hier hat Hromadkas Bestreben bahnbrechende Bedeutung“⁵.

Den Hauptvortrag auf dieser Weltkirchenkonferenz in Amsterdam im August 1948 hielt Karl Barth zum Thema „Die christliche Gemeinde im Wechsel der Staatsordnungen“. Zur Konfrontation, ja zu einem wahrhaft geistigen Ringen, kam es jedoch zwischen dem späteren amerikanischen Außenminister John Foster Dulles und Hromadka. Dulles referierte über die Thematik „Der christliche Staatsbürger in einer sich wandelnden Welt“ und Hromadka äußerte sich über „Unsere Verantwortung in der Nachkriegswelt“. Es ging um die Grundsatzentscheidung, welche Richtung die ökumenische Bewegung von Anbeginn einschlagen sollte.

J. F. Dulles war der Überzeugung, dass sich die neu organisierte ökumenische Bewegung vorbehaltlos in den Dienst der Verteidigung der westlichen Zivilisation und ihrer Werte stellen sollte: „... in einem schicksalsschweren Augenblick, da die Zerspaltung der Welt verhängnisvoll zu werden beginnt“ hätten die Kirchen „die sittlich verantwortliche Führerschaft in der heutigen Welt zu übernehmen, um die Entfaltung der menschlichen Freiheit und Grundrechte zu steigern“. Falls die Christen diese Verantwortung nicht wahrnehmen, „kann die politische Führung kaum auf Erfolg hoffen“ bei ihrem Bemühen, die kommunistische Macht auf dem internationalen Felde zu begrenzen. „Wenn wir aber ... tun, was im Augenblick getan werden kann, so dürfen wir gewiss sein, dass die gegenwärtigen Grenzen ständig zurückweichen werden“⁶.

Im Gegensatz zu dieser „roll back theory“ eines christlich verbrämten Kalten Krieges möchte Hromadka die gegenwärtige gesellschaftliche Situation als Gericht Gottes verstehen und gerade so ernst nehmen als ein Feld der Bewährung und der Seelsorge. Er war sich bewusst, dass die Identifizierung der Ökumene mit einem politischen und ideologischen Lager zugleich ihr Ende bedeuten würde. „Die Kirche ist dort, wo ihr Herr ist ... in den eigentlichen Tiefen des menschlichen Verderbens und der menschlichen Ohnmacht; sie ist in keiner historischen Situation völlig zu Hause, aber auch durch keine Katastrophe paralysiert“. Kirche, zumal die ökumenische, ist ein wanderndes Gottesvolk, in keinem „status quo“ definitiv angesiedelt. Die Welt kann nur eine stabile Ordnung erreichen, wenn politische Visionen einander befruchten, nicht wenn sie einander schwächen oder gar vernichten wollen. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft, „die überlieferten Katego-

rien wie Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit von neuem zu durchdenken, denn sie sind angesichts der heutigen Weltlage weitgehend leer, unsicher und zweifelhaft geworden.“⁷. Wenn der ÖRK nicht den Weg des Kalten Krieges und des groben Antikommunismus einschlug und auch der gewünschten Verlagerung nach New York widerstand, so war dies nicht zuletzt ein Verdienst Josef L. Hromadkas.

Die Christliche Friedenskonferenz

Die Arbeit an, in und um diese Friedenskonferenz herum bildete den Schwerpunkt, ja das Herzstück von Hromadkas Arbeit während der letzten 20 Jahre seines Lebens. Die Christliche oder auch Prager Friedenskonferenz (CFK) verdankt ihre Entstehung letzten Endes und genau besehen einer Lücke oder einem Defizit im Gefüge des ÖRK. Gehörte anfangs der „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“ (u.a. mit Dietrich Bonhoeffer und Heinz Kloppenburg) noch zum ÖRK dazu, so blieb nach dessen Auflösung im Zweiten Weltkrieg das Feld der konkreten Friedensarbeit der Kirchen leider weitgehend unbesetzt. Hinzu kommt, dass die Kirchen insgesamt, besonders im Gefolge des Koreakrieges, immer mehr in den Sog des Kalten Krieges zwischen West und Ost gerieten und dies naturgemäß nicht ohne Einfluss auf die ökumenische Bewegung bleiben konnte. Hromadka verstärkte zunehmend seine Mitarbeit im östlich orientierten Weltfriedensrat, was im Westen weitgehend auf Unverständnis und Missbilligung stößt. Umgekehrt kritisiert Hromadka die antisowjetische Hysterie des Westens: berechtigte Kritik an Ideologie und Gesellschaftsstrukturen im Osten werden unfruchtbar und kontraproduktiv, wenn sie geleitet sind von prinzipieller antikommunistischer Negation.

Als 1957 auf Initiative der theologischen Fakultäten in Prag und Bratislava auf der Plattform des tschechoslowakischen ÖRK eine Konferenz von Theologen und Kirchenpräsidenten aus Ost und West nach Prag einberufen wurde, war das Interesse unerwartet groß. Die Nacharbeit führte in der Folge dann 1958 zur institutionellen Verdichtung einer „Christlichen Friedenskonferenz“, die sich in erster Linie aber stets als Bewegung fühlte und verstand. Im Jahr 1961 fand in Prag die „Erste Allchristliche Friedensversammlung“ statt, die Hromadka zu ihrem Präsidenten wählte. In dieser Konferenz hatte Hromadka die Plattform, auf der er im Rahmen der Ökumene das Programm diskutieren konnte, zu dem er sich in schwierigsten Kämpfen durchgerungen hatte und das er für die Rettung Europas und der Welt für unentbehrlich hielt. Auf der Plattform der CFK wurde auf den folgenden Vollversammlungen 1964 und 1968 der Dialog über die Gefahr der Atomwaffen, über die Abrüstung, über die Grenzen in Europa,



Josef L. Hromadka

über den Sozialismus, die ungerechten ökonomischen Strukturen und den Druck in der Dritten Welt und über viele andere Fragen geführt. Jenseits der antisowjetischen Hysterie des Westens wie eines dogmatischen Realsozialismus im Osten wurden hier „Dritte Wege“ entwickelt und diskutiert, die teilweise einige Jahre später im „Prager Frühling“ von 1968 ihren konkreten Verwirklichungsversuch erlebten.

Entscheidend war immer die Friedensfrage und dabei das Verhältnis von Theologie und Politik. Was heute selbstverständlich klingen mag, war damals ein Durchbruch, als Hans Joachim Iwand sagte: Unser Glaube an den eschatologischen Frieden bemesse sich danach, wie wir uns für den Frieden auf Erden engagieren.

Es war eine lange Entwicklung bis hin zu dem Konsens, dass der Schalom Gottes die Motivation ist für Arbeit am Frieden auf Erden; dass dieses Verhältnis keine Identität darstellt, aber auch nie auseinander gerissen werden darf. Ziemlich zeitgleich mit der päpstlichen Enzyklika „*populorum progressio*“ kam man in der CFK zu der Erkenntnis, wie Frieden auf Erden und soziale Gerechtigkeit einander bedingen, und man errang Einsichten in die Interdependenz von Wirtschaft und Politik. Politische Arbeit war fortan legitimiert und drängte von der Theorie zur Praxis der Kirchen.

Der christlich-marxistische Dialog

Die CFK verstand sich immer auch als Forum für den christlich-marxistischen Dialog. Josef L. Hromadka war einer der bedeutendsten Exponenten dieses Dialogs in den 60er Jahren. Geistesgesichtlich gesehen, mussten zwei Voraussetzungen erfüllt sein, damit es zu einem konstruktiven Dialog zwischen zwei Denkrichtungen kommen konnte, die sich im Zeitalter des Kalten Krieges wie Feuer und Wasser gegen-

über standen. Diese Bedingungen waren in den 60er Jahren erfüllt – insbesondere in der Tschechoslowakei aber auch in anderen „Satellitenstaaten“ Moskaus, so dass man aus heutiger Sicht von einem glücklichen „Kairos“ sprechen kann. Zum einen setzte sich im „marxistischen Lager“ langsam aber unausweichlich die Erkenntnis durch, dass die Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ostblockländern nicht, wie erwartet, dazu geführt hatte, alle menschliche Entfremdung aufzuheben. Man entdeckte, dass ein überpointierter Marxismus die Kategorien des menschlichen Individuums nicht in den Blick bekam, ja offenbar gar nicht in den Blick bekommen konnte; dass die Fragen des Menschen nach Glück und Leid, nach Schuld und Hoffnung sich aber umso drängender zu Wort meldeten, auch wenn die Befriedigung der ökonomischen Grundbedürfnisse gesichert war. Zum anderen befreite sich die Theologie allmählich aus einer lange vorherrschenden personalistischen und existentialistischen Engführung, bei der Probleme von Gesellschaft und Geschichte nur entfernt am Rande auftauchten. In dem Maße, in dem die Theologie Probleme der Gesellschaft, ihrer geschichtlichen Entwicklung und zukünftigen Gestaltung neu oder wieder in den Blick bekam, wurde sie fähig, den Marxismus als Gesprächspartner überhaupt erst wahrzunehmen; dann allerdings wurde der Dialog aber auch unausweichlich.

Hromadka ging es niemals um eine Synthese zwischen Christentum und Marxismus. Immer wieder hat er betont, „dass der christliche Glaube keine Weltanschauung und kein sozialpolitisches Programm ist und dass es nicht erlaubt ist, das Ringen zwischen Christen und Marxisten auf die Ebene der Weltanschauung und des politischen Handelns herabzuziehen. Die posi-

tive Einschätzung der marxistischen Theorie und Praxis hilft aber, die heutige Lage, in der wir uns nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt befinden, genauer und realer zu sehen“⁸. Dementsprechend hat Hromadka immer davor gewarnt, nun den Fehler derjenigen umzukehren, welche die liberale Demokratie gleichsam als Abglanz des Reiches Gottes betrachtet und legitimiert haben: „Hüten wir uns vor dem Gedanken, dass eine solche verantwortungsbewusste Gesellschaft, wie wir sie im Sinne haben, mit der christlichen Gesellschaft identisch sein wird. Eine christliche Gesellschaft gibt es nicht, hat es niemals gegeben und wird es niemals geben, ebenso wie es keinen christlichen Staat, keine christliche Volkswirtschaft und keine christliche Zivilisation gibt. Die neue Welt und der neue Himmel, den wir in unserem Glauben erwarten, werden nicht Werk von Menschenhand, sondern Schöpfungen von Gottes Barmherzigkeit und Gerechtigkeit sein. Und das sind in vollem Maße eschatologische Begriffe. Die christliche Zivilisation ist eine Illusion, und jeder Versuch, in ihrem Namen so genannte unchristliche Bestrebungen, soziale und politische Ideale zu bekämpfen, ist Selbstbetrug und für die Kirche selbst eine schwere Gefahr“. Selbstbetrug, ja ideologische Verblendung auch deshalb, weil diese falsche Selbstgerechtigkeit uns nur zu leicht den Blick dafür trübt, „dass der Herr der Geschichte mächtig genug ist, das, was wir verraten haben, durch andere Gruppen und Kanäle für die Zukunft zu bewahren“⁹. Wie angesichts dieses glasklaren Sachverhaltes gegen Hromadka immer wieder der Vorwurf erhoben werden konnte, er sei Apologet des Kommunismus oder betreibe gar marxistische Theologie, das war und ist mir vollkommen unerfindlich! Dieser Vorwurf fällt voll auf die betreffenden Kritiker zurück und

entlarvt nur deren kategoriale Enge in der Systemverhaftetheit ihres eigenen Denkens.

1968: Desaster und Krisis als Chance

Hromadka hat die Demokratisierung und den Erneuerungsprozess, der 1968 eingeleitet wurde, von ganzem Herzen begrüßt und konnte guten Mutes der Überzeugung sein, dass er durch seine Tätigkeit und durch sein Zeugnis dazu beigetragen habe. Nach der Besetzung der CSSR durch die fünf sozialistischen „Bruderstaaten“ im August 1968 erkannte Hromadka sofort, dass die Glaubwürdigkeit, ja sogar die Existenz eines sozialistischen Modells auf dem Spiel stand. In einem Memorandum zum 21. August hat er seine Befürchtungen nachdrücklich zum Ausdruck gebracht: „Ich befürchte, dass sich in unserem Volk etwas nicht Gutzumachendes abgespielt hat; der Verlust der Liebe und Verehrung für das sowjetische Volk lässt sich für lange Jahrzehnte nicht bewältigen. Der Bund der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft wurde zerstört. Es besteht die Gefahr, dass sich die Liebe unseres Volkes in Hass umwandelt und dass unsere nächsten Freunde als Feinde erscheinen.“ Persönlich empfand Hromadka „Enttäuschung, Leid und Scham“ als „innigstes Gefühl: Es gibt in meinem Leben keine größere Tragödie als dieses Ereignis“¹⁰.

Wenn Hromadka bekennt, dass sich ihm der 21. August 1968 „mit wesentlich düsteren Farben eingepägt hat als der 15. März 1939“¹¹, dann zeigt sich darin deutlich die Kontinuität in seiner politischen Geschichtsschau. War es 1938/39 der Verrat der Westmächte, der schließlich die zu erwartende Okkupation durch Hitlerdeutschland ermöglichte, der ihn betroffen machte, so schmerzte ihn hier untröstlich der Überfall der befreundeten Schutzmacht zur Ret-

tion; seine bei den Ungarn-Ereignissen von 1956 noch gehegte Hoffnung in das humanistische Potenzial eines Sozialismus auch sowjetischer Prägung wurde nun endgültig zu Schanden. „Hat nicht der 21. August genau dem Prinzip der friedlichen Koexistenz seinen Inhalt und seine Perspektiven geraubt – ein Prinzip, das so häufig auch in unserer Arbeit proklamiert worden ist?“ Nämlich dann, wenn ein Staat „sich das Recht nimmt, despotisch gemäß seinen eigenen Interessen und Ideen zu entscheiden und zum Schiedsrichter dessen wird, was erlaubt ist und was nicht, was richtig und was falsch ist; weder internationale Gesetze noch die Charta der Vereinten Nationen reichen aus, um die Flut zu bändigen“¹². 35 Jahre später, beim völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak unter George Bush und seiner „Koalition der Willigen“ hätten Kommentare wohl kaum anders lauten können und dürfen.

Unter schwerstem Ringen hält Hromadka aber auch in dieser Situation seiner theologischen Geschichtsschau konsequent die Treue. Das Vertrauen in die CFK stand auf dem Spiel. Ganz im Stile seiner lebenslang eingeübten Ideologiekritik analysiert er: „Wir arbeiten auf zwei Ebenen, die manchmal innerhalb unserer Bewegung in Konflikt geraten, manchmal zusammenführen und manchmal vollkommen verschiedene Wege gehen ... Wir betrügen uns oft selbst. Wir verschleiern mit unserem christlichen Vokabular entweder unsere politischen Vorurteile und nationalen Interessen oder unsere rein persönlichen Auffassungen. Vielleicht tun wir das alle. Ich schließe mich selbst nicht aus. In der kommenden Zeit unserer Tätigkeit werden wir herausgefordert – wenn wir eine fruchtbare Tätigkeit für die heutige Menschheit

leisten wollen –, wesentlich strenger gegenüber uns selbst zu sein.“¹³

Die politische Krise von 1968/69 hat die CFK an den Rand des Zusammenbruchs getrieben und auch Hromadka selbst schwer zugesetzt. Inmitten heftiger Auseinandersetzungen während einer Tagung in der DDR erlitt er einen Herzinfarkt, arbeitete zunächst aber dennoch weiter, um auf mehreren Tagungen seinen Standpunkt zu verdeutlichen. Krank und schließlich doch resignierend, reichte er seinen Rücktritt ein – er wolle keinen Svoboda spielen: der damalige Staatspräsident versuchte in einem schillernden Vermittlungskurs noch einiges vom Reformkurs Alexander Dubceks zu retten ... Hromadkas Warnungen vor Unbußfertigkeit und Rechthaberei und seine Mahnung zu differenzierter Analyse blieben ungehört. Bald nach seinem Tod am 26. Dezember 1969 kam es zu einer Spaltung innerhalb der CFK, die nie mehr geheilt und überwunden werden konnte.

Hromadkas Bedeutung in heutiger Perspektive

Wie Recht Hromadka mit seiner Einschätzung der Ereignisse von 1968 hatte, das zeigt sich deutlich sogar an der späteren Beurteilung seiner eigenen Person und Theologie. Auch hier stellt das Jahr 1968 einen deutlichen Bruch in der Rezeptionsgeschichte dar. Der dadurch wieder bestärkte und neu aufkommende Antikommunismus im Westen wie im Osten – und hier noch hinzukommend der Mangel an ökumenischem Bewusstsein – macht es sehr schwer, durch dieses Feindbild hindurch Person und Werk von Hromadka richtig einzuschätzen.

Heute vierzig Jahre später – bekanntlich das „Alter des Verstehens“ – sollte eine differenzierte Beurteilung Hromadkas eher möglich sein. Sicher fehlen bei ihm noch

wesentliche ökonomische Einsichten, die bei Gollwitzer dann vorhanden sind. Dafür weist seine Verwendung des Begriffes „Klassenkampf“ über die marxistische Analyse hinaus und bezeichnet ein globales Ringen darum, dass nicht nur die reichen Völker über die Zukunft entscheiden, sondern dass Milliarden von Menschen Garantien gegen Hunger und politische Machtlosigkeit, gegen mangelnde Bildung und schleichenden Tod erhalten. Hromadkas Analyse der europäischen Verhältnisse, aber auch der internationalen Beziehungen hat sich weitgehend bestätigt und ihre Tragfähigkeit bis heute bewährt.

Christen und Kirchen hingegen müssen sich fragen lassen, wann sie endlich anerkennen, dass es in der Arbeiterbewegung ein berechtigtes Streben nach sozialer Gerechtigkeit gegeben hat, um die der Marxismus sich bemühte. Ist unvoreingenommen ein Dialog darüber möglich, was von Marx, was vom Marxismus und vom Sozialismusideal Bestand haben wird, ja in die Zukunft hineinreichen sollte? Kulturgeschichtlich entstammen beide Bewegungen – Christentum wie Sozialismus – derselben Tradition und haben zwei wesentliche Aspekte gemeinsam: universale Offenheit und eschatologische Sehnsucht. Christentum versteht sich als ein Angebot an alle Menschen und Sozialismus sucht nach einer Lösung für alle „Verdammten dieser Erde“. Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus ist beiden fremd, Fundamentalismus und Fanatismus war immer eine Gefahr für beide. Für die Menschen der Gegenwart ist das Wichtigste die Zukunft, eine eschatologische Sehnsucht nach der Vertiefung des Humanen oder der Rettung des Menschen in und mit seinem Kosmos. Aufklärung und jüdisch-christliche Tradition können ihre Wesensverwandtschaft nicht ungestraft leugnen.

Fachleute wie J. M. Lochman und M. Opcenský stellen heute Josef Lukl Hromadka in eine Reihe mit den großen Tschechen Jan Hus, Jan Amos Comenius oder Jan Karafiat. Als bedeutendster Sprecher der Christenheit in den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas und in seiner Vermittlerrolle für den Beitritt der orthodoxen Kirchen zum Weltkirchenrat sowie als ein theologischer Interpret des Marxismus und Sozialismus war Hromadka Grenzgänger und Brückenbauer zwischen Ost und West, sein Sprung über viele Mauern kann als Beispiel dienen bei der Beseitigung unendlich vieler „Mauerreste“, die als Stolpersteine noch im Wege liegen auf dem Weg zum „Gemeinsamen Haus Europa“. Sein wichtigstes Vermächtnis: Evangelium ist immer Ideologiekritik – „Dritter Weg“ zwischen allen „Ismen“. Der Weg Gottes zum Menschen in dessen von ihm selbst geschundener Welt über die Grenzen von allen Kirchen, Religionen und Weltanschauungen hinaus. Christliches Zeugnis in seiner Dimension der Schöpfungsökumene als Antwort auf eine alles nivellierende konsumfetischistische Globalisierung – dafür finden sich bei Hromadka Bausteine in großer Zahl zum Aufbau einer demokratischen und freien, sozialen und gerechten Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Zitiert nach: *Milan Opcenský, Sprung über die Mauer. Ein Hromadka-Lesebuch, Wuppertal 1991, S.67.*
- 2 Zitiert nach: *Josef Smolik, Josef L. Hromadka. Biographische Skizze, in: „Begegnungen“ der Ev. Akademie Mühlheim/Ruhr, 4,89, S.12.*
- 3 Zitiert nach *Smolik, a.a.O. S.12.*
- 4 *Die Sendung der Tschechoslowakei im heutigen Europa 1945, zitiert nach Milan Opcenský, a.a.O. S.171.*

- 5 Josef Lukl Hromadka – ein Theologe von ökumenischer Weite, in: *Ökumenische Rundschau*, Frankfurt/M. 1989, Nr.3, S.266.
- 6 Zitiert nach: Werner Wittenberger, *Die Weltgeschichte als Weltgericht. Hromadkas Amsterdamer Rede 1948*, in: *50 Anniversary of the WCC, Challenges of Remembering. To the Honour of J.L. Hromadka*, Praha 1998, S.77.
- 7 A.a.O. S. 27.
- 8 *Die verantwortliche Gesellschaft*, in: M. Opocenský, a.a.O., S.222.
- 9 A.a.O., S.215 bzw. 234.
- 10 Memorandum zur Intervention am 21. August 1968, zitiert nach M. Opocenský, a.a.O, S. 412f.
- 11 A.a.O., S.423.
- 12 A.a.O., S.428.
- 13 A.a.O., S.429f.

Dr. Wieland Zademach, Jahrgang 1943, Pfarrer der Ev.-Luth. Kirche in Bayern. 1971 Promotion: „Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des

Gottlosen“ (Düsseldorf 1973). Gemeindepfarrer in Oberfranken. Von 1989 bis 1997 Geschäftsführer der ACK in Bayern, danach Ökumenebeauftragter im Kirchenkreis Nürnberg. Im Ruhestand Dozent an der Seniorenuniversität in Frankfurt/Main



Wieland Zademach

Buchveröffentlichungen: „Eurokommunismus – Weg oder Irrweg“, München 1979. „Glasnost und Perestroika – Hoffnung für diese Welt!“, Essen 1987. Hrsg. von „Reich Gottes für diese Welt – Theologie gegen den Strich“, Waltrop 2001; „Treue zur Tradition als Aufbruch in die Moderne“, Waltrop 2005; „Kirche der Zukunft – Kirche in der globalen Welt“, Frankfurt 2008. Mitglied im Redaktionsbeirat von CuS

Die Tagung des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten in Cordoba 9.–11. Oktober 2009

Globale Krise und Spiritualität

Von Reinhard Gaede

Auf dem Kongress des Internationalen Bundes in Budapest 13.-15. Oktober 2000 waren Darius Dunker und ich ihm begegnet (vgl. CuS 4/2000, S. 26-30). Ricardo Aguado, Professor für Ökonomie in Bilbao, hat viel dazu beigetragen, dass die Christlichen Sozialisten der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Cristia-

nos Socialistas del Partido Socialista Obrero Español, PSOE) nach 15 Jahren Vorarbeit seiner Gruppe im Baskenland ihre Organisation festigen und den Kongress in Córdoba ausrichten konnten. An dem Kongress unter dem Thema „Globale Krise und Spiritualität. Stärkung der Bündnisse zwischen Glaube und sozialer Gerechtigkeit“ haben nach Angaben der Veranstalter zweihundert Personen aus 18 Ländern teilgenommen.

Die Reise war abenteuerlich. Nach einem Flug von Paderborn über München nach Madrid war mir in der Metro der Geldbeutel mit IC-Karte gestohlen worden. Auch drei andere Teilnehmer des Kongresses hatten so etwas erlebt, wie ich später erfuhr. So galt es, schnell das Konto sperren zu lassen. Zum Glück war noch der größere Teil des Reisegeldes, anderswo verstaubt, übrig geblieben. In spanischen Fernzügen – für unsere Begriffe sehr gut ausgestattet, auch mit Fernsehprogramm – bekommt jeder Reisende eine Platzkarte, Stehplätze gibt es nicht. Die schwedische Gruppe allerdings bekam keine Karten mehr und mietete sich ein Auto. Nach einer Fahrt durch eine trockene Landschaft genoss ich vom Balkon eines sehr schönen Appartements das Grün auf Córdobas Universitäts-Campus sehr: Tennisplätze, Schwimmbad, grüne Wiesen mit Dattelpalmen und duftenden blühenden Pflanzen. Allerdings wird das grüne Gelände nachts mit Wasser bespritzt. Den Tag vor Beginn des Kongresses verbrachte ich mit Georges Nydegger aus der Schweiz. Córdoba, bisher schon zum Weltkulturerbe der Menschheit erklärt, bewirbt sich als Kulturhauptstadt Europas 2016. Wegen des Zusammenlebens von Christen, Juden und Muslims ist die Stadt ein Symbol der Toleranz und war deshalb als Ort für das Thema der Konferenz besonders geeignet. Wir beide, später der ganze Kongress, besichtigten die Altstadt und die Mezquita, die Kathedrale, die eine Moschee mit ca. 860 parallelen Marmorsäulen enthält. Ihr Bild (vgl. den Artikel im Internet-Lexikon Wikipedia) schmückte auch den Flyer vom Kongress.

Untergebracht waren dann alle Teilnehmer in Studentenzimmern eines Gebäudes auf dem Campus der Universität.

Grußworte an die Teilnehmenden sandten vom Podium aus: José Manuel Roldán,

Rektor der Universität, Andres Ocana, Bürgermeister von Córdoba, Maria Isabel Ambrosio, Delegierte der Regierung von Andalusien, José Bono der Präsident des Kongresses, Miguel Ángel Moratinos, Außenminister, Ramón Jáuregui, Mitglied des Europa-Parlaments, Javier Barrero vom Sekretariat der PSOE. Die Versammlung von Ehrengästen signalisierte die große Bedeutung, die im Land dem Kongress zugemessen war. Auch unser Freund Ricardo sprach ein Grußwort.

Pär Axel Sahlberg, Präsident der ILRS, erläuterte das Thema der Konferenz. Von der verschärften Finanzkrise, unter der besonders die Armen leiden, sind die Religionen herausgefordert. Córdoba, der Ort, an dem die abrahamischen Religionen zusammenleben, ist der symbolische Platz, von dem aus wir Toleranz in der Welt fordern. Die Märkte müssen reguliert werden, die



Mezquita, Córdoba

Wirtschaft muss den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Die Bündnisse zwischen Glauben und sozialer Gerechtigkeit müssen gestärkt werden. José Bono nannte Meinungsfreiheit und Toleranz fundamentale Werte des Zusammenlebens und betonte, dass man sich häufig eine Selbst-

zensur auferlege. Denn Vorurteile gegenüber christlichen Sozialisten bestehen auf Seiten der Marxisten ebenso wie bei kirchlichen Fundamentalisten. Dabei hat der Glaube doch gesellschaftliche Wirkungen. Minister Moratinos bestätigte diese Worte als Christ und Sozialist und forderte die Anwesenden auf, kämpferisch einzutreten für Toleranz und den Dialog der Menschen unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Glaube und Hoffnung sollen helfen, den Pessimismus zu besiegen und eine ethische Mobilisierung zu erreichen. Es gelte der muslimischen Welt die Hand zu reichen, aber auch darauf zu bestehen, dass das Christentum sich dort entfalten kann, wo Muslime in der Mehrheit sind. Rafael Díaz-Salazar, Direktor des Politischen Instituts, der sich mit den Themen Globalisierung und Welt-Sozial-Forum befasst, widersprach einem Sozialismus ohne Spiritualität, der Technokraten des Kapitalismus Konzessionen macht ebenso wie Religionen mit wenig Spiritualität ohne viel Beziehung zum lebendigen Gott. Ramón Jáuregui sah eine Krise der Werte, von der auch der europäische Sozialismus betroffen sei, der ja in Spanien, Portugal und Griechenland Regierungspartei ist. Er sprach die Kontrolle der Wirtschaft an, speziell der Finanzparadiese. Er gratulierte zur Gründung der vereinigten Gruppe der christlichen Sozialisten, denn eine geistliche Erneuerung des Sozialismus sei eine Frage von Sein oder Nichtsein.

Carmen Pellicer, Professorin an der Universität Valencias, forderte ein Erziehungswesen, das an der Zukunft orientiert ist und die Werte Frieden und Gerechtigkeit einschließt.

Carlos Garcia Andóin, ein Koordinator der Bewegung seit 1998, erinnerte an die Anfänge und sprach über einen Dreijahresplan weiterer Vernetzung. Die neue Iden-

tität soll keine Sektenideologie sein, sondern ein Werkzeug zwischen Partei und Gesellschaft, zwischen der christlichen Welt und anderen Religionen. 2010–2013 soll sich die Gruppe beschäftigen 1. mit der Finanzkrise, Solidarität und Nachhaltigkeit, 2. mit Gewissens- und Glaubensfreiheit, 3. mit Einwanderung und sozialer Integration, 4. mit bioethischen Fragen: Abtreibung, Sterben in Würde, 5. mit einem



Interreligiöse Feier

Bündnis der Zivilisationen, 6. mit geknüpften Netzen. Die Mehrheit der christlichen Sozialisten Spaniens besteht aus Katholiken, aber auch Protestanten und Orthodoxe gehören dazu, sie ist offen für den interreligiösen Dialog, speziell mit Juden und Muslimen. Ein sehr bekanntes protestantisches Mitglied ist Maria Rosa Medel, die auch Vizepräsidentin der Union evangelischer Frauen Spaniens ist.

Am Nachmittag versammelten sich die Delegierten in Arbeitsgruppen. Ich wählte den Film über Mondragon. Im Spanischen Bürgerkrieg litt die Stadt unter Massenarbeitslosigkeit. Der junge Priester José María Arizmendiarieta beschloss, das Elend der Bevölkerung mit genossenschaftlichen Strukturen der Selbsthilfe mindern zu wollen. 1943 baute Arizmendiarieta eine demokratisch organisierte Fachhochschule

auf, die eine Schlüsselrolle des späteren Genossenschaftswesens im Baskenland spielte. Drei Jahre nach Gründung der ersten Genossenschaft durch fünf Absolventen der von Arizmendiarieta gegründeten Fachschule wurde die Caja Laboral Popular ins Leben gerufen, eine Sparkasse, die Genossenschaften und genossenschaftliche Neugründungen finanzierte. Der besondere Aspekt dabei ist die den Realgenossenschaften gegenüber dienende Rolle durch die geringen Zinssätze für Fremdkapital bei Neugründungen. Das Unternehmen aus dem Baskenland, ein Zusammenschluss von 120 selbst verwalteten Kooperativen, hat sich zu einem internationalen Konzern entwickelt. Mehr als 53000 Mitarbeiter zählt der Genossenschaftsverband heute. Die Kooperative ist heute in drei Sparten unterteilt. Zum Industriebereich zählt die Produktion von Halbleitern, Autoteilen, Haushaltsgeräten und Werkzeugmaschinen. Zum Finanzbereich gehört die Bank Caja Laboral mit 270 Filialen sowie die Pensions- und Krankenkasse Lagun-Aro. Im Handelsbereich steht an erster Stelle die Supermarktkette Eroski. Zehn Prinzipien stehen im Vordergrund:

- 1) Offenheit. Das Unternehmen ist offen für alle, unabhängig von Religion, Ethnie, politischer Überzeugung. Einziges Kriterium für die Mitgliedschaft bei Mondragon sind die beruflichen Fähigkeiten.
- 2) Gleichheit. Alle Mitglieder sind gleichberechtigt, unabhängig von Alter, Position oder dem eingebrachten Kapital.
- 3) Selbstbestimmung. An erster Stelle steht der Mitarbeiter und der Arbeitsprozess.
- 4) Einschränkung von Kapitalmacht. Kapital ist Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck.

- 5) Demokratie. Alle Mitarbeiter können sich durch demokratische Entscheidungsprozesse am Management der Betriebe beteiligen.
- 6) Solidarität bei Löhnen. Die Löhne sollen sich an den üblichen Tarifen der Region orientieren, das Lohngefälle soll kleiner sein als in traditionellen Betrieben.
- 7) Zusammenarbeit. Kooperativen arbeiten direkt mit anderen Kooperativen zusammen, es gibt keine Tochterunternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen.
- 8) Sozialer Wandel. In den Regionen, in denen Mondragon produziert, wird der soziale Wandel hin zu einer freieren und gerechteren Gesellschaft unterstützt.
- 9) Universalismus. Man erklärt sich solidarisch mit all jenen, die für die Zukunft einer demokratischen Wirtschaft arbeiten.
- 10) Ausbildung. Diese Prinzipien sollen in der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter eine tragende Rolle einnehmen. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Management regelt der Sozialrat, der ebenfalls von der Generalversammlung gewählt wird. Der Rat entscheidet über Arbeitszeit, Löhne und Arbeitsbedingungen. Bei Mon-



Im Podium (v.l.): Carmen Pellicer, Pär Axel Sahlberg, Rafael Diaz Salazar, Ricardo Aguado

dragon – das ist das Besondere – stehen die Manager im Dienste von Eigentümern, die wiederum selbst im Betrieb arbeiten. Die Belange der Belegschaft dürfen nicht um des Profits willen in den Hintergrund treten. Andererseits soll das Management unabhängig genug sein, um wirtschaftlich notwendige Entscheidungen zu treffen. Anderswo droht der ferne Shareholder, bei Mondragon steht der Stakeholder bei Fuß. Denn wer im Unternehmen arbeitet, ist (in der Regel) auch ein Mitglied der Kooperative und damit stimmberechtigt. (Vgl. Wikipedia, weblinks, contraste 1984.)

Ein Höhepunkt des Kongresses war am Abend die interreligiöse Feier in der Institución Teresiana, la casa de la Concha. Die Nova Schola Gregoriana sang „Veni sancte spiritus“. Vertreten waren durch Sprecher und Sänger, die katholische Kirche, die jüdische Gemeinde, die evangelische Kirche, die Unitarier, die Orthodoxe Kirche, die islamische Religion.

Nach einem Gang durch die Altstadt und nach Führung durch die Mezquita wurden wir vom Bürgermeister im Alcázar de los Reyes Cristianos empfangen. In der ehemaligen römischen Festung und der Residenz der Christlichen Könige sind noch wertvolle römische Mosaik ausgestellt. Ein schönes Konzert der Gruppe AURA mit Gitarren, Flöte, Keyboard und Gesang empfing uns. Danach standen wir im erleuchteten maurischen Garten und wurden mit Tapas und Sangria bewirtet

Am Sonntagmorgen teilte sich der Kongress. Gewerkschaftsmitglieder trafen sich im großen Saal, während ILRS ihre Vollversammlung hielt. Vertreten waren hier die Organisationen aus Norwegen, Schweden, Finnland, Niederlande, England, Italien, Spanien, USA. Ich war der einzige aus dem deutschsprachigen Raum. Georges Nydegger von der Fédération romande des socia-

listes chrétiens nahm als Gast teil. Außer der französisch sprechenden Gruppe gibt es in der Schweiz die Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz (RESOS) (vgl. den Link auf unserer Homepage) und die Sozialistischen Kirchengenossen Basel. Mitglied bei ILRS sind bisher nur die RESOS. Die beiden andern Gruppen müssen sich mit den RESOS über die Vertretung einigen, da jedes Land nur eine Stimme hat. Gast war auch ebenso Dimas Castellanos Marti, Professor und Journalist



Institución Teresiana

aus Kuba, aktiv als Sozialdemokrat in der christlichen Arbeiterbewegung. Die Mitglieder berichteten über die Situation ihrer Organisationen in ihren Ländern.

In der Schlussversammlung sprach zuerst Ricardo Aguado seinen Dank an ILRS aus. Juan Pablo Durán, Gen.sekr. PSOE Córdoba, forderte: Alle Sozialisten und religiöse Menschen sollten für eine Weltethik zusammen arbeiten; denn der Kapitalismus ist global, die Solidarität bisher nicht. Der Glaube der Christen schließt die Nächstenliebe ein. Dem schloss sich Antonio Ruiz Cruz, Mitglied des Stadtparlaments von Córdoba, an. Ramón Jáuregui, Mitglied des Europaparlaments, forderte ein starkes Europa, missbilligte demgegenüber die Entwicklung in Deutschland, dem Parlament mehr Macht

zu geben. Der Sozialismus solle das Sozialdumping verhindern. Javier Barrero von der PSOE Andalusien sah die Werte Würde, Freiheit, Gerechtigkeit gleichermaßen bei Sozialismus und Christentum aufgehoben. Der Sozialismus muss die Verteidigung der Rechte der Menschen am besten wahrnehmen. Andrew Hammer für ILRS und Carlos Garcia Andoin von den Christlichen Sozialisten Spaniens sprachen Dankesworte.



Römische Brücke, Córdoba

Nachmittags trafen sich zum Abschluss die Mitglieder von ILRS.

Pär Axel Sahlberg als Präsident wurde mit Dank verabschiedet. Bei den Wahlen gab es diese Ergebnisse: Präsidentin Cecilia Dalman Eek (Schweden); Andrew Hammer (USA), wieder Generalsekretär; Ricardo Aguado (Spanien), Vizepräsident; Maria T. Hevzy (Norwegen), Vizepräsidentin; Johan van Workum (Niederlande), wieder Schatzmeister; Tapio Lampinen (Finnland), Marta Axner (Schweden), Matthias Lauer (Österreich), Mitglieder; Josef Hæier (Norwegen);

Anyes Segura (Spanien) stellvertretende Mitglieder. Als Resolution wurden aktuelle Kommentare zu den Thesen von Oslo angenommen. Die neue Präsidentin regte einen lebhafteren Austausch an. Eine Adressenliste wurde sogleich vorbereitet.

Herzlich verabschiedeten sich die Delegierten von einander in dem Bewusstsein, überall in der Welt gute Freundinnen und Freunde bei den Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten zu haben.

Nach der Krise

Zehn Wege, die Welt zu verbessern

Resolution des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten und Sozialistinnen (International League of Religious Socialists, ILRS) während des Kongresses in Córdoba, 9–11. Oktober 2009

Vor drei Jahren, bei unserm Kongress in Oslo, hat der Internationale Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten dieses Dokument herausgegeben als einen Weg, einige grundlegende Standpunkte anzu-

sprechen, die wir für wichtig hielten, wenn der andauernde Prozess der Globalisierung sicher sozialen Leitlinien folgen sollte, welche die Rechte und die Würde der Menschheit und der Umwelt sicherstellen sollten (vgl. CuS 3/06, Die Redaktion). Drei Jahre später finden wir uns selbst in einer globalen ökonomischen Situation, die sehr klar demonstriert, was passieren kann, wenn diese Leitlinien nicht befolgt werden.

Die ILRS beabsichtigt, die Arbeit an unserem umfangreicheren Dokument über soziale Glo-

balisierung fortzusetzen und begrüßt Beiträge von unseren Mitgliedsorganisationen und anderen, die eine Definition geben wollen über das, was unserm Gefühl nach ein Versuch ist, Ideen anzubieten für einen Weg vorwärts zu einer neuen Art einer globalen Gesellschaft.

Aber wie vorher geben wir eine Rückschau der zehn grundlegenden Standpunkte im Blick zurück auf die globale Finanz-Krise. Darunter findet man die Standpunkte, wie wir sie damals 2006 bezeichnet haben, dann einige Kommentare aus dem Jahr 2009, und dann ist etwas Raum, dass man seine eigenen Anmerkungen und Vorschläge machen kann, die man uns während des Kongresses oder später schicken kann.

1. Wir stimmen einer sozialen Globalisierung zu.

Es gibt nur eine Menschheit, und wir brauchen uns untereinander.

2009: Nicht nur brauchen wir uns einander, sondern die laufende Krise hat jenseits allen Zweifels bewiesen, dass wir miteinander verbunden sind. Ökonomische Wahlakte und Entscheidungen können ernsthaft den Lebensunterhalt in anderen Ländern, sogar auf der anderen Seite der Welt in Mitleidenschaft ziehen. Wenn wir nicht vorher darüber nachdenken wollten, hat die laufende Krise uns gezwungen, darüber nachzudenken, in welcher Weise wir wirklich verbunden sind.

2. Globalisierung darf nicht nur globaler Marktplatz bedeuten.

Soziale Globalisierung bedeutet, die notwendigen Schritte zu unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung, soziale Verantwortung, wirtschaftliche Wohlfahrt aller, Gleichheit der Geschlechter und gute Staatsführung.

2009: Das Versagen der nationalen Regierungen, die finanziellen Märkte wirklich zu regulieren, hat klar gemacht, welche Probleme entstehen können, wenn Märkten erlaubt wird, außer Kontrolle zu laufen.

Der globale Marktplatz wird eine Anarchie von falschen Versprechungen, die eine Fehlzündung abgeben an alle, die teilnehmen. Beide, Reiche und Arme, sind von derselben Krise in Mitleidenschaft gezogen worden, und einige der Reichen sind jetzt im Ergebnis arm geworden. Wir müssen einen Weg finden, um unsere ökonomischen Entscheidungen für alle wirken zu lassen, ohne das Leben anderer zu schädigen. Diejenige Globalisierung ist nicht sozial, die Menschlichkeit in ihren Kalkulationen nicht bedenkt.

3. Wir müssen das Verständnis und die Einübung von Demokratie vertiefen.

Demokratie ist bisher lokal, regional und national geprüft worden, sowohl auf der Ebene der Teilnahme einer Öffentlichkeit als auch vom Glauben der Bevölkerung an die Legitimität unserer gegenwärtigen Formen von Demokratie. Soziale Bewegungen ebenso wie die Anti-Globalisations-Bewegung tragen zu einem neuen Verständnis von Demokratie bei, haben aber zugleich Schwierigkeiten, es an ein repräsentativeres politisches Modell anzupassen. Die ILRS muss zur Vertiefung des Verständnisses und der Einübung von Demokratie beitragen und zusammen mit der Sozialistischen Internationale an dem langen Prozess teilnehmen, ein gutes Staatswesen in unsern globalen Institutionen wieder aufzubauen und neu zu beleben.

2009: Was jetzt, angesichts der laufenden Krise, wesentlich für das Verständnis und die Einübung von Demokratie ist, ist die

Entwicklung und Durchführung von Wirtschafts-Demokratie. Es ist sinnlos, Demokratie im sozialen und politischen Sinn aufzubauen, aber sie dann in ihrer ökonomischen Komponente in der Gesellschaft zu ignorieren. Wir sehen jetzt die gefährlichen Ergebnisse eines Fehlens jeder verbindlichen Form von Demokratie in der globalen Wirtschaft.

In derselben Weise in der politische Demokratie sich gegen Missbrauch der Macht von Diktatoren und anderen mächtigen Kräften absichert, kann die Erschaffung eines nachhaltigen Modells von Wirtschafts-Demokratie absichern gegen den Missbrauch von Macht im Markt in mächtigen ökonomischen Kräften, die gegen die Interessen von uns allen wirken.

4. Nachhaltige Entwicklung ist die wirkliche Suche beim Aufbau einer besseren Welt.

Es muss möglich sein, Fortschritt in unserer Welt zu entwickeln, ohne die Fähigkeit für die kommende Generation zu verderben, Freude daran zu haben ebenso wie selbst Fortschritte zu machen. Wir müssen ebenso eine Methode finden, das Defizit zurückzuzahlen, das wir schon haben. In der gegenwärtigen kapitalistischen Ära müssen wir anfangen, die Fragen unserer Wahlentscheidungen für Natur und menschliches Leben zu kalkulieren als Teil unserer Abmessungen von Erfolg oder Versagen.

2009: Dieser Standpunkt des Jahrs 2006 liest sich wie eine Prophezeiung. Weil wir als eine globale Gesellschaft die Konsequenzen unserer Wahlentscheidungen nicht kalkuliert haben, diese zurückgekommen sind, um bei uns als globale Finanzkrise zu spuken.

Nun ist die Mittelklasse arm geworden, und die Armen sind noch ärmer geworden.

Während die soziale Lage einiger in Entwicklungsländern sich verbessert hat, und eine neue Mittelklasse aufzutauchen scheint, sind solche Entwicklungen nicht nachhaltig, solange wir keine größere Balance und Nachhaltigkeit in der neuen globalen Wirtschaft finden.

5. Fragen der Menschenrechte sind jetzt zentral für die Agenda der Globalisierung.

Die Bedingungen modernen Lebens stehen der früheren souveränen Unabhängigkeit eines Staates gegenüber. Die heutige Welt kann nicht einfach einen grausamen Führer akzeptieren, der seine Leute unterdrückt. Intervention von Seiten der Internationalen Gemeinschaft kann notwendig sein, wenn Völkermord oder selbst geringere Risiken auf dem Spiel stehen. Menschen haben fundamentale Rechte – diese Rechte zu bekräftigen, liegt in der Verantwortung der ganzen Welt. Das schließt die Fähigkeit der Nationen ein, Bildung zu verteilen, für die Einzelnen die Möglichkeit zu schaffen, ihre Ziele für die persönliche Entwicklung zu erreichen. Die zukünftige Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung ist davon völlig abhängig, wie gut ein Land seine Bürger vorbereiten kann, speziell die Jungen, ihre Rechte als Produzenten und Konsumenten zu wahren, wenn sie sich mit wirtschaftlichen Herausforderungen der globalen Gesellschaft beschäftigen.

2009: In der laufenden finanziellen Krise wurden die Bedürfnisse von Banken und Firmen als wichtiger betrachtet als die Bedürfnisse von Personen. Andere unternahmen Schritte, um ihre Bürger zu schützen. Aber die Realität war, sogar in solchen Situationen und in Staaten, wo es politische Tradi-

tion ist, Menschen an die erste Stelle zu setzen, bedeutete unsere kollektive Abhängigkeit vom existierenden ökonomischen System des Finanzkapitalismus, dass es keine andere Alternative gab, als den Banken zuerst zu helfen, bei dem Risiko, die gesamte ökonomische Infrastruktur der Nationen zu zerstören. Das ist das natürliche Ergebnis, wenn man Wünsche der Wirtschaft menschlichen Bedürfnissen voranstellt.

6. Armut zu reduzieren, ist untrennbar von anderen politischen Zielen.

Die Herausforderung der Realität und die UN- Millenniums-Ziele, die nationalen und internationalen Bemühungen mit dem Ziel, Armut zu reduzieren, sind dicht beim Zentrum unserer Politik und der globalen Agenda. Reduktion der Armut ist eine Frage des Geldes, aber ebenso der Haltung und der Vorsorge für das Rüstzeug für eine nachhaltige Zukunft. Sie bezieht unsere ganze Gesellschaft ein, national, regional und international.

2009: Die Führer der Regierungen in den entwickelten und emporkommenden Nationen verstanden nicht das dringende Bedürfnis, die globale Armut vor dieser Krise ausreichend zu benennen; vielleicht könnte die Drohung größerer Armut in ihren eigenen Nationen als Ergebnis solch unerwarteten finanziellen Zusammenbruchs sie ebenso wie uns alle überzeugen, ernsthafter über die Notwendigkeit nachzudenken, sich davon zu überzeugen, dass keiner unter den Bedingungen der Beraubung oder des Leidens leben kann, wirtschaftlich oder sozial.

7. Multilateralismus und Frieden muss Priorität haben vor vorherigen Konflikten.

Die Vorstellung vom Kampf der Kulturen wird niemandem nutzen. Als Weltbürger

sagen wir: Es gibt nur eine Menschheit. Es kann kein Friede ohne Gerechtigkeit sein, und ohne Frieden kann keine Gerechtigkeit sein. Es ist ebenso wahr: Es kann kein Friede ohne Entwicklung und Suche nach Gleichheit sein.

2009: Seit 2006 ist die Welt mehr und mehr mit der Frage beschäftigt, ob Nationen wie der Iran oder Nord Korea die nucleare Kapazität, die für Waffen gebraucht werden könnte, haben sollen oder nicht. Das ist eine triftige Besorgnis, aber nicht stichhaltiger als die größere Frage, warum irgendein Land in der heutigen Welt Atomwaffen besitzen oder herstellen sollte. Früher waren unsere wirtschaftlichen Wahlentscheidungen von Bedeutung; wenn Millionen von Menschen auf das persönliche Elend schauen, das sie für Generationen nicht kannten, und Billionen mehr, die immer nur Elend kannten, keinen Weg aus ihrer Situation als Ergebnis der globalen Krise sehen, wie ist es möglich, dass wir nicht fragen, warum irgendeine Regierung irgendwo Billionen ausgeben sollte, um die Kapazität andere Menschen zu töten, aufrecht zu erhalten oder zu vergrößern.

8. Märkte müssen reguliert sein, damit sie menschlichen Bedürfnissen gut und nach Wunsch dienen.

Der internationale Markt ist eine Realität. Mit der Realität kommt die Notwendigkeit für Regulierungen, nicht nur zwischen Nationen, sondern ebenso global. Wir müssen die Märkte so organisieren, dass sie einen gleichen Zugang für alle zu diesem Markt erlauben, während gleichzeitig genug Raum gegeben wird für eine noch nicht ausgereifte Wirtschaft, damit sie schrittweise in den globalen Markt eingeschlossen wird. In unserer Analyse der

Weltwirtschaft muss der Sektor Arbeit von verschiedenen Blickpunkten aus gesehen werden, kurzfristig von den Grundbedürfnissen aus, von der Hand zum Magen. Man muss den formlosen oder (Schwarzmarkt-)Sektor akzeptieren, wenn er zum dringendsten Überleben gebraucht wird. Langfristig jedoch muss es das Ziel sein, die formlosen Aktivitäten in eine offene und formell anerkannte Ebene der Wirtschaft einzuschließen. Das ist nötig für Regulierung, Schutz, persönliche Sicherheit – und um des Gefühls der Gemeinschaft in der Gesellschaft willen – für Besteuerung und Offenheit in der Wirtschaft.

2009: Es war das Versagen der Regierungen zu handeln, bevor die Krise entlarvt hat, nicht nur wie sehr der internationale Markt eine Realität ist, sondern ebenso wie gefährlich er sein kann, wenn er nicht reguliert wird. Wir müssen neue Modelle wirtschaftlicher Aktivität und Teilhabe finden, die nicht strikt abhängig sind von Aktionen globaler Banken und Kredit-Organisationen. In der Vergangenheit war die sozialistische Bewegung aktiv interessiert an solchen Ideen als einem Teil unserer Suche, Beziehungen ökonomischer Macht umzuwandeln. Wir müssen uns selbst wieder noch einmal der Suche nach diesen Ideen widmen und dürfen keine Angst davor haben, neue Lösungen zu finden, geleitet von heutigen Verhältnissen.

9. Die Bevölkerung muss demokratische Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen haben.

Wir betrachten jetzt die sehr entscheidenden Privatisierungen, die mehr oder weniger als „freie Mahlzeiten“ verstanden werden. Spezielle Sorge bereitet das „Outsourcing“ (die Vergabe nach außen) von Wasser und Wasserleitung-Infrastruktur an interna-

tionale Firmen, was diese Angelegenheit zu einem kritischen Punkt gebracht hat. Diese Veränderungen gab es sowohl in entwickelten Ländern und solchen im Übergang als auch in noch in der Entwicklung stehenden Ländern. Einerseits ist es eine Notwendigkeit für Nationen, Investment-Kapital anzuziehen, andererseits ist es ein ausgesprochenes Risiko, die am meisten benötigten Ressourcen in der Hand von fremden Firmen außerhalb eigener demokratischer Kontrolle zu haben. Es wird nötig sein, diese Bereiche vom Markt auszuschließen und sie in einer sozialeren und nachhaltigen verantwortungsvollen Weise zu regulieren.

2009: In einigen Teilen der Welt versuchen jetzt Arbeiter und Bürger aktiv zu werden, um größere Kontrolle über ihre Ressourcen zu gewinnen. Aber bei allen Aktionen, die sie unternehmen, kann man nicht sicher sein, dass sie fortdauernde Ergebnisse herbeiführen, wenn die Weltwirtschaft in einem Zustand der Krise ist und alle ökonomischen Entwicklungen irgendwo beschädigt. Die laufende Krise hat gezeigt, dass demokratische Kontrolle durchgeführt werden muss auf internationaler Ebene nach der Reihenfolge, in der es nützlich und erfolgreich auf der lokalen Ebene ist.

10. Eine wahrhaft globale Gesellschaft ist eine tolerante Gesellschaft.

Eine multikulturelle Gesellschaft mit einer Vielfalt an Glaubensbekenntnissen ist nicht etwas, was von selbst kommt, sondern eine bewusste Anstrengung ist nötig, die verschiedenen Wurzeln zusammenzufügen zu einer neuen toleranten Gesellschaft. Wir werden kein negatives Etikett von Bevölkerungsgruppen akzeptieren, weder von säkularen Menschen gegenüber religiösen Menschen noch von Gläubigen gegenüber den Säkularen

oder Andersgläubigen. Freiheit der Religion ist das Fundament moderner Gesellschaft. Jedoch ist religiöse Freiheit nicht unbegrenzt. Sie muss Grenzen setzen in Erwägung sowohl gemeinsamer Werte und menschlicher Rechte innerhalb der (säkularen) Gesellschaft als auch der heiligen Elemente verschiedener Glaubensbekenntnisse. Wir wollen unsere Suche nach Einheit in Verschiedenheit ausdrücken als ein gemeinsames Verständnis, dass der Mensch spirituell ist.

2009: Der springende Punkt und das Bedürfnis hier für wirkliche Arbeit auf diesem Gebiet bleibt das gleiche. Religionen sollen nicht jetzt – entgegengesetzt gegen Jahrhun-

derte – der Grund für irgendeine Form der Degradierung oder Unterdrückung ihrer Gläubigen oder derer anderer Religionen sein. Bei dieser Aufgabe quälen wir uns jetzt gegen Jahrhunderte menschlicher Geschichte dazu entgegengesetzt. Wenn wir eine Zukunft zusammen in Frieden haben, müssen wir uns selbst mit der Tatsache ausöhnen, das nicht jeder glauben oder Gottesdienst halten oder leben will wie wir. Wir müssen einen Weg finden, um die anderen anzunehmen, ohne dabei das Gefühl zu haben, dass wir uns selbst verlieren.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Reinhard Gaede*

Neoliberalismus light

Die schwarz-gelbe Koalition vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich

Von Christoph Butterwegge

Aufgrund des gegenwärtigen Krisendebakels, das sie ohne Zweifel mit verursacht hat, schien die neoliberale Hegemonie, d.h. die Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, vielen Beobachtern in der Bundesrepublik endgültig gebrochen. Dass der Neoliberalismus hierzulande keineswegs im Niedergang, sondern auf dem besten Weg zu einer Renaissance im schwarz-gelben Gewand ist, zeigt der am 24. Oktober vorgestellte Koalitionsvertrag. Nach zügigen, aber wegen der akuten Haushaltsprobleme nicht unkomplizierten Verhandlungen, aus denen relativ wenig und meist Widersprüchliches nach außen drang, einigten sich CDU, CSU und FDP auf ein Regierungsprogramm, das

hauptsächlich für sozial Benachteiligte, die durch ihre überdurchschnittlich hohe Wahlenthaltung am 27. September zum Negativrekord im Hinblick auf die Beteiligung an der Bundestagswahl und damit indirekt zum Wahlsieg von CDU/CSU und FDP beigetragen haben, Anlass zu schlimmen Befürchtungen gibt. Denn das schwarz-gelbe Regierungsbündnis droht entgegen den Beschwichtigungen, mehrdeutigen Formulierungen und Vagheiten, die das Dokument enthält, zur verteilungspolitisch ungünstigsten Konstellation zu werden.

Unter der wohlklingenden Überschrift „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“ wird auf 124 Seiten das Regierungsprogramm von CDU, CSU und FDP für diese Legislaturperiode präsentiert. Trotz seines Titels gefährdet der Koalitionsvertrag die soziale

Kohäsion, weil die darin umrissene Politik mit Sicherheit zum weiteren Zerfall unserer Gesellschaft in Arm und Reich beiträgt. Selektiv und die soziale Polarisierung forciierend dürfte beispielsweise das geplante „nationale Stipendienprogramm“ für Hochbegabte wirken. Wenn nur besonders qualifizierte Bewerber/innen unabhängig vom Einkommen (der Eltern) in den Genuss einer Studienbeihilfe in Höhe von 300 Euro monatlich gelangen und dieser Betrag zur Hälfte von Sponsoren aus der Wirtschaft aufgebracht werden muss, dürften sich regionale Ungleichgewichte genauso ergeben wie deutliche Nachteile für Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber solchen aus den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Wie man da von einem „Beitrag zur Chancengleichheit und Bildungsförderung“ (Vizekanzler Guido Westerwelle) sprechen kann, erschließt sich bloß den Anhängern der Koalitionsparteien.

Die inhaltlichen Schnittstellen zwischen CDU/CSU und FDP im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind frappierend: Wenn Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle unisono von der Bildung einer „Regierung der bürgerlichen Mitte“ schwärmen, wärmen sie nicht das Herz des Citoyens als Souverän der demokratischen Republik, sondern sprechen bewusst den Bourgeois als Geschäftsmann und Kapitaleigner an. Die besitzbürgerlichen Interessen werden sich unter Schwarz-Gelb noch unverblümter Bahn brechen als unter Schwarz-Rot und Rot-Grün. Gefragt ist der Wirtschaftsbürger (Bourgeois), während die sozialen Bürgerrechte beschnitten werden dürften. Zu übersehen ist weder die Intention von CDU, CSU und FDP, mit Ausdehnung der Mehrwertsteuer auf kommunale Versorgungsbetriebe und Überprüfung des ermäßigten Satzes auf bestimmte Produkte die Massensteuern zu

erhöhen, noch entgeht der Wille, weitere Sozialleistungen zu kürzen und den Wohlfahrtsstaat durch die (Re)Privatisierung sozialer Risiken strukturell zu verändern. Was die künftige Regierungspolitik ausmacht, ist Neoliberalismus, gemildert durch den Gefühlskonservatismus der „Kanzlerin aller Deutschen“ (Merkel über Merkel), und viel Sozialrhetorik, verbunden mit Klientelismus sowie einer knallharten Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik im Arbeitgeberinteresse.

Die geplanten Steuerreformen: Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung

Wenn CDU, CSU und FDP ein gemeinsames Regierungsprojekt haben, dann auf steuerpolitischem Gebiet: Alle drei Parteien hatten im Wahlkampf mit dem Slogan „Mehr Netto vom Brutto“ geworben, ganz so, als wären nicht das Sinken der Lohnquote auf einen historisch Tiefstand und die Ausweitung des Niedriglohnsektors das Hauptproblem von Millionen Arbeitnehmer(inne)n, sondern der „überbordende Sozialstaat“ und dessen steigende (Bürokratie-)Kosten. Zwar zeichnete das kurz nach der Wahl vom Kanzleramt präsentierte Papier mit dem Titel „Finanzpolitische Lage des Bundes“ ein düsteres Bild der Haushaltsentwicklung und des Steueraufkommens, die neuen Koalitionäre hielten jedoch trotz vergleichbarer Tendenzen bei den sozialen Sicherungssystemen an ihren Wahlversprechen fest. Stimmen aus der Wirtschaft, die nach einer Lockerung des Kündigungsschutzes, einer Ausweitung von Leiharbeit und Minijobs sowie einer stärkeren Belastung der Rentner/innen riefen, bildeten die harsche Begleitmusik dazu.

Die zentrale Frage ist eigentlich nie, ob Steuererhöhungen oder -senkungen zu er-

warten sind, sondern eher, welche Steuern erhöht und welche gesenkt werden. „Korrekturen“ der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform haben den Vorteil, dass sie von der breiten Öffentlichkeit weniger stark wahrgenommen werden als drastische Senkungen des Spitzensteuersatzes oder die Abschaffung der Gewerbesteuer, wie sie die FDP im Kapitalinteresse fordert. Deshalb weicht die schwarz-gelbe Koalition eher Regelungen auf oder nimmt solche ganz zurück, die ein drastisches Absinken des Steueraufkommens im Unternehmensbereich durch Finanzmanipulationen der Konzerne verhindern sollten, etwa die Einführung der „Zinsschranke“ und der Mindestbesteuerung sowie die zeitweilige Aussetzung der degressiven Abschreibung.

Die geplante Einkommensteuerstrukturreform sieht explizit „Stufentarife“ vor, wie sie die FDP im Bundestagswahlkampf gefordert hat, was den Abschied von einem linear-progressiven System bedeutet und den Weg zur unsozialen Einheitssteuer ebnen könnte, die es unter dem Namen „Abgeltungssteuer“ seit dem 1. Januar 2009 für Kapitaleinkünfte, Zinsen und Dividenden bereits gibt. Dass die für den Inneren Frieden gefährliche Kluft zwischen Arm und Reich nicht geschlossen, sondern vergrößert werden soll, zeigt das folgende Beispiel: Die FDP will den Spitzensteuersatz von 45 Prozent (sog. Reichensteuer) auf 35 Prozent herabsetzen, die auch Facharbeiter mit relativ hohem Einkommen und vielen Überstunden bereits zahlen müssten, während der Eingangssteuersatz für geringverdiener/innen nur von 14 auf 10 Prozent sinken soll. Deutlicher kann eine Partei kaum zu erkennen geben, dass sie die Besserverdienenden vertritt, wenngleich ihr dies heute imageschädigend erscheint.

Wer auf den finanzpolitischen Realitätsinn der Union vertraut und glaubt, sie

werde die FDP im Rahmen der Verhandlungen über die Details zähmen oder entzaubern, verkennt augenscheinlich, dass die FDP im Unterschied zur „Ära Kohl“ heute keine bloße Steigbügelhalterin oder parlamentarische Mehrheitsbeschafferin von CDU und CSU, sondern ein durch das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte selbstbewusster gewordener Koalitionspartner ist, der „auf Augenhöhe“ verhandelt und im Zusammenspiel mit dem gleichfalls gestärkten Wirtschaftsflügel der Union auch mächtige Partikularinteressen durchsetzen kann. Zwar wird man kein neues Steuersystem aus der Taufe heben, das „einfach, niedrig und gerecht“ wäre, die Koalitionspartner dürften jedoch tiefgreifende Veränderungen bei Freibeträgen, Steuersätzen und im Tarifverlauf herbeiführen.

Ungefähr zur selben Zeit, als das Bundesverfassungsgericht am 20. Oktober 2009 darüber verhandelte, ob die Bedürfnisse der in landläufig „Hartz-IV-Haushalten“ genannten SGB-II-Bedarfsgemeinschaften lebenden Kinder bei der Regelsatzbemesung angemessen berücksichtigt wurden oder zumindest die Kinderregelsätze das Sozialstaatsgebot des Grundgesetz verletzen, trieb CDU, CSU und FDP offenbar sehr viel stärker die Sorge um „Leistungsträger“ und Besserverdienende könnten – auch für ihre Kinder – zu viel Steuern zahlen. Denn sie beschlossen nicht etwa, die Armut von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien zu verringern, sondern den steuerlichen Grundfreibetrag für Kinder zunächst auf 7.008 Euro und später auf die künftig für Erwachsene geltende Höhe von 8.004 Euro anzuheben sowie das Kindergeld von 164 Euro auf 184 Euro monatlich zu erhöhen.

Dabei handelt es sich nicht um eine Entlastung „der“ Familien, wie CDU, CSU und FDP behaupten, sondern um eine wei-

tere Begünstigung von Besserverdienenden und Begüterten. Die zuletzt Genannten profitieren davon überproportional, Eltern mit einem geringen Einkommen haben jedoch wenig und Transferleistungsempfänger/innen mit noch so vielen Kindern gar nichts davon. Während beispielsweise ein Chefarzt mit sieben Kindern demnächst erheblich weniger Einkommensteuer zahlen muss, wird die Not der alleinerziehenden Mutter im Hartz-IV-Bezug kein bisschen gelindert. Da ist es nur folgerichtig, dass die Armut von Kindern im Koalitionsvertrag mit keinem Wort erwähnt wird. Beim steuerlichen Grundfreibetrag sollen die Kinder den Erwachsenen möglichst bald gleichgestellt werden. Beim Hartz-IV-Regelsatz wehrt sich die Bundesregierung gegen eine solche Gleichbehandlung, obwohl die von Sozialgeld lebenden Kinder darauf viel eher angewiesen wären als die Kinder der Einkommensteuerzahler/innen, und man fragt sich, wie beides unter Menschenrechtsgesichtspunkten miteinander vereinbar ist.

Im sog. Kinderförderungsgesetz wurde festgelegt, dass Kinder nach Vollendung des 1. Lebensjahres ab 1. August 2013 einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung oder Förderung in Kindertagespflege haben. CDU, CSU und FDP wollen zum selben Datum ein „Bundesbetreuungsgeld“ in Höhe von 150 Euro einführen. Es wird das traditionelle „Alleinernährer“-Familienmodell zementieren und den Anteil jener Eltern sinken lassen, die ihr Kind in eine Krippe geben. Manch finanzschwache und bildungsferne Familie wird auf diese Weise davon abgehalten, ihre Kinder in eine Krippe zu geben, wo sie mehr geistige Anregungen bzw. für die Intelligenzentwicklung erforderliche Impulse erhalten könnten, was nicht nur antiempirisch wirkt, weil Frauen von der (Wieder-)Auf-

nahme einer Erwerbsarbeit abgehalten werden, sondern sich auch im Hinblick auf die Bekämpfung der (Bildungs-)Armut von Kindern als fragwürdig erweist. Daran ändert natürlich auch der diskriminierend wirkende Plan nichts, Transferleistungsempfänger(inne)n kein Geld auszuzahlen, sondern ihnen im Unterschied zu den übrigen Eltern, die lieber zu Hause bleiben, als erwerbstätig zu sein, (Bildungs-)Gutscheine für ihr Kind zu geben.

Seit dem 1. Januar 2009 wird Kindern und Witwen von Familienunternehmern die betriebliche Erbschaftsteuer erlassen, wenn sie die Firma zehn Jahre lang fortführen und die Lohnsumme über den gesamten Zeitraum hinweg konstant halten. Indem CDU/CSU und FDP die zuletzt genannte Bedingung lockern, werden selbst größere Entlassungswellen ohne Folgen für die Steuerbefreiung möglich, ohne dass Erben von Betriebsvermögen ihr Privileg gegenüber Erben anderer Sachwerte und von Geldvermögen verlieren. Gleichzeitig werden Geschwister, Nichten und Neffen künftig auf Kosten der Allgemeinheit besser gestellt.

Steuergeschenke an Wohlhabende und Reiche sollen nicht bloß eine Belebung der Konjunktur, sondern auch eine Sanierung der öffentlichen Haushalte bewirken. Man fühlt sich unwillkürlich an die Quadratur des Kreises bzw. an den Baron von Münchhausen erinnert, wenn sich die Koalitionäre am eigenen Schopf aus der finanziellen Misere herausziehen wollen: Höchstens finanzpolitische Alchimisten und hartnäckige Lobbyisten verbreiten die Illusion, man brauche nur die „Leistungsträger“ steuerlich entlasten, um die Wirtschaft zu stimulieren, Wachstum zu generieren und am Ende das Steueraufkommen zu maximieren. In Wahrheit ist es genau umgekehrt: Eine Anhebung der Transferleistungen für sozial Benachteiligte wäre

nicht bloß gerechter, sondern auch ökonomisch sinnvoller, weil diese das zusätzliche



„... kommt alle rein, Kinder, und tobt euch aus!“

Geld in den Alltagskonsum stecken und damit die Binnenkonjunktur beleben würden, statt es zu sparen oder neue Spekulationsblasen auf den Finanzmärkten zu produzieren.

Von branchenbezogenen Mindestlöhnen zum Niedriglohnparadies für Unternehmer?

Die nach ihrem Stimmenzuwachs noch selbstbewusster auftretende FDP versteht sich als wirtschafts- und sozialpolitischer Motor des neuen Regierungsbündnisses. Man betont „Eigenverantwortung und Eigeninitiative“, meint damit aber hauptsächlich Mehrbelastungen für Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen, während die Arbeitgeber von Sozialversicherungsbeiträgen („Personalzusatzkosten“) und Kapitaleigentümer ebenso wie Topverdiener von Steuerlasten befreit werden sollen. Das neoliberale Dogma, wonach eine Senkung der „Lohnnebenkosten“ – damit gemeint sind vor allem die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung – extrem beschäftigungsfördernd wirkt und letztlich die Rückkehr zur Vollbeschäftigung ermöglicht, feiert im Koalitionsvertrag fröhliche Urständ.

Gleichzeitig hätte sich der Staat ausschließlich um „wirklich und dauerhaft Bedürftige“ zu kümmern, was suggeriert, ein Großteil der jetzigen Empfänger/innen von Transferleistungen komme ohne Anspruchsberechtigung in deren Genuss. Man will aus dem Sozial- einen Minimalstaat und aus dem Sozialversicherungs- einen Fürsorgestaat machen. So verkümmert die bisherige Lebensstandard- und Statussicherung für Arbeitnehmer/innen etwa bei Erwerbslosigkeit und im Alter endgültig zur reinen Existenzsicherung bzw. zur bloßen „Grundversorgung“ (FDP-Deutschlandprogramm).

Längerfristig könnte Schwarz-Gelb die bestehenden Transferleistungen unter dem selbst bei manchen Linken populären Label „Bürgergeld“ (FDP) bzw. „Solidarisches Bürgergeld“ (Dieter Althaus, CDU) zusammenfassen. Dies wäre freilich ein sozialpolitischer Etikettenschwindel, zumal dann, wenn es auf oder sogar unter dem Hartz-IV-Niveau geschieht und alle steuerfinanzierten Leistungsarten (z.B. das Wohngeld, der Kinderzuschlag und das Elterngeld) entfallen würden. Dass pauschalierte Leistungen dem Einzelfall nicht immer gerecht werden, zeigt die spürbare Benachteiligung von Arbeitslosengeld-II-Empfänger(inne)n mit vielen Kindern durch den Wegfall einmaliger Beihilfen (etwa für die Reparatur oder die Neuanschaffung einer Waschmaschine) am 1. Januar 2005. Wenn das „Bürgergeld“ – wie bei der FDP – streng an der Bedürftigkeit ausgerichtet ist, sich gegen Mindestlöhne richtet und als eine Art „Kombilohn für alle“ fungiert, der günstigere Rahmenbedingungen für den Niedriglohnsektor schaffen und die „Lohnflexibilität nach unten“ erhöhen soll, damit auch Geringqualifizierte mit seiner Hilfe von „marktgerechten Löhnen“ leben können, vermehrt es die Armut von prekär Be-

schäftigten, weil sich diese vom Staat alimentieren lassen müssen, während er das Lohndumping von Unternehmen mit Steuergeldern subventioniert.

Statt die Binnenkonjunktur anzukurbeln, die Massenkaukraft zu stärken und einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, der dazu nötig wäre, setzt die CDU/CSU/FDP-Koalition auf Lohndumping und Sozialabbau als Instrumente der Krisenbewältigung. Selbst wenn die wenigen branchenbezogenen Mindestlöhne, welche die SPD der Union in der vergangenen Legislaturperiode abgetrotzt hat, nach der im Koalitionsvertrag vorgesehene Evaluation ihrer Wirkung erhalten bleiben sollten, wird es keine vergleichbaren Regelungen in anderen Branchen geben.



„... es geht wieder aufwärts!“

Eine rigide Niedriglohnstrategie, die Krisenmanagement auf dem Rücken anderer Volkswirtschaften betreibt, soll die Bundesrepublik noch konkurrenzfähiger werden lassen, als es der langjährige „Exportweltmeister“ ohnehin schon ist.

Systemwechsel im Gesundheitswesen und Teilprivatisierung des Pflegefallrisikos

Besonders gravierend sind die im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung vorgesehenen Änderungen. Dort planen

CDU/CSU und FDP einen Systemwechsel, den Angela Merkel seit dem Leipziger „Radikalreformparteitag“ am 1./2. Dezember 2003 offenbar nie ganz aus den Augen verloren hat. Nach dem Muster der sog. Riester-Rente soll nun auch die Pflegeversicherung teilprivatisiert und partiell vom Umlageverfahren auf das Prinzip der Kapitaldeckung umgestellt werden. Im Unterschied zur privaten Altersvorsorge wird im Pflegebereich allerdings Versicherungspflicht bestehen, obwohl die FDP sonst immer Wahlfreiheit fordert.

Die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung, welche Rot-Grün durch Erhöhung der Zuzahlung von Patient(inn)en sowie Einführung der Praxisgebühr und des Sonderbeitrages für die Versicherten bereits untergraben hat, wird völlig ausgehebelt, indem man die Höhe der Arbeitgeberbeiträge deckelt und nur die Versicherten zur Vermeidung von Defiziten der einzelnen Kassen heranzieht. Die „einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträge“, von denen im Koalitionsvertrag die Rede ist, erinnern an die Gesundheitsprämie der CDU und bedeuten einen Bruch mit jenem Wohlfahrtsstaatsmodell, das diese Partei in der alten Bundesrepublik unter dem Markenzeichen „Soziale Marktwirtschaft“ mit begründet hat, weil nun nicht mehr die Höhe des Einkommens darüber entscheiden soll, welchen Beitrag jedes einzelne Kassenmitglied bezahlen muss. Während die Besserverdienenden und die Unternehmer einmal mehr finanziell entlastet werden sollen, sind Rentner/innen, Geringverdiener/innen und ihre Familien die Hauptverlierer/innen der für das Jahr 2011 geplanten Gesundheitsreform. Die regressiven Verteilungswirkungen eines Kopfprämienmodells sprechen unabhängig von seiner organisatorischen Ausgestaltung für alle, die in der Bela-

stungsgerechtigkeit ein zentrales Beurteilungskriterium sehen, gegen seine Einführung.

Während sich Barrack Obama seit Übernahme des Präsidentenamtes gegen erheblichen Widerstand der Versicherungskonzerne bemüht, in den USA eine staatliche Krankenversicherung zu etablieren, weil die schrecklichen Folgen eines privatwirtschaftlich organisierten Gesundheitssystems für ärmere Bevölkerungsschichten nicht mehr zu übersehen und seine explodierenden Kosten nicht mehr zu tragen sind, gewinnen hierzulande offenbar jene Lobbygruppen an Einfluss, die es noch stärker für kapitalistische Profitinteressen öffnen wollen.

Was die Koalitionäre als „Modernisierungskonzept“ für das Gesundheitswesen beschlossen haben, ist Liberalkonservatismus pur, aber kein Patentrezept für den „kranken Sozialstaat“. Obwohl mit Steuermitteln ein Sozialausgleich für die Bezieher/innen niedriger Einkommen erfolgen soll, ist die Kopfpauschale das Ende der solidarischen Krankenversicherung, weil höchstens nachträglich und wahrscheinlich sehr rudimentär über staatliche Transfers korrigiert wird, was bisher im System selbst an Gerechtigkeit eingeschrieben war. Zwar gelang es der FDP nicht, die Privatisierung der Krankenversicherung durchzusetzen, da sie jedoch mit dem jungen Arzt und bisherigen Wirtschaftsminister Niedersachsens Philipp Rösler den Bundesgesundheitsminister stellt, können ihr bei der Ausgestaltung des Konzepts inhaltliche Präjudizierungen gelingen.

Wer die Sozialversicherung wie die FDP am liebsten zerschlagen und sämtliche Versicherungszweige möglichst umfassend privatisieren würde, spaltet unser Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt und einen Wohltätigkeitsstaat. Auf dem Wohlfahrts-

markt kaufen sich dann jene Bürger/innen, die es sich finanziell leisten können, ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit (z.B. eine luxuriöse Altersvorsorge durch teure Versicherungspolice der Privatassekuranz). Die übrigen werden mit einem „aktivierenden Mindesteinkommen“ abgespeist, ansonsten jedoch der Privatwohltätigkeit überantwortet. Folgerichtig setzt die FDP auf „private Stiftungen“, die karitative Aufgaben erfüllen, preist das Ehrenamt und fordert „mehr Engagement“ im Sozialbereich. In ihrer „solidarischen Bürgergesellschaft“ herrscht „Fairness“, was den Eindruck erweckt, als ginge es dort um einen Wettkampf, aber nicht um mehr soziale Gerechtigkeit.

Sozialstaat in Gefahr?

Nie zuvor wussten die Deutschen nach einer Bundestagswahl so wenig, was sie politisch erwartet, wie heute. Man konnte nur spekulieren, welche Maßnahmen die Wahlsieger/innen in der nächsten Legislaturperiode ergreifen, weil insbesondere die Bundeskanzlerin bis zum 27. September allenfalls zart angedeutet hatte, wo sie politisch steht und wie sich ihre Agenda nach dem Regierungswechsel gestaltet. Getrieben von der Angst, bei der nächsten Landtagswahl am 9. Mai 2010 die Mehrheit im größten Bundesland und damit im Bundesrat zu verlieren, streuten etwa der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und sein Sozialminister Karl-Josef Laumann den Menschen politischen Sand in die Augen, wenn sie gebetsmühlenartig beteuerten, es werde „keine Sozialkürzungen“ und „keine Koalition der sozialen Zumutungen“ geben, sondern höchstens „eine Neujustierung in den Systemen“ erfolgen.

Als ihren ersten Beschluss verkündeten die Koalitionspartner, dass sie das Alters-

vorsorge-Schonvermögen für Hartz-IV-Bezieher/innen in Höhe von bisher 250 Euro pro Lebensjahr auf 750 Euro pro Lebensjahr verdreifachen wollen. Gleichzeitig soll die Klausel entfallen, wonach eine selbstgenutzte Immobilie bloß dann zum Schonvermögen gehört, wenn sie eine „angemessene Größe“ hat. Schließlich werden die Zuverdienstgrenzen bei Hartz IV erhöht. Mit ihrem Maßnahmenpaket zum Hartz-IV-Komplex hat die künftige Regierungskoalition – sehr werbewirksam inszeniert – Imagepflege betrieben, um den ihr vorausseilenden Ruf sozialer Kälte zu entkräften, und darüber hinaus ein soziales Trostpflaster an Transferleistungsempfänger/innen verteilt, denen es noch verhältnismäßig gut geht: Beispielsweise hat in Ostdeutschland nur die Hälfte der Betroffenen überhaupt Vermögen, das geschont werden kann; eine Immobilie nennt bloß eine kleine Minderheit ihr Eigen; auch die Möglichkeit des Zuverdienstes haben längst nicht alle Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II.

Neben den unmittelbar Begünstigten, die überwiegend aus der Mittelschicht stammen dürften, deren Angehörige vor einer länger währenden Arbeitslosigkeit noch am ehesten private Altersvorsorge etwa in Gestalt einer Kapitallebensversicherung betreiben können, profitieren hauptsächlich Versicherungskonzerne und Banken von den beschlossenen Maßnahmen, denn es ist natürlich ein gutes Verkaufsargument, wenn ein Finanzprodukt vor der Anrechnung bei Hartz IV geschützt ist. (Ist es bloß Zufall, dass die FDP, die sich wie keine andere Partei für ein höheres Schonvermögen bei der Altersvorsorge eingesetzt hat, mit Abstand die höchsten Großspenden aus eben dieser Branche erhält?) Begünstigt werden natürlich auch die Bauindustrie und den Immobilienhandel. Noch anderen Unternehmern kommen die höheren Zu-

verdienstmöglichkeiten zugute, können sie doch mehr Hartz-IV-Bezieher/innen im Sinne einer staatlichen Subventionierung von Niedriglöhnen als preiswerte Arbeitskräfte rekrutieren.

Es gehört schon ein hohes Maß an Chuzpe dazu, die etwa durch laut Koalitionsvertrag geplante Ausweitung der sog. Minijobs (Anhebung der Verdienstgrenze für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse von bisher 400 Euro auf 600 Euro) wachsenden Defizite der Sozialsysteme ab 2010 in einen „Sozialversicherungs-Stabilisierungsfonds“ genannten Schattenhaushalt abzuschieben und diesen der Öffentlichkeit auch noch als „Rettungsschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ (Angela Merkel) zu verkaufen.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt ist sein Buch „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ (Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2009) erschienen.



Christoph Butterwegge

Vgl. auch: Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Belke-Zeng, Matthias: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, 2. Aufl. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2008

REZENSIONEN

Wie ein Riss in einer hohen Mauer

Wort des Rates der EKD zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, EKD-Texte Nr. 100, Hannover 2009, Kommentar

Von Franz Segbers

Schon lange wurde ein klärendes Wort der Kirchen zur Wirtschaft- und Finanzkrise erwartet. Endlich ist es da. Und es ist ein erstaunlich klares Wort zur Lage. Der Titel ist dem Propheten Jesaja entnommen, der mit dem Wort „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ die Verantwortungslosigkeit der Eliten beklagte. Hier setzt die EKD an: „Die Verantwortungslosigkeit, die in die globale Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat, kann katastrophale Folgen haben – wie der Riss in einer hohen Mauer.“ (S. 11). Die EKD analysiert als Ursache der Finanzmarktkrise den Mangel an Verantwortung. „Nicht mehr kontrollierbare Risiken wurden in Kauf genommen, weil man auf diese Weise Wachstumschancen und hohe Risiken erwartete.“ (S. 13) Im Vorwort wird Bischof Wolfgang Huber noch klarer, wenn er den Glauben an „Privatisierung und Deregulierung als wirtschaftliche Heilsbringer“ (S. 5) ursächlich für die Krise

benennt. Kritisiert wird, dass Wohlhabende sich ihrer sozialen Verpflichtung durch Steueroasen entzögen. „Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung wird jedoch in ihren Fundamenten beschädigt, wenn der erwirtschaftete Wohlstand nicht zum Motor des sozialen Ausgleichs wird.“ (S. 13) im Klartext: Hier wird einer Steuerpolitik das Wort geredet, die dem sozialen Ausgleich dient. Nicht die Reichen und Mächtigen, welche die Krise verursacht haben, bekommen die Folgen ihrer Verantwortungslosigkeit zu spüren, sondern die Arbeitnehmer, die Angst um ihre Arbeitsplätze haben, die Rentner, die sich um ihre Altersbezüge sorgen und die Armen – hierzulande wie weltweit. Die EKD fordert ein, dass die Kosten der Krise von den Starken zu tragen seien.

Die EKD plädiert für eine Wirtschaft, in der jene, die Verantwortung tragen, auch für ihre Verantwortung einzustehen haben. „Die gegenwärtige Krise zeigt deutlich, dass nur verantwortete Freiheit wirkliche Freiheit ist.“ (Bischof Huber im Vorwort)

Von diesem Ausgangspunkt her macht die EKD





„Verantwortungslosigkeit“ auf vier Ebenen aus:

- Auf der politischen Ebene wurde die Regulierung der Finanzprodukte nicht politisch in Angriff genommen.
- Auf der Ebene der Finanz- und Wirtschaftsunternehmen hat man sich einseitig am Shareholder, den Kapitaleignerinteressen, ausgerichtet.
- Auf der individuellen Ebene haben die Verantwortlichen nur ihr Eigeninteresse im Blick gehabt.
- Die Mentalität des schnellen Geldes hat Verantwortung vermissen lassen.

Wenn „Verantwortung“ als Schlüssel gewählt wird, besteht die Gefahr einer individualistischen Verengung. Gier ist Bestandteil des Systems, weshalb man sie kaum den Banken vorwerfen kann, die sich gemäß den Regeln des Systems verhalten haben. Wer hat das System so vorangetrieben? Wer hat ein System struktureller Verantwortungslosigkeit politisch befördert und überhaupt erst ermöglicht? Mit Renditevorgaben von 20 bis 25 Prozent leistet man verantwortungslosem Handeln Vorschub, denn die sind realwirtschaftlich normalerweise nicht zu erreichen.

Es ist ja nicht so, dass der unbedingte Marktglaube und das Privatisierungsfieber unumstritten gewesen wären. Doch dieser unbedingte

Marktglaube wurde durch Medien und von interessierter Seite in Politik und Wissenschaft massiv vorangetrieben, weil sie sich als nützlich erwiesen hat.

So sehr es auf politische Ordnungen und Regulierungen ankomme, so darf nicht übersehen werden, dass Einzelne rigoros ihr Eigeninteresse durchsetzen. Deshalb fordert die EKD eine „moralische Prägung“ der Verantwortungsträger, denn Strukturen allein reichen nicht aus. Mit dem ökumenischen Sozialwort der Kirchen fordert die EKD: „Die Strukturen müssen, um dauerhaft Bestand zu haben, eingebettet sein in eine sie tragende und stützende Kultur.“ (S. 21)

Die Kirche belässt es nicht dabei, an ihre wirtschaftsethischen Grundüberzeugungen anzuschließen: „Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaftssystem unmenschlich.“ (S. 15) Sie fordert auch eine Neuorientierung in der Wirtschaftstheorie. „Die Vorstellung von durchweg effizient funktionierenden Finanzmärkten ist durch die Krise widerlegt worden.“ (S. 14) Dass der Markt ohne rechtliche und politische Schranken überhaupt funktioniert, ist ein Aberglaube. Ideale Märkte gibt es nicht.

Nicht die bloße Reparatur von Krisenschäden, sondern ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus ist die angemessene Antwort auf die zweifache Krise: Die Finanz- und Wirtschaftskrise einerseits und die ökologische Krise andererseits. Dass die EKD diesen Zusammenhang sieht, ist ihr in Zeiten, wo alle allein auf die Wirtschaftskrise starren, hoch anzurechnen.

Die EKD fordert eine Umkehr ein, damit sich „die Krisenspirale nicht weiter dreht“. Die Wirtschafts- und Finanzkrise müsse zu einer Chance werden, dass endlich eine sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft geschaffen wird. Jahrelang wurde der Staat und seine Verantwortung für das Gemeinwohl schlecht geredet. Diese Zeiten sind vorbei. Auch und gerade in Zeiten der Globalisierung ist staatliches und überstaatliches Handeln gefordert. Die Epoche des Neoliberalismus und des Vertrauens auf den Markt ist vorbei. Deshalb fordert die EKD eine robuste Regelung des Weltmarktes und eine wirksame Regelung für Haftung der Verantwortlichen. Hier ist mehr gefragt als bloßes Krisenmanagement.

Die Politiker werden das Wort der Kirchen beklatschen und begrüßen – nur damit sie sich mit ihm nicht auseinandersetzen müssen. Denn wer

es liest, der sieht, dass die EKD der Politik die Leviten liest. Sie fordert, dass ein Konjunkturprogramm sich vorrangig am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auszurichten hätte. Das ist die Abwrackprämie keineswegs! Die so genannten Konjunkturpakete haben nämlich bisher weder die unteren Einkommenschichten erreicht, noch auf jenen im Vorjahr beschworenen gefährlichen Klimawandel angemessen reagiert. Die EKD fordert dazu auf, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dass dies getan wird, ist nirgends zu sehen – vielmehr sitzen die Brandstifter von gestern heute auf den Löschzügen. Die EKD fordert, dass die Kosten der Krise vor allen von den Stärkeren zu tragen seien. Darauf warten wir alle noch. Zu Recht heißt es, dass „diese Krise nur politisch bewältigt werden kann“.

Die EKD fordert zwar einen gründlichen politischen Neustart, hat aber nicht den Mut mit diesem Neustart auch eine Abwendung vom Finanzkapitalismus zu fordern, der das monetäre und realwirtschaftliche Desaster verursacht hat. Deshalb argumentiert die EKD auch viel zu vorsichtig, wenn sie meint, es reiche aus, die „spekulative Aufblähung flüchtiger Finanzblasen so weit wie möglich zu verhindern“ (19). Die Befreiung vom destruktiven Finanz-





kapitalismus würde ein makroökonomisches, politisches Regime erfordern. Auch wenn die EKD eine Neubewertung des Staates einfordert, springt sie doch zu kurz. Sie fordert nach dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft einen Staat, der die Rahmenordnung für den Markt schafft und die Rolle als Schiedsrichter einer fairen Wettbewerbsordnung übernimmt. Diese Beschreibung des Staates ist rein ordnungspolitisch. Der Staat ist aber weder der Retter aus der Krise noch deren Lösung. Denn es war der Staat, der die Rahmenordnung geschaffen hat, die den Märkten und den wirtschaftlichen Akteuren erst jene Macht gegeben hat, die sie genutzt haben. Marktversagen erklärt nur einen Teil der aktuellen Krise. Ein neuer Ordnungsrahmen ist wichtig, löst aber nicht die Krise des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells. Eine Rückbesinnung auf die ordoliberalen Grundlagen der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft, die jetzt auch noch globalisiert werden sollen, führt hingegen direkt in die Sackgasse. Es wird darauf ankommen, den Staat als regulierende und umverteilende Institution sowie als Investor und Dienstleister im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu stärken.

Gefordert ist eine aktive Beschäftigungspolitik, eine produktivitätsbezogene Einkommens- und Lohnpolitik sowie eine Finanzpolitik, die alle Einkommensbezieher und Vermögenseigentümer nach der Leistungsfähigkeit besteuert. Die Vermarktung der Arbeit muss durch eine Festigung und Wiederbelebung der Tarifautonomie zurückgedrängt werden, denn anders lässt sich eine ausgewogene und gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Wertschöpfung nicht erzielen.

Eine andere Politik ist dafür nötig. Wer die Umkehr ernst nimmt, welche die EKD fordert, der muss sich auch von der riskanten Exportorientierung der deutschen Wirtschaft abwenden.

Dieses Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ist trotz aller kritischen Anmerkungen beachtlich. Im Sommer des letzten Jahres hatte die EKD am Vorabend des Ausbruchs der Finanzkrise noch eine Unternehmenden­schrift veröffentlicht, die ihr scharfe Kritik eingebracht hatte. Es scheint, dass sie aus dieser massiven Kritik gelernt hat.

Quelle: Wort des Rates der EKD zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise (www.ekd.de/download/ekd_texte100.pdf)

Tschüss, ihr da oben. Vom baldigen Ende des Kapitalismus

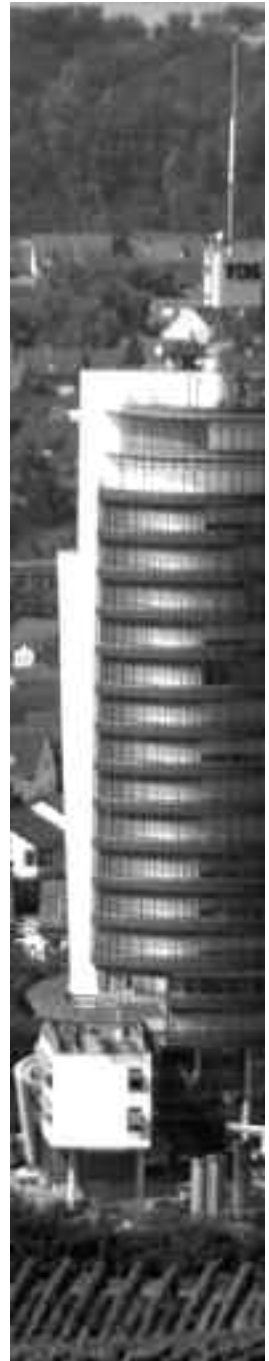
Peter Zudeick, Westend-Verlag
Frankfurt a. M. 2009, Klappbro-
schur, 240 S., € 16,95, ISBN
978-3-938060-30-8

Von Friedrich W. Bargheer

Wahljahr 2009. Die Kandidatin fürs Bundespräsidentenamt befürchtet soziale Unruhen. Der DGB-Chef auch. Der SPD-Vorsitzende plädiert auf eine dem Ereignis angemessene Neuarbeitung der Verfassung für das seit 20 Jahren vereinte Deutschland; Christian Führer, Pfarrer im Unruhestand von St. Nicolai Leipzig – der mit den Montags-Friedensgebeten – setzt auf Ergänzung der friedlichen ost-deutschen Revolution von 89 um die noch ausstehende zweite Hälfte. Das ist die eine Seite. Die andere mit den üblichen Verdächtigen und am „Weiter so“ Interessierten redet dagegen an. Das alles im Kontext der globalen Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise. Es riecht von ferne nach Systemwechsel. Manche haben Angst davor, andere denken: Wann, wenn nicht jetzt?! Der Kairos ist ja da. Zugleich überzieht Verunsicherung das Land. Nicht nur im Heer der von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Hatz IV und anderen Plagen Betroffenen und Bedroh-

ten. Nein, „Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf“ (Stefan Hradil 2006; vgl. Zudeick 45-48; bes. 46. 229f.; Hervorhebung von mir. FWB). Die da oben drinsitzen – denen gilt die bei Zudeick Buchtitel gewordene Grußformel. Ob sie sich zur Lektüre hinreißen lassen?

Das sei allen empfohlen, die sich – jenseits von Agitation, Propaganda, Wut, Desinformation oder Hetze – eine Hilfe zum Durchblicken und Standpunkt-Finden gönnen möchten. Und die es nicht stört, bei der Lektüre auch noch gut unterhalten zu werden. Was freie Journalisten können, können eben nur sie. So einer wie Peter Zudeick. Anders, als es der flockige Titel vielleicht befürchten lässt, betreibt sein Ausblick auf das Ende der bisher herrschenden, seit Ende 08 völlig in Schiefelage geratenen Verhältnisse seriöse Anamnese, Information, Diskussion und Vertiefung. Nicht ohne einen konstruktiven Ausblick. Das Buch überlässt seine LeserInnen am Ende nicht der Ratlosigkeit, sondern zeigt, die Aussage-Absichten knapp zusammenfassend, wohin und wie es gehen könnte, damit das gebeutelte Leben auf Dauer vielleicht doch noch besser wird.





„Anamnese“: Die Haupt-Katastrophen, die zum allgemeinen Vertrauensverlust auf den Finanzmärkten geführt haben und die Matadore dieses Desasters – alle Mann mit weißem Kragen, in Nadelstreifen, und wenn: dann nur mit Mühe noch nicht vorbestraft – diese ganze Riege von A wie Ackermann über Esser, Schrepp und von Pierer bis Z wie Zumwinkel – lässt Zudeick 13ff. erst einmal Revue passieren unter der hübschen Überschrift „Neulich im Café Größenwahn“. Ohne Empörungs- und Betroffenheits-Tremolo. Umso überzeugender die Bewertung der Vorgänge und ihrer Rahmenbedingungen: „Die Obszönität des Systems“ (29ff.). Das ist schon mal ein Ansatzpunkt, von dem aus lässt sich nach Konsequenzen fragen. Zuvor aber ist soziale und ökonomische Situationsanalyse angesagt: Die „Herstellung des Reichtums eines Teils dieser Welt“ hat die Armut der Armen auf dem ganzen Globus bewirkt. Seit Jahrzehnten ist das zu beobachten. Die Dependenztheorie, Ansatz der originären Theologie der Befreiung, beschreibt und erklärt den beschämenden Sachverhalt, seit der vor jetzt hundert Jahren geborene Dom Hélder Câmara und seine Latino -Bischofskollegen Ende der 1960er, Anfang der 70er Jahre die „unbedingte Option für die Armen“ zum Pro-

gramm machten. Zudeick führt als Gewährsmann Ulrich Beck mit dessen aktualisierten sozial-kritischen Analysen an (51 und öfter). Und erinnert an den internationalen Währungsfond-Wahnsinn („IWF“), die armen Länder global quasi zu erpressen durch das Junktim von (1) Öffnung ihrer Märkte und (2) Chance auf Millionen so genannter Entwicklungshilfe (52).

„Information“: Bei der Lektüre wirst du sowohl dazulernen als auch Grundwissen wiederholen. Worüber Albertus Magnus 1250 seine Kölner Antrittsvorlesung gehalten hat (59), dass auch die Klassische griechische Philosophie die soziale Dimension der Gerechtigkeit lehrte – in Parallele übrigens zur biblischen Tora (zedaká/Gerechtigkeit als Fundament „Guten Lebens“ („... auf dass du lange lebest und es dir wohl ergehe auf Erden; Dtn 5,16“]; 57f.).

Zum nützlichen Repetitorium von Schulwissensbeständen gehören u.a. Adam Smith Kunstmythos vom Markt, der den Wohlstand begründet („invisible hand“), die Karriere dieses Dogmas im marktradikalen Wirtschafts-Liberalismus (101ff.); die Erinnerung an die „Dreifaltigkeit des Marktes“ (Privatisierung, Deregulierung, Minimierung von Sozialausgaben), was Marx&Engels über Markt, Ausplünderung der

Welt dachten und schrieben („präzise[n] Beschreibung der Globalisierung, die Marx und Engels im Kommunistischen Manifest abgeliefert haben“;153), die Würdigung des US-amerikanischen „Branchenführers“ der Sozialphilosophie, John Rawls, 70ff. (hierher hätte ein Hinweis auf den „Communitarismus“ alias „Communitarianism“ gehört).

Da läuft aber keine buchgewordene bildungsbürgerliche „Show“ eines kundig-schlauen Publizisten; alles dient engagierter Reflexion in prekärer sozial-politischer Lage. Hätten Sie's gewusst: Die ins Gerede gekommene „Gier“ wird neuerdings, ähnlich wie „Neid“, schon mal als anthropologische Konstante beschrieben und pseudowissenschaftlich legitimiert mit Darwin, dem Theorem vom „homo oeconomicus“ (124ff.) sowie – sozio-biologisch – unseren „Genen“. Die müssen ja inzwischen für so gut wie alles herhalten (Kap. 10: Chicagoer Gangster: Die Gen-Maschine 129ff.). – Zudeick hält den Blick für andere Sichtweisen offen: Soziale Emotionen wie Freundschaft, Scham, Großzügigkeit dienen nämlich auch dem biologischen Erfolg der speziess homo sapiens sapiens, der seit Weltzeiten daran arbeitet, „ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Gemeinschaftsleben, also eine verinnerlichte Moral ...“ zu organi-

sieren (148). Kurz: Wie Zettel und Einschlag sind im Mittelteil des Bandes die Debattenstoffe von heute mit, schon länger zur Verfügung stehenden, Verständnis-Zugängen verwoben.

S. 159 fällt das Stichwort „Demokratie-Alarm“. Keine Panik. Zudeick weiß und stellt dar, dass schon bei der „Erfindung“ der Sozialen Marktwirtschaft Anfang der 1960er Jahre durch den Kölner Volkswirtschaftslehrer Müller-Armack einigermaßen klar war: Wenn das ökonomische System erstmal rund läuft, dann mögen zwar die sakrosankten Worte des Grundgesetzes formal in Kraft bleiben, nämlich dass alle staatliche Gewalt vom Volk ausgehe. Faktisch werden aber Banken, Kapital und Wirtschaft regieren, Kapitalismus braucht keine Demokratie. „Nicht die Politik kontrolliert die Finanzjongleure, sondern die Großmuftis des Geldmarkts diktieren der Politik, was zu tun ist“ (159). Diese Bedingungen „herrschen inzwischen global, die Entdemokratisierung ist längst international. ... Und bei den internationalen Institutionen haben wir es ohnehin mit demokratisch nicht legitimierten Organisationen zu tun“, siehe IWF, Weltbank, OECD, EU, G8 und wie sie alle heißen (161).



„Zukunftsperspektive“: So ganz klar ist es natürlich auch bei Zudeick noch nicht, wie's weitergeht. In der Postdemokratie muss jedenfalls, um den „autoritären Kapitalismus“ (162) abzulösen, statt ihn fortschreibend weiter zu entwickeln, ein Paradigmenwechsel her. Arbeitstitel: „Radikaler Humanismus“ (174ff.). Da wird der Wert der Arbeit neu verbindlich bestimmt. Genossenschaftliches Wirtschaften ist dann angesagt. Werte werden keine Derivate sein, ohne Entsprechung in real existierenden Produkten und Sachen. Die Betriebe der Ge-

meinnwirtschaft vernetzen sich; Gerechtigkeit will dann noch einmal neu buchstabiert; es läuft auf Teilen und Teilhabe hinaus. – Vielleicht gelingt's ja doch noch: die Sache mit dem gewaltlosen Systemwechsel, Teil 2. Zur Vorbereitung erstmal Peter Zudeick lesen. Liest sich einfach klasse.

Und merke: Eine für soziale Marktwirtschaft in demokratischen Verhältnissen anschlussfähige, mit ihr kompatible Wirtschaft braucht Regeln und Grenzen. Einfach weiter so wie gehabt wäre fatal, wenn nicht letal.

BUNDESNACHRICHTEN

Klausurwochenende der Gruppe Rheinland des BRSD

Von Norbert Voß

Einmal länger gemeinsam über unsere Einstellung zum BRSD nachdenken, für uns den Zusammenhang zwischen Christentum und Sozialismus klar bekommen, das wollen die Menschen der Gruppe Rheinland des BRSD schon länger. Bei den monatlichen Treffen in Köln oder Aachen ist meist die Zeit zu kurz dafür. Deswegen hatten wir beschlossen, im Oktober 2009 eine Klausur unserer Gruppe in der alten Schule in Rohren

zu veranstalten. Das Gebäude mit zwei großen ehemaligen Klassenräumen und genügend Zimmern erwies sich als ideal für unsere Zwecke. So konnten hier die Bereiche Freizeit und Arbeit klar getrennt werden. Wir wollten uns neben der thematischen Arbeit auch als Gruppe finden

Über die Fragestellung „Wieso bin ich im BRSD?“ stiegen wir in die Diskussion ein, die wir über Metaplan-Moderation dokumentierten. Antworten wie „Um Christen-



tum relevant werden zu lassen“, „Weil der BRSD für ein engagiertes Christentum steht, wie ich es für richtig halte“, „Eben Christ und Sozialist“ leiteten über in eine konkrete Planung: „Wie stelle ich mir unsere Arbeit 2009/2010 vor?“, die zu einigen Ergebnissen führte. Themen wie „regelmäßige Treffen an festem Ort“, „keine große Tagung mit Anderen“, „Stellungnahme zu aktuellen politischen Ereignissen“, „Beteiligung an Demos als BRSD“, „Seminar Basics ReSos“ und viele weitere wurden gesammelt, sortiert und verschiedenen Themenbereichen zugeordnet. Daraus entwickelten wir diverse Aufgabengebiete für 2010, unter anderem die Planung für den evangelischen Kirchentag 2011, desgleichen für den ökumenischen Kirchentag 2010 und auch die Entwicklung einer Begrüßungsbroschüre des BRSD. An diesem Punkt arbeiteten wir konkret weiter und begannen mit der Definition, was religiöser Sozialismus für uns gemeinsam bedeutet. Daraus entstand der Anfang eines neuen Leitsatzes, den wir im BRSD mit möglichst vielen Menschen weiter diskutieren und entwickeln wollen. Wir haben dabei bewusst auf bisherige Papiere verzichtet, um den heutigen Stand unseres gesellschaftlichen Erlebens als

Grundlage zu nutzen. Diese Diskussion werden wir in der Gruppe Rheinland fortsetzen und wollen sie gerne mit den anderen Menschen im BRSD gemeinsam auf der Jahrestagung 2010 im Februar führen.

Leitsätze der Gruppe Rheinland im BRSD

Wir sind eine Gruppe engagierter Christinnen und Christen, die aus ihrem Christsein die Forderung nach einer gerechten und solidarischen Gesellschaft ableiten. Diese Vision entwickeln wir auf der Basis von Christentum und Sozialismus.

Wir gehen von der politischen Dimension des Evangeliums aus. Sozialismus und Christentum sind für uns keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Es ist uns wichtig, jeden einzelnen Menschen ernst zu nehmen, weil er genau wie wir nach dem Bilde Gottes geschaffen ist. Daher streben wir die Solidarität aller Menschen an. Wir fordern gleiche Rechte, gleiche Freiheiten und gleiche Chancen für alle Menschen.

Wir sehen den Sozialismus als Schritt hin zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft, die den Menschen ihre von Gott gegebene Würde zurück gibt. Das Anerkenntnis von Gottes Gerechtigkeit als Leitmotiv für unser Handeln bedeutet, dass wir uns für eine gerechte Verteilung von Wohlstand ein-





setzen. Die kollektive Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung muss über das Profitinteresse gestellt werden.

Wir sehen in der Überwindung des Kapitalismus einen notwendigen Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung des Reiches Gottes im Hier und Jetzt.

Religiöse SozialistInnen gibt es überall in Deutschland. Einige von uns sind in kirchlichen Gruppen aktiv, Andere im sozialen Bereich, wieder

Andere im gewerkschaftlichen oder politischen Bereich. Religiöse SozialistInnen können evangelisch oder katholisch sein, auch vor anderen Religionen haben wir keine Scheu. Wir geben eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift – ChristIn und SozialistIn – heraus, wir sind auf Kirchentagen vertreten, im Rheinland gibt es außerdem eine Gruppe, die sich regelmäßig trifft.

BRSD Tagung 13.–14. Februar 2010
ver.di Bildungsstätte Bunttes Haus Bielefeld-Sennestadt
Thema: Religiöser Sozialismus vor heutigen Herausforderungen

Bilder und Fotos

Reinhard Gaede	S. 3, 45–49, 69–70
Hans-Detlef Hoffmann	S. 11
Wikipedia, gemeinfrei	S. 18, 23, 44, 62–67
Achim Hehn	S. 20
Parent's Circle	S. 20
Hanna Lehming.....	S. 21
Antje Naujoks	S. 22
Hans Böckamp	S. 29
Jürgen Schübelin	S. 30, 32, 33
Peter Hammer Verlag	S. 38
Wieland Zademach	S. 43
Neue Westfälische (NW) 11.11.2009, Nr. 263.....	S. 57
NW 20.08.09, Nr. 192.....	S. 58
Markus J. Feger.....	S. 60

Autoren

Prof. Dr. Friedrich W. Bargheer

Hinter dem Böhmerhof 1
32825 Blomberg

Hans Bökamp

Calenhof 18
59590 Geseke

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Universität, Institut II: Politikwissenschaft
Gronewaldstr. 2
50931 Köln

Rudolf Dreßler

Auf der Bonnenbitze 28
53639 Königswinter

Dr. Hans-Detlef Hoffmann

Eibenweg 14
32049 Herford

Hanna Lehming

Nordelbisches Missionszentrum, Nahostreferat
Agathe-Lasch-Weg 16
22605 Hamburg

Antje Naujoks

Children's Home „Neve Hanna“
Shikun Glikson 1019, P.O. Box 222
82 101 Kiryat Gat

Prof. Dr. Franz Segbers

Nonnbornstr. 14 a
65779 Kelkheim

Jürgen Schübelin

Hansegracht 11
47051 Duisburg

Norbert Voß

Altvolberg 20
51503 Rösrath

Dr. Wieland Zademach

Fritz-Henkel-Str. 38
53572 Unkel

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Digitaldrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)

Abonnements:

Per Post:

BRSD-Sekretariat Michael Bschorr
Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe

Per Fax:

Fax 05202/884 884

Per E-Mail:

mib@brsd.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt-Nr. 2119 457 010

Internationale Überweisungen:

IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam